

Bericht

der Landesregierung

Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung - 7. Bericht der Landesregierung gemäß Beschluss des Landtages vom 12. Juni 2015 „Toleranz und Weltoffenheit erhalten - Rechtsextremismus bekämpfen“ (Drucksache 6/1601-B)

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung.....	3
2. Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg/ Bündnis für Brandenburg.....	5
2.1 Tolerantes Brandenburg	5
2.2 Bündnis für Brandenburg	10
3. Beratungsnetzwerk.....	13
3.1 Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.....	13
3.2 Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund e.V.	14
3.3 Mobiles Beratungsteam	15
3.4 Opferperspektive.....	19
3.5 Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Demokratie und Integration	21
4. Kooperationspartner	25
4.1 AOK Nordost.....	25
4.2 LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Brandenburg.....	26
4.3 Stadt Oranienburg.....	29
4.4 Stadt Königs Wusterhausen.....	30
4.5 Gemeinde Schorfheide	31
4.6 Technisches Hilfswerk Länderverband Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt.....	32
4.7 Landesfeuerwehrverband Brandenburg e.V.....	33
4.8 Fußball-Landesverband Brandenburg e.V.	34
4.9 Landesjugendring Brandenburg e.V.....	34
4.10 Berlin-Brandenburgische Landjugend e.V. (BBL).....	37
5. Landesregierung/ Ministerien	38
5.1 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.....	38
5.2 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	45
5.3 Ministerium der Finanzen.....	60
5.4 Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz.....	62
5.5 Ministerium des Innern und für Kommunales.....	64
5.6 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	69
5.7 Ministerium für Wirtschaft und Energie	71
5.8 Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	72
5.9 Staatskanzlei.....	75
6. Schlussbemerkungen	76
Anlage 1: Übersicht der aus Lottomitteln geförderten Projekte des Toleranten Brandenburgs	
Anlage 2: Wissenschaftliche Expertise der Zukunftsdialoge des Toleranten Brandenburgs	
Anlage 3: Übersicht der aus Mitteln des Bündnisses für Brandenburg geförderten Projekte	

1 Einleitung

Die Arbeit des „Toleranten Brandenburg“ stützt sich auf das gleichnamige Handlungskonzept des Landes Brandenburg. Darin werden die Ziele beschrieben, eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage zu fördern sowie allen Formen von Fremdenfeindlichkeit, Gewalt, Rechtsextremismus und Antisemitismus klar entgegenzutreten. Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ wurde im Jahr 1998 erstmals erarbeitet und im Jahr 2005 gründlich aktualisiert. Angesichts der hohen Zahl von Geflüchteten und Asylsuchenden, die seit dem Sommer 2015 zu uns gekommen sind, erweist es sich gegenwärtig erneut als besonders wichtiger Orientierungsrahmen.

Um Synergieeffekte zu nutzen, werden seit April 2016 das Tolerante Brandenburg und das im November 2015 gegründete Bündnis für Brandenburg unter dem Dach einer gemeinsamen Koordinierungsstelle in der Staatskanzlei betreut. Sie fördert Projekte auf den Gebieten der Rechtsextremismus-Prävention, der Demokratiestärkung und der Integration von Geflüchteten. Auf diese Weise werden Strukturen sinnvoll miteinander vernetzt und Synergieeffekte erzielt. Solche Effekte werden besonders mit Blick auf das ehrenamtliche Engagement deutlich, da sich viele Partnerinnen und Partner im Kampf gegen Rechtsextremismus in ihren jeweiligen Regionen zugleich für die erfolgreiche Integration von Geflüchteten einsetzen.

Zu den Aufgaben der Koordinierungsstelle gehört es, überall im Land die Partnerinnen und Partner des Handlungskonzepts sowie des Bündnisses für Brandenburg zu unterstützen, zu beraten und zu begleiten sowie Hilfe und Fachwissen zu vermitteln. Vor diesem Hintergrund und mit Bezug auf den Beschluss des Landtags „Toleranz und Weltoffenheit erhalten – Rechtsextremismus bekämpfen“ (Drs. 6/1601-B) vom 12. Juni 2015 gibt der vorliegende Bericht einerseits Einblick in die Arbeit der Landesregierung sowie ihrer Partnerinnen und Partner zugunsten der Unterstützung und Integration von geflüchteten Menschen. Zum anderen zeigt er, dass die Auseinandersetzung mit rechtsextremen und rassistischen Einstellungen in Brandenburg nach wie vor eine hohe Priorität besitzt – und weiterhin besitzen muss. Das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg hat seine Aktualität nicht eingebüßt.

In Kapitel 2 des Berichts wird die Arbeit der Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg/Bündnis für Brandenburg im Jahr 2016 ausführlich dargestellt und erläutert. Um Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus entgegenzutreten, steht der Koordinierungsstelle ein großes Beratungsnetzwerk aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Bereichen zur Seite. Dieses Beratungsnetzwerk erarbeitet in besonderen Problemlagen gemeinsam mit Betroffenen vor Ort zielgruppenspezifische Lösungsstrategien. Maßnahmen und Projekte dieser Art werden in Kapitel 3 dargestellt. Auch die Kooperationspartner des Toleranten Brandenburg helfen der Koordinierungsstelle bei der Beratung sowie der Verwirklichung von Veranstaltungen, Ausstellungen und Projekten. Beispiele für solche Formen der Zusammenarbeit und die Leistungen einzelner Institutionen werden in Kapitel 4 benannt.

Zu den Maßnahmen der Landesregierung, die im Jahr 2016 im Kontext des Toleranten Brandenburg sowie im Bündnis für Brandenburg ergriffen wurden, zählten das Erarbeiten von Konzepten und Handreichungen, aber auch regionale Veranstaltungen, Mitmachaktionen und die Einrichtung von Begleitagenturen. Auch im Jahr 2016 wurden finanzielle Mittel aufgewendet, um demokratiefördernde Maßnahmen zu unterstützen und die Integration von Geflüchteten zu verbessern. Rund eine Million Euro stand für Informations- und Beratungsan-

gebote zur Verfügung, um Geflüchtete auf ein Studium an den Hochschulen des Landes Brandenburg vorzubereiten. Weitere 315.000 Euro wurden verwendet, um 41 kulturelle Projekte zur Stärkung der Integration und Partizipation von Geflüchteten zu fördern. Um die Integration vor Ort zu erleichtern, hat die Landesregierung mit Mitteln der Städtebauförderung zugleich die Unterbringung Geflüchteter in Wohnungen unterstützt.

Ferner wird die Integration auf lokaler Ebene mit Hilfe außerschulischer Angebote gefördert. Neben der Betreuung unbegleiteter, minderjähriger Ausländerinnen und Ausländer durch eine starke und professionelle Jugendhilfe stehen Unterstützungsangebote, die deutschen und ausländischen Jugendlichen gemeinsam zugutekommen, weil hierbei nicht nur das Erlernen der deutschen Sprache, sondern auch das wechselseitige Verständnis für kulturelle Unterschiede im Vordergrund steht. Um ausländische Schülerinnen und Schüler bestmöglich in der Schule zu begleiten und ihnen die deutsche Sprache intensiv nahezubringen, werden zudem Lehrkräfte berufsbegleitend qualifiziert.

Schon die jüngsten Brandenburgerinnen und Brandenburger werden auf die mündige Partizipation in der demokratischen Gesellschaft vorbereitet. Erzieherinnen und Erzieher werden für die pädagogische Arbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund geschult sowie im Umgang mit anderen Sprachen und Kulturen fortgebildet. Auch Polizistinnen und Polizisten nehmen Programme zur Verbesserung der interkulturellen Kommunikation wahr. Für sie steht zugleich die Sensibilisierung für frühe Hinweise auf rechtsextremistische Bestrebungen im Vordergrund. Die Staatsanwaltschaften des Landes haben im Jahr 2016 weiterhin entschlossen auf rechts-extremistische Straftaten und besonders auf Hasskriminalität im Internet reagiert.

Neben der Qualifizierung und Schulung der hauptamtlichen Akteurinnen und Akteure steht für die Landesregierung ganz besonders die Unterstützung freiwillig engagierter Bürgerinnen und Bürger im Vordergrund. Regelmäßig ehrt die Landesregierung das Engagement ehrenamtlich tätiger Menschen, die im Jahr 2016 auf großartige Weise zur gesellschaftlichen Eingliederung und Beteiligung geflüchteter Menschen bei uns im Land beigetragen haben. Ausführlichere Informationen zu Maßnahmen und Projekten der einzelnen Landesministerien auf diesem Gebiet werden in Kapitel 5 aufgeführt.

Alle Beiträge des Beratungsnetzwerks, der Kooperationspartner und der Ressorts der Landesregierung sind in der Verantwortung der jeweiligen Berichterstatterinnen und -ersteller entstanden.

Wir danken auf diesem Weg allen Beteiligten und Partnern für das umfangreiche Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, für Demokratie und Integration von Schutzsuchenden. Es trägt dazu bei, dass Brandenburg auch weiterhin ein weltoffenes Land ist.

2. Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg/ Bündnis für Brandenburg

Die Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg/ Bündnis für Brandenburg der Landesregierung bündelt alle Maßnahmen zur Umsetzung des Handlungskonzepts sowie zur Wahrnehmung aller Aufgabengebiete des Bündnisses für Brandenburg (siehe Seite 9). Sie ist ein Knotenpunkt zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft und unterstützt regionale wie überregionale Aktive bei der Entwicklung eigener Strategien zugunsten einer starken und lebendigen Demokratie. Sie berät Bündnisse, Vereine und Kommunen, vernetzt Akteurinnen und Akteure verschiedener Handlungsfelder, begleitet Projekte und vermittelt schnelle Hilfe in konkreten Problemlagen. Dazu gehört es auch, den öffentlichen Raum für bestimmte Themen zu sensibilisieren.

Daneben erarbeitet die Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg/ Bündnis für Brandenburg als Organisationseinheit der Staatskanzlei Konzepte zu Themenschwerpunkten wie der Erarbeitung von Strategien im Umgang mit populistischen Tendenzen, der Erarbeitung von Instrumenten zur Steigerung des Engagements im Internet und Veranstaltungsreihen zum Austausch der Zivilgesellschaft mit der Landesregierung.

2.1 Tolerantes Brandenburg

Vernetzung und Kooperation

Eine offene und tolerante Gesellschaft wird durch vielseitige Kommunikation und Kooperation gefördert. Deshalb ist es wichtig, mit zahlreichen Akteurinnen und Akteuren aus der Politik, der Verwaltung und der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten, die bei der Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ mitwirken und gemeinsam das Netzwerk des „Tolerantes Brandenburgs“ bilden.

Eine besondere Aufgabe übernimmt dabei die Koordinierungsstelle bei der Steuerung des landesweiten Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus, das ein Verbund von Expertinnen und Experten mit unterschiedlichem Fachwissen zur Demokratiestärkung und Rechtsextremismusbekämpfung ist. Mitglieder des landesweiten Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus sind:

- das landesweite Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit,
- die Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund e.V.,
- die Mobilen Beratungsteams (Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung),
- die Opferperspektive e.V.,
- die Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Demokratie und Integration e.V..

Darüber hinaus unterhält die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ mit derzeit 41 Partnerinnen und Partnern Kooperationsvereinbarungen. Sie werden durch konkrete Projekte und Aktionen mit Leben erfüllt. Die jüngste Kooperationsvereinbarung wurde zu Beginn des Jahres 2017 mit dem Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. geschlossen. Eine Auswahl an bestehenden Aktionen unserer Partnerinnen und Partner finden Sie unter dem Punkt „4. Kooperationspartner“.

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ ist nicht nur eine Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und den brandenburgischen Verwaltungsebenen, sondern auch Ansprechpartnerin für die zuständigen Bundesministerien. Dabei ist es Ziel, die betreffenden Förderprogramme des Bundes sinnvoll mit den brandenburgischen Strukturen zu verknüpfen. Besonders die Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ sind für das „Tolerante Brandenburg“ von Bedeutung. Deren Umsetzung wird eng von der Koordinierungsstelle begleitet. Sie steht in engem Kontakt mit den zuständigen Regiestellen der Programme, um die Interessen des Landes zu vertreten und um brandenburgische Erfahrungen einzubringen. Näheres zu den einzelnen Aktionen und Projekten im Rahmen der beiden Bundesprogramme ist bei den Unterpunkten „Demokratie leben! – Partnerschaften für Demokratie“ sowie „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (vgl. Seite 6) zu finden.

Demokratie-Mobil

Mit dem durch Mercedes-Benz bereitgestellten „Demokratie-Mobil“ begleitete das Team der Koordinierungsstelle im Jahr 2016 insgesamt 40 Veranstaltungen und legte 11.700 Kilometer auf Brandenburgs Straßen zurück. Das „Demokratie-Mobil“ fungiert dabei als Informationsmobil der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung. Es wird von ihr zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und zur Stärkung lokaler demokratischer Strukturen genutzt. Vor Ort wurde von der Koordinierungsstelle informiert, wurden Beratungen durchgeführt und allgemeine Öffentlichkeitsarbeit durch die Vergabe von Flyern/Broschüren geleistet.

Öffentlichkeitswirksam berichtet und informiert die Koordinierungsstelle auf einer eigenen Homepage, auf einer Facebook-Seite sowie auf YouTube. Soziale Netzwerke nehmen einen immer größeren Stellenwert im zivilgesellschaftlichen Engagement ein. Die Koordinierungsstelle sieht einen besonderen Schwerpunkt in der Social-Media Arbeit. Auf der Homepage (www.tolerantes.brandenburg.de) sowie auf der Facebook-Seite (www.facebook.com/tolerantesbrandenburg) wird auf Fort- und Weiterbildungen, Fördermöglichkeiten, Pressemitteilungen, Publikationen, Veranstaltungen und Ähnliches hingewiesen. Im Jahr 2016 wurden auf der Facebook-Seite des „Toleranten Brandenburgs“ 341 Beiträge gepostet, die insgesamt 277.600 Mal aufgerufen wurden. Dies bestätigt, dass die Facebook-Seite „Tolerantes Brandenburg“ als wichtige Anlaufstelle zur Informationsbeschaffung gilt. Videos mit Interviews und Statements politischer Persönlichkeiten des Landes veröffentlicht die Koordinierungsstelle auf YouTube. Des Weiteren ist es mit einer eigenen App der Koordinierungsstelle auch möglich, Förderunterlagen und neue Informationen direkt auf den mobilen Geräten abzurufen.

Unterstützen und Fördern

Die Arbeit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ war mit einer finanziellen Ausstattung von 1.212.300,00 EUR Landeshaushaltungsmitteln sowie 150.000,00 EUR Lottomitteln unterlegt. Zusätzlich erhält sie Zuwendungen über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in Höhe von 458.552 EUR. Mit den Mitteln des Landes und des Bundes wurde fast ausschließlich das landesweite Beratungsnetzwerk gefördert, aus Lottomitteln wurden 33 Projekte von lokalen und überregionalen Trägern unterstützt. Zahlreiche Förderungen der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ hatten nicht nur Aktionen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus im Fokus, sondern auch interkulturelle Begegnungen und weitere Projekte zur Unterstützung der Willkommenskultur. Eine vollständige Liste der geförderten Projekte liegt in der Anlage 1 bei.

Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ ist ein vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ausgeschriebenes Programm.

Einen Programmbereich zur Förderung der Willkommenskultur und Bekämpfung des Rechtsextremismus in den Regionen bilden die „Partnerschaften für Demokratie“ (PfD). Sie sind strukturell angelegte, regionale Bündnisse aus Verwaltungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die gemeinsam auf die jeweilige lokale Situation angepasste Strategien entwickeln und Projekte unterstützen. Das BMFSFJ fördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ im Land Brandenburg 15 PfD in folgenden Regionen: Landkreis Märkisch-Oderland, Stadt Cottbus, Landkreis Dahme-Spreewald, Landkreis Elbe-Elster, Stadt Frankfurt (Oder), Stadt Fürstenwalde/Spree und Amt Odervorland, Hoher Fläming, Landkreis Oberhavel, Landkreis Ostprignitz-Ruppin, Landkreis Prignitz, Landkreis Spree-Neiße, Landkreis Teltow-Fläming, Landkreis Uckermark, Region Rathenow-Nauen-Westhavelland und die Stadt Falkensee.

Die PfD erhalten durch das zuvor genannte Bundesprogramm eine jährliche Zuwendung i.H.v. 80.000 EUR. Damit soll die zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteurinnen und Akteure für Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit sowie für die Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger unterstützt und zur nachhaltigen Entwicklung lokaler und regionaler Bündnisse in diesen Themenfeldern beigetragen werden. Seit verganginem Jahr ist die Förderung der Willkommenskultur und der Integration von Geflüchteten ein weiterer Schwerpunkt der PfD.

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ ist im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ auch gleichzeitig das Landes-Demokratiezentrum für Brandenburg. Neben der Stärkung der demokratischen Kultur in dem jeweiligen Bundesland und der Ausgestaltung einer nachhaltigen Beratungs-, Informations- und Vernetzungsstruktur auf Landesebene soll solch ein Demokratiezentrum unter anderem auch die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um das Thema „Flucht und Asyl“ sowie die Bemühungen um Aufnahme und Integration Zugewanderter fördern.

Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“

Gleiches gilt für die im Rahmen des Förderprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern unterstützten Trägerinnen und Träger im Land Brandenburg. Das Programm fördert in ländlichen und strukturschwachen Gegenden eine selbstbewusste, lebendige und demokratische Gemeinwesenkultur. Es unterstützt gezielt Vereine und Initiativen, die regional verankert sind, und richtet sich an haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende in gemeinnützigen Vereinen und Verbänden in ostdeutschen Bundesländern, an haupt- und ehrenamtliche Akteurinnen und Akteure im Bereich des organisierten Sports und der Freiwilligen Feuerwehren im ländlichen, strukturschwachen Raum der westdeutschen Bundesländer sowie an zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure sowie an kommunale Verantwortungsträgerinnen und -träger im ländlichen, strukturschwachen Raum.

Das Bundesprogramm unterstützt ab 2016 insbesondere Verbände darin, innerhalb ihrer Organisationen mit Konflikten und besonderen Aufgabenstellungen im Zusammenhang mit den aktuellen Migrationsbewegungen noch besser umgehen zu können, um Verständnis bei den Mitgliedern zu erreichen und vereinsinterne Ressourcen besser zu steuern.

Gegenstände der Förderung sind demnach:

- verbandsinterne Beratung, Konfliktmoderation, Entwicklung und Unterstützung aktueller Lösungen zur Ressourcensteuerung, Verbesserung von Information,
- Kommunikation und Vernetzung, jeweils unter besonderer Berücksichtigung der aus der Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten erwachsenden Herausforderungen für die Vereins- und Verbandsarbeit;
- Schaffung zusätzlicher Informations- und Qualifikationsangebote für Vereins- und Verbandsmitglieder zu den aktuellen Migrationsbewegungen, deren Bedingungen und Auswirkungen;
- Beratung und Vermittlung von Hilfestellung bei Konflikten der Vereinsmitglieder mit rechtsextremistischen Ausschreitungen infolge ihres Engagements bei der Aufnahme und Betreuung von Geflüchteten.

Im Land Brandenburg werden folgende Projekte mit einem Gesamtfördervolumen von 1.345.829,03 EUR (für 2016) gefördert:

- Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (DWBO) e. V.: „Demokratie gewinnt! In Brandenburg!“,
- Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e. V.: „Beraten - Bewegen - DRANBLEIBEN!“,
- Berlin-Brandenburgische Landjugend e. V. (BBL): „Zentrum für Partizipation und Mediation“,
- Arbeitslosenverband Deutschland LV Brandenburg e. V.: „FAIRPLAY - Ein starker ALV im Brandenburger Land“,
- Landesfeuerwehrverband Brandenburg e. V.: „Ohne Blaulicht“
- Paritätisches Sozial- und Beratungszentrum gGmbH (PSBZ gGmbH): „InSchwung - die Beteiligungsagentur“,
- THW-Jugend Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt e. V.: „Abenteuer Demokratie - Das Abenteuer geht weit“.

FSJ-Pler (Freiwilliges Soziales Jahr Politik)

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ ermöglicht im Jahr 2016/2017 erneut, einem Freiwilligendienstleistenden ein „Freiwilliges Soziales Jahr im politischen Leben“ (FSJ-P) zu absolvieren. Die Koordinierungsstelle ist bereits seit dem Jahr 2013 eine Einsatzstelle für solch ein politisches FSJ, das sich in Trägerschaft der Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd) befindet. Dabei lernen die Teilnehmenden Strukturen, Aufgaben und Arbeitsabläufe in politisch relevanten Institutionen kennen und nehmen durch aktive Teilhabe an der Gestaltung des Gemeinwesens teil.

Zukunftsdialoge des Toleranten Brandenburgs

2014 wurde die Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ im Rahmen einer wissenschaftlichen Expertise untersucht. Die Ergebnisse der Expertise, die von den Wissenschaftlern Prof. Dr. Wilfried Schubarth (Universität Potsdam), Dr. Michael Kohlstruck (TU Berlin) und Prof. Dr. Manfred Rolfes (Universität Potsdam) vorgenommen wurde, liegen dem Landtag zusammen mit dem 5. Landtagsbericht vor (vgl. Drs. 5/9177).

Der parteiübergreifende Grundkonsens, die zentrale Koordinierung und Steuerung, sowie die flexiblen, lösungsorientierten Informations- und Kommunikationsstrukturen wurden dabei als wesentliche Stärken hervorgehoben. Als neue Herausforderungen und Arbeitsfelder für die nächsten Jahre wurde unter anderem die Vernetzung der regionalen Akteurinnen und Akteure identifiziert. Um diesem Bedürfnis der Vernetzung von Landes- und lokaler Ebene nachzukommen, entwickelte das Beratungsnetzwerk gemeinsam mit der Koordinierungsstelle die „Zukunftsdialoge – Tolerantes Brandenburg“. Träger dieses Projekts ist der Verein Demokratie und Integration Brandenburg e.V..

Das Ziel der Zukunftsdialoge war, das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ stärker in den Regionen „herunterzubrechen“, einen Austausch aller relevanten Akteurinnen und Akteure aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Politik zu fördern und neue regionale Netzwerke zur Förderung demokratischer Strukturen zu schaffen. Dazu beinhaltete jeder Zukunftsdialog einen Informationsteil zur Vorstellung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“. Er enthielt die Vorstellung der Strukturen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ sowie einen Einblick in die regionalen Strukturen des Rechtsextremismus. Auf diese Weise sollte ein Wissenstransfer ermöglicht werden.

Die Teilnehmenden hatten die Möglichkeit, ihre Eindrücke zu schildern und an eigenen Themenschwerpunkten zu arbeiten. Hierbei wurden unter anderem Themen wie „Jugendpartizipation“, „Rechtsextremismusprävention“, „Arbeitspolitik“, „Bürgerpartizipation“, „Gründung von Willkommensinitiativen“ u. a. erarbeitet und besprochen.

Zukunftsdialoge wurden in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt durchgeführt. Regionale Mitveranstalter sind die Pfd sowie regionale Strukturen der Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner des „Toleranten Brandenburg“. Die ersten Zukunftsdialoge wurden im Jahr 2015 durchgeführt. Im Jahr 2016 folgten weitere Veranstaltungen. Unter den Teilnehmenden waren Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landtagsabgeordnete, Dezernentinnen und Dezernenten, Vereine, Schulen, ehrenamtlich Tätige sowie regionale Strukturen der Kooperationspartner des Handlungskonzepts. Die ausführliche Expertise ist als Anlage 2 diesem Bericht beigefügt.

B-Team-Tour 2016

Neben dem regelmäßigen Austausch mit den Kooperationspartnern, dem Beratungsnetzwerk und den Projektträgern ist dem Toleranten Brandenburg auch der Austausch mit der Zivilgesellschaft wichtig. Bereits im Jahr 2014 wurde in Kooperation mit der Stiftung SPI die Wahlwecker-Tour durchgeführt. Im Jahr 2016 wurde in

Zusammenarbeit mit Kumulus e.V. die B-Team¹ -Tour durchgeführt. Die Tour wurde von jungen Brandenburgerinnen und Brandenburgern zum Thema „Flucht und Asyl“ durchgeführt. Ziel der B-Team-Tour war es über Flucht und Asyl zu informieren, mit Geflüchteten in Brandenburg in Kontakt zu treten und die Vielfalt an sozialen und interkulturellen Begegnungsmöglichkeiten und Projekten des Landes Brandenburg sowie das Engagement der vielen haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer hervorzuheben. Dies geschah in vielen persönlichen Begegnungen und Gesprächen sowie über den Blog www.b-team-tour.de und die sozialen Medien, in denen die Jugendlichen täglich über ihre Aktivitäten berichteten.

Fünfzehn Tage lang fuhr das B-Team – acht Jugendliche im Alter zwischen 19 und 26 Jahren – mit dem Tour-Mobil durch Brandenburg und besuchte Schulen, Stadtfeste, Sportturniere, Unternehmen, Initiativen, Vereine und Flüchtlingsseinrichtungen. Im Rahmen von Schulworkshops hat das B-Team morgens Schülerinnen und Schüler verschiedener Schulformen besucht und mit ihnen über die Themen Flucht und Asyl gesprochen. Dabei wurden zunächst Vorurteile hinsichtlich der Aufnahme von Geflüchteten aufgegriffen, um diese dann zu entkräften. Das Konzept hat sich als sehr fruchtbar erwiesen: Mit den Denkanstößen durch das B-Team konnten Vorbehalte und Ängste unter den Schülerinnen und Schülern abgebaut werden. Auch in zwei Flüchtlingsklassen war das B-Team, um mit den Geflüchteten über ihre Sorgen und Wünsche zu reden. Insgesamt wurden im Rahmen der Schulbesuche ca. 300 Schülerinnen und Schüler erreicht.

Die Nachmittagstermine des B-Teams standen in erster Linie unter dem Motto „Willkommenskultur stärken und leben“. Das B-Team hat gemeinsam mit Geflüchteten gekocht, sich sportlich oder spielerisch betätigt, Ausflüge unternommen und viele Gespräche geführt. Außerdem hat das B-Team sich mit Engagierten in Projekten und Willkommensinitiativen getroffen und Leuchtturmprojekte besucht, um so das Engagement im Land Brandenburg hervorzuheben und Anerkennung für die vielen Helferinnen und Helfer zu schaffen.

Ein weiterer Pfeiler der B-Team-Tour war es, in Gesprächen mit den Brandenburgerinnen und Brandenburgern über Flucht und Asyl in Deutschland aufzuklären. Dafür war das B-Team insgesamt auf sechs verschiedenen Festen unterwegs, um Gespräche zu suchen, unmittelbar die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger zu hören und ggf. Sorgen zu entkräften.

Im Rahmen der 15-tägigen Tour hat das B-Team 48 Stationen in 17 Landkreisen und kreisfreien Städten besucht und mit hunderten Menschen gesprochen. Dabei haben die Jugendlichen mit guten Beispielen, Aktionen und Projekten für mehr Toleranz geworben, über die Themen Flucht und Asyl informiert und den Dialog mit Geflüchteten gesucht.

2.2 Bündnis für Brandenburg

Das Bündnis für Brandenburg wurde am 26. November 2015 gegründet. 30 Erstunterzeichnende beteiligten sich am Gründungsaufruf, ihnen folgten im Jahr 2016 rund 260 weitere Unterstützende, die sich mit ihrer Unterschrift symbolisch für ein weltoffenes und integrationsfreundliches Brandenburg einsetzen wollen. Es gab einen regen Austausch zwischen den Unterzeichnenden und der Koordinierungsstelle. Rund 150 Gespräche

¹ „Brandenburg-Team“

wurden im Jahr 2016 geführt. Dabei haben die Unterstützenden eigene Ideen eingebracht und Kontakte zu anderen Unterstützenden aufgebaut. Es wurden auch Kontakte zu Kooperationspartnern des Toleranten Brandenburgs vermittelt, um Projekte und Veranstaltungen durchzuführen. Die Koordinierungsstelle setzt sich nun u.a. regelmäßig mit der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg zu einem Jour fixe zusammen, um Probleme und Fragen direkt zu erörtern.

Des Weiteren sind 34 Unterstützende des Bündnisses für Brandenburg auch Kooperationspartner des Toleranten Brandenburgs. Der Austausch der Engagierten ist nur ein Beispiel für die Synergieeffekte, die durch die Zusammenlegung als Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg/ Bündnis für Brandenburg entstanden.

Seit April 2016 ist die Koordinierungsstelle eine Stabsstelle beim Chef der Staatskanzlei in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg. Dem „Bündnis für Brandenburg“ standen Haushaltsmittel i.H.v. insgesamt 1,73 Mio. EUR, davon 790.000 EUR für die Projektförderung zur Verfügung. Mit der Projektförderung wurden lokale und regionale Netzwerkstrukturen sowie modellhafte Projekte gefördert, die die gesellschaftliche Teilhabe sowie Integration in Ausbildung und Arbeitsmarkt verbesserten. Dabei entstanden u.a. Filme über Flucht und Fluchtursachen, Patenschaftsprojekte zur Begleitung der Geflüchteten beim Erlernen der deutschen Sprache und bei der Begleitung in Fragen des täglichen Lebens aber auch Möglichkeiten der Beratung traumatisierter Geflüchteter. Weitere Mittel i.H.v. jeweils 100.000 EUR wurden an die Ressorts MWFK, MASGF und MBSJ übertragen.

Aus den 790.000 EUR, die für Projektförderungen im Jahr 2016 zur Verfügung standen, wurden 175 konkrete Maßnahmen von freien Trägern zur Integration von Flüchtlingen unterstützt. 38 Projekte wurden durch die Koordinierungsstelle gefördert. Das MBSJ übertrug seine Mittel an den Landesjugendring Brandenburg e.V., der durch einen Förderfonds 116 Projekte unterstützte (siehe Seite 31). Das MWFK hat mit den zusätzlichen Mitteln i.H.v. 100.000 EUR 17 Projekte gefördert und das MASGF unterstützte vier Projekte. In der Anlage 3 ist eine Projektübersicht beigefügt, in der alle geförderten Projekte aufgeführt werden.

Neben der Projektförderung für lokale Netzwerkstrukturen und Modellprojekte wurden weitere Mittel i.H.v. 360.000 EUR als Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände durch die Mitglieder des Landtags zur Verfügung gestellt. Die Landkreise und kreisfreien Städte wurden mit Regionalbudgets i.H.v. jeweils etwa 20.000 EUR unterstützt, die sie beim Bündnis für Brandenburg beantragen konnten. Alle Landkreise und kreisfreien Städte haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht und die Mittel abgerufen, um davon zahlreiche Veranstaltungen und Integrationskonferenzen durchzuführen, Koordinierungsstellen für die ehrenamtliche Arbeit mit Geflüchteten einzurichten oder das ehrenamtliche Engagement zu unterstützen. Dadurch entstanden viele, zum Teil sehr unterschiedliche Projekte im ganzen Land, die direkt lokal und regional wirkten und auf die spezifischen Bedarfe der Landkreise und kreisfreien Städte ausgerichtet waren.

Aus den Regionalbudgets wurden u.a. in mehreren Kreisen Koordinierungsstellen für das Ehrenamt geschaffen. Diese unterstützen die ehrenamtlich Engagierten bei der Integration von Geflüchteten, indem sie Räume für Veranstaltungen buchen, Kontaktpersonen ausfindig machen und Informationen heraussuchen. In einigen Kreisen wurden spezielle Kursangebote für die Bedürfnisse von Frauen, aber auch für alleinreisende Männer geschaffen. Das Regionalbudget wurde auch dafür eingesetzt, Fahrradwerkstätten zu etablieren, Sprachcafés einzurichten sowie kulturelle und sportliche Veranstaltungen durchzuführen. Insbesondere das gemeinsame

Singen, Kochen, Basteln und Sporttreiben standen dabei im Vordergrund. Aber auch die alltagspraktische Unterstützung wie die Begleitung zu medizinischer Beratung und Betreuung oder diverse Verwaltungsgänge konnten unterstützt werden, indem die Mittel der Regionalbudgets für Patenschaftsprojekte und Dolmetscherleistungen genutzt wurden.

Eine weitere wichtige Säule der Arbeit des Bündnisses für Brandenburg sind die Dialogforen. Das belegen die Veranstaltungen zum Ehrenamt in Wittstock und Luckenwalde am 30. Juni und 8. Oktober 2016 sowie die beiden Veranstaltungen in Potsdam am 28. November zum Thema „Integration durch Bildung gestalten“ und am 12. Dezember zum Thema „Arbeit und Wirtschaft“. Alle Veranstaltungen waren mit ca. 150 Teilnehmenden sehr gut besucht. Die Gäste waren ehrenamtlich Engagierte, hauptamtlich Tätige, Kommunal- und Landespolitikerinnen und -politiker sowie Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen und Verbänden. Die bereits umgesetzten erfolgreichen Maßnahmen verschiedener Initiativen und Institutionen wurden ebenso diskutiert wie Herausforderungen und Vorgehensvorschläge. Dabei wurden u.a. aktuelle Problemlagen wie die Mobilität von Geflüchteten und die Qualifizierung für Ausbildung und Arbeit direkt durch die entsprechenden Ressorts bearbeitet und zum Teil individuelle Lösungen gefunden.

Die Dialogforen gliederten sich in einen fachlichen Input am Vormittag, an dem neben Mitgliedern der Landesregierung Experten aus der Wissenschaft und Verwaltung teilnahmen. Am Nachmittag stand der Austausch in Workshops im Vordergrund. Die Gäste hatten die Möglichkeit, an Thementischen ihre eigenen Erfahrungen darzustellen und mit anderen zu diskutieren. Herausforderungen, Lösungsvorschläge und Ideen wurden aufgezeichnet und dem Plenum zum Abschluss der Veranstaltung vorgestellt. Die jeweiligen Fachressorts haben Probleme und offene Fragen zur weiteren Bearbeitung mitgenommen, so dass es auch im Nachhinein noch Rückmeldungen an ehrenamtlich Engagierte gab. Zum Teil sind aus diesen Dialogforen neue Netzwerke und Projektideen entstanden, die die Koordinierungsstelle unterstützend begleitet.

Weitere Veranstaltungen unter dem Dach des Bündnisses für Brandenburg wurden vom Ministerium der Justiz, für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg zum Thema „Fluchtursachen“ und vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie zum Thema „Gesundes Aufwachsen von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in Brandenburg gemeinsam gestalten“ durchgeführt.

Die Internetseite www.buendnis-fuer-brandenburg.de agiert als Informationsseite der Landesregierung. Die Nutzerinnen und Nutzer können sich auf der Seite über Veranstaltungshinweise, über Veranstaltungsberichte und Blogs zu den Dialogforen, über Projekte, Fördermittelgeber und Fördergrundlagen informieren. Formulare zur Beantragung von Zuwendungen können benutzerfreundlich abgerufen und ausgefüllt werden. Die Bündnis-Seite wurde 2016 rund 456.250 Mal aufgerufen, durchschnittlich also 1.250 Mal am Tag. Die Zahl der Besucherinnen und Besucher pro Tag lag im Durchschnitt bei 190. Beide Werte weisen im Jahresverlauf eine steigende Tendenz auf, da das Angebot ausgeweitet und immer besser angenommen worden ist. Die Dezember-Durchschnittswerte lagen bereits bei 1.828 Aufrufen/Tag und 333 Besucherinnen und Besucher pro Tag. Bei den genannten Kennzahlen handelt es sich um extrapolierte Werte.

Auf der Internetseite sind auch zahlreiche Adressen diverser Willkommensinitiativen zu finden, die den Akteuren vor Ort die Vernetzung und den Austausch mit anderen Initiativen erleichtern sollen. Auch Projekte und Veranstaltungen von externen Partnern werden beworben. Auf der Facebook-Seite des „Toleranten Brandenburg“ wird regelmäßig auf Veranstaltungen des „Bündnis für Brandenburg“, auf weitere Informationsquellen

zur Integration Geflüchteter und auf Fördermittelgeber und Veranstaltungen hingewiesen. Über die App des Toleranten Brandenburgs kann seit 2016 auch auf das „Bündnis für Brandenburg“ zugegriffen werden. Die Internetseite www.buendnis-fuer-brandenburg.de soll den Besucherinnen und Besuchern einen möglichst großen Nutzen bringen und als Quelle für Informationen zur Integration Geflüchteter in Brandenburg dienen.

3. Beratungszentrum

3.1 Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Das Aktionsbündnis setzt sich für die Mobilisierung der Gesellschaft, gegen Rechtsextremismus und Rassismus ein. Dem 1997 auf Betreiben der Landesregierung gegründeten Bündnis gehören 75 Verbände, Vereine, Bürgerinitiativen sowie Persönlichkeiten des Landes an. Die Mitglieder tagen zwei Mal im Jahr, um aktuelle Entwicklungen zu beraten und gemeinsame Aktivitäten zu beschließen. Angeführt wird das Bündnis seit April 2014 von Superintendent Thomas Wisch, der die Evangelische Kirche im Aktionsbündnis vertritt. Im Mittelpunkt der Aktivitäten im Jahr 2016 stand das Thema der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Zwar hat die Zahl flüchtlingsfeindlicher Demonstrationen abgenommen, jedoch haben sich diese Proteste radikalisiert, was sich auch an einer hohen Zahl politisch motivierter Gewalttaten zeigt. Neben der extremen Rechten spielen die Identitäre Bewegung und die Partei Alternative für Deutschland eine zunehmend wichtige Rolle in der Agitation gegen Geflüchtete. Seine Aufgabe sieht das Aktionsbündnis vor diesem Hintergrund auch darin, über die Inhalte und Ziele dieser Organisationen zu informieren und aufzuklären.

Das Aktionsbündnis wendet sich direkt an Bürgerinnen und Bürger, die aufgrund des Zuzugs von Flüchtlingen verunsichert sind und insofern für Vorurteile empfänglich sein können. Dazu wurde eine neue Ausgabe der Publikationsreihe „Neue Nachbarn“² herausgegeben, in der soziale und wirtschaftliche Folgen der Fluchtmigration für das Land Brandenburg anschaulich dargestellt sind. Ziel ist es dabei, die Wirkungen von Desinformation und Hasspropaganda auf die Gesellschaft zu begrenzen.

Mit der Jugendkampagne „Schöner leben ohne Nazis“ bietet das Aktionsbündnis über soziale Medien und zahlreiche Veranstaltungen eine Plattform an, um Freizeit und ein positives Lebensgefühl mit einem Bekenntnis zu demokratischen Werten zu verbinden. Nach dem Kiniosommer 2015 mit Open-Air-Filmvorführungen fand 2016 eine Sommertour statt, bei der Jugendliche gemeinsam ihre Städte bzw. Dörfer verschönerten.

Seit der Entdeckung des Nationalsozialistischen Untergrunds 2011 hat das Aktionsbündnis eine Aufarbeitung des Rechtsterrorismus in der Mark angemahnt. Diesem Zweck diente auch die Herausgabe des Sammelbandes „Generation Hoyerswerda“ (Hrsg. Anna Spangenberg), der auf Anregung und mit Unterstützung des Aktionsbündnisses 2016 erschien. Im gleichen Jahr hat das Aktionsbündnis mit verschiedenen Partnern, u.a. mit dem Frauenpolitischen Rat, die Broschüre „Die neue Partei am rechten Rand. Programm und Positionen der AfD“ veröffentlicht.

² Förderung aus Mitteln des „Bündnisses für Brandenburg“

3.2 Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund e.V.

Sowohl bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus als auch bei der Unterstützung und Integration der nach Brandenburg kommenden Flüchtlinge ist der Landessportbund Brandenburg e.V. mit seinen Strukturen und vielen Ehrenamtlichen ein wichtiger gesellschaftlicher Akteur im Land Brandenburg.

Als wichtiger Kooperationspartner im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“, als Gründungsmitglied des „Bündnisses für Brandenburg“ und als Mitglied des Beratungsnetzwerks des „Toleranten Brandenburg“ leistet der Landessportbund Brandenburg e.V. mit seinen Projekten bzw. Programmen „BeratenBewegen – DRANBLEIBEN“, „Integration durch Sport“ und „Straßenfußball für Toleranz“ wertvolle Beiträge zur Stärkung der Zivilgesellschaft und der Willkommenskultur im Land Brandenburg.

Bereits seit Dezember 2010 engagiert sich die Brandenburgische Sportjugend im Bundesprogramm "Zusammenhalt durch Teilhabe" mit dem Projekt „BeratenBewegen – DRANBLEIBEN“. Im Mittelpunkt steht dabei der Auf- und Ausbau von Handlungskompetenzen zur Stärkung der demokratischen Praxis in den Sportvereinen und Sportverbänden sowie die Förderung von Teilhabestrukturen. Der Sport nimmt damit eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahr. Im Projekt „BeratenBewegen – DRANBLEIBEN“ konnten im vergangenen Jahr bei 30 Sportvereinen komplexe Beratungsprozesse, vorrangig im Themenfeld Rechtsextremismus und Konfliktbearbeitung, umgesetzt werden. In knapp 30 Bildungs- und Informationsveranstaltungen (Workshops Rechtsextremismus, Deeskalationstraining, Argumentationstraining) wurden den Teilnehmenden präventiv Inhalte und entsprechende Handlungsstrategien vermittelt. Entsprechende Schulungsbausteine im Themenfeld sind zu einem festen Bestandteil in der Jugendbildung (JuLeiCa, Seminare der FSJ/BFD) im Sport geworden. Im Rahmen der regionalen Zukunftsdialoge waren vor allem die Kreis- und Stadtsportbünde ein fester Partner und Ansprechpartner, wenn es um die Bekämpfung von rechten Strategien und Einflüssen ging. Mit Blick auf die Schaffung von regionalen Strukturen und Netzwerken zur Bekämpfung von Rechtsextremismus sind und werden brandenburgische Sportvereine und – verbände zukünftig zuverlässige Partner.

In Ergänzung zum Projekt „BeratenBewegen – DRANBLEIBEN“ engagierte sich die Brandenburgische Sportjugend im vergangenen Jahr zudem in einem Projekt „Flucht und Asyl“. Im Rahmen dieses Projekts wurden Beratungen für Sportvereine zur Unterstützung bei der Arbeit mit Flüchtlingen, Vorträge, Workshops und Willkommenssportfeste durchgeführt. Bei den 10 regionalen Willkommenssportfesten mit etwa 4.000 Teilnehmenden gelang es, mit Flüchtlingsunterkünften und verschiedenen Netzwerkpartnern ins Gespräch zu kommen und teilweise Flüchtlinge in die lokalen Sportvereine zu integrieren. Mit dem Programm „Integration durch Sport“ (gefördert vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg und teilweise vom „Bündnis für Brandenburg“) setzt sich die Brandenburgische Sportjugend landesweit seit mehr als 20 Jahren für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben ein. Im Mittelpunkt steht dabei die interkulturelle Öffnung der Sportorganisation. Mit diesem Programm werden Rahmenbedingungen geschaffen, allen Menschen, ungeachtet ihrer Religion und Herkunft, ihres Geschlechts oder Alters, die gleichberechtigte Teilhabe am Sport zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund der sehr starken Zuwanderung in den letzten Jahren ergeben sich auch für den organisierten Sport in Brandenburg, insbesondere für die Sportvereine und Sportverbände, große Herausforderungen. Insgesamt kann aber eingeschätzt werden, dass die Sportorganisationen mit ihren Strukturen offen gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden sind und mit vielen Initiativen und Aktivitäten die Neuankommenden unterstützen. Dabei

werden aber auch teilweise Überforderungen im Ehrenamt, unklare rechtliche Rahmenbedingungen und eine Flut von Informationen zum Thema sichtbar. Vor allem das Ehrenamt agiert oftmals im persönlichen Grenzbereich.

Aufgrund dieser spezifischen Situation der Sportvereine ist die Sportorganisation gefragt, die engagierten Vereine bei ihren Bemühungen finanziell zu fördern, mit Informationen und Beratungsleistungen zu begleiten und zu unterstützen. Das betrifft insbesondere jene Vereine, die sich erstmals in diesem Themenfeld engagieren.

Mit dem Programm „Integration durch Sport“ konnten weitere Weichen für die gleichberechtigte Teilhabe aller in Brandenburg lebenden Menschen gestellt werden. Insbesondere bei der Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen trugen brandenburgische Sportvereine weiterhin zu einem weltoffenen Land Brandenburg bei. Mit interkulturellen Schulungsmaßnahmen, der Beratung zu interkulturellen Konflikten sind auch hier Sportvereine präventiv sensibilisiert worden. Insgesamt 110 Sportvereine leisteten ehrenamtlich einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Alltagsrassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung im Sport. Sie nahmen die finanzielle Unterstützung des Projekts dankbar an.

Trotz vieler Unterstützungsangebote entstehen mitunter vor Ort Konflikte, die die aufgebauten Beratungsstrukturen vor neue Herausforderungen stellen. Teilweise sind auch problematische Einstellungen, Haltungen und Verhaltensweisen bzgl. der Flüchtlingsthematik in Sportvereinen erkennbar, die Aufklärungsarbeit, Beratungs- und teilweise Intervention erfordern. Mitunter fehlt auch die bewusste Auseinandersetzung mit antidemokratischen, teilweise auch rechtsextremen Bestrebungen. Zudem herrscht in vielen Bereichen des organisierten Sports noch eine große Unsicherheit zum Thema Flüchtlinge.

3.3 Mobiles Beratungsteam

Die Entwicklungen der letzten Jahre, insbesondere von 2014 bis 2016, führten und führen auch weiterhin zu einer enormen Überlastung in den kommunalen und regionalen Systemen. Dabei sind insbesondere die Wechselwirkungen zwischen globalen Entwicklungen und Debatten einerseits und lokalen Konflikten andererseits in den Blick zu nehmen. Finanzkrise, die Zunahme von Flüchtlingsströmen, der EU-Austritt Großbritanniens, der Wahlerfolg Trumps, der internationale Terrorismus und Pegida sind nur einige globale Entwicklungen, die durchaus starke Auswirkungen auf die lokale Ebene und den kommunalen Diskurs haben. In konflikthafter Situationen befeuern diese die Eskalation und Polarisierungen vor Ort. Verwaltungen, Politik und insbesondere die Zivilgesellschaft stehen vor großen Herausforderungen und komplexen Problemlagen, für deren Bearbeitung sie keine Routinen haben, auf die sie zurückgreifen können. Entsprechend mehr Anfragen zur Unterstützung erreichten das Mobile Beratungsteam (MBT). Im Ergebnis sieht sich das MBT nicht nur quantitativ erheblichen Mehrbelastungen in der Beratungsarbeit gegenüber, sondern auch qualitativ. Die Beratungsarbeit fand 2016 häufig in hoch komplexen kommunalen Prozessen statt, die vor Ort häufig begleitet waren von starker Verunsicherung der Akteure, von anfänglicher Ratlosigkeit, von der Hoffnung, schnelle und einfache Lösungen zu finden, und von großen Anstrengungen, mit der Diversität vor Ort umzugehen. Die thematischen Schwerpunkte der Beratung durch das MBT in den kommunalen Systemen lassen sich zu fünf Blöcken zusammenfassen:

1. Abbau von Polarisierung

Das Thema Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden hat in den Brandenburger Kommunen, insbesondere dort, wo neue Gemeinschaftsunterkünfte eröffnet wurden, zu starken Polarisierungen vor Ort geführt. Es haben sich zum Teil tiefe Gräben durch das kommunale System gezogen, die es nun zu überwinden gilt. Verantwortliche und Engagierte stellen sich vor Ort die Frage, wie es gelingen kann, dass nicht übereinander, sondern miteinander gesprochen wird. Dabei stellte sich an vielen Orten in Brandenburg heraus, dass die 2014 und 2015 gesammelten Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft starke Wirkungen entfaltet haben. Beispielsweise moderierte das Mobile Beratungsteam im Landkreis Dahme-Spreewald eine Dialogveranstaltung „Flucht nach vorne“, in der vor allem die Intensivierung der Zusammenarbeit und die Entwicklung von Kooperationsroutinen zwischen Ehrenamt und Kreisverwaltung diskutiert wurde. Diese Veranstaltung war ein Höhepunkt in einem Prozess, wie die Zusammenarbeit in Zeiten höchster Belastung, in komplexen Situationen und zu schwierigen Themen zwischen diesen Akteurinnen und Akteuren gut gestaltet werden kann. Die positive Entwicklung dieses und ähnlicher Prozesse begründet sich durch die differenzierte und offene Haltung der Akteurinnen und Akteure. Mit Unterstützung des MBTs ist es gelungen, anzuerkennen, dass die jeweilige andere Seite eine andere Wahrnehmung sowie eine andere Art der (Re-)Aktion bevorzugt und anderen Handlungszwängen unterliegt. Dabei wurde diese Unterschiedlichkeit nicht nur wahrgenommen, sondern akzeptiert und zum Ausgangspunkt für die Zusammenarbeit. Es ging also in erster Linie nicht, wie häufig in der Vergangenheit, darum, das Gegenüber von der eigenen Wirklichkeit zu überzeugen und dessen Verhalten zu verändern. Daraus ergab sich dann für die Akteurinnen und Akteure einerseits ein differenzierteres Bild der Realität und andererseits haben sich die Interventionsmöglichkeiten deutlich erweitert. Durch eine kooperative Strategie und ein gemeinsames bzw. aufeinander abgestimmtes Agieren konnte die Wirkung vor Ort deutlich verstärkt werden.

Die genaue und konsequente Differenzierung vor Ort ist von enormer Bedeutung. Demokratie lebt von der Meinungsverschiedenheit und vom Austausch der verschiedenen Positionen. Eine Vermischung ist der verschiedenen Rollen vor Ort sehr gefährlich. Insbesondere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker tendieren dazu, bei komplexen und unpopulären Themen die Sichtweisen der Verwaltung zu übernehmen. Häufig lässt sich dies mit fehlenden Zeitressourcen erklären, aber für den politischen Willensbildungsprozess ist es notwendig, verschiedene Positionen öffentlich zu diskutieren. Wenn dies nicht gelingt, ist dies auch ein Nährboden für populistische Entwicklungen. Das MBT unterstützt dabei die lokalen Akteurinnen und Akteure, die verschiedenen Rollen zu klären und zu vermitteln, was wiederum mit einer größeren Rollensicherheit einhergeht.

2. kritische Auseinandersetzung in Graubereichen

Das Bürgerbündnis Havelland in Rathenow, der Verein „Zukunft Heimat“ oder die „Spaziergänge“ in Oranienburg sind nur die prominentesten Beispiele im Land Brandenburg, die 2015 und 2016 deutlich gezeigt haben, wie schwer die kritische Auseinandersetzung mit diesen fremdenfeindlichen, rassistischen und antidemokratischen Phänomenen ist. Das Exklusionsmodell „Nazis raus“ war und ist dafür nicht geeignet, da ein Großteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Veranstaltungen dieser Initiativen keine Rechtsextremen waren, sondern Bürgerinnen und Bürger der Region. Das macht es notwendig, sich nicht nur symbolisch und ausgrenzend sondern inhaltlich damit auseinanderzusetzen. Es musste folglich gelingen, einen Dialog zumindest mit einzelnen Akteurinnen und Akteuren sowie Akteursgruppen herzustellen und sich mit den konkreten Themen zu beschäftigen.

Dabei ist ein Teil der Doppelstrategie des organisierten Rechtsextremismus aufgegangen. Einerseits treten Akteure wie der III. Weg sehr radikal auf und versuchen, vor Ort eine Stimmung der Angst zu verbreiten, andererseits agieren Rechtsextreme vor Ort häufig als „Wolf im Schafspelz“, um Wirkung im bürgerlichen Spektrum zu entfalten. Das gelingt ihnen in Brandenburg nur, wenn sie als rechtsextreme Akteure nicht erkannt werden. Darin zeigt sich die nachhaltige Wirkung des Handlungskonzeptes Tolerantes Brandenburg: Für die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs ist klar, dass man mit Rechtsextremen nichts zu tun haben will. An manchen Orten ist es Rechtsextremen jedoch gelungen, sich so einzufädeln, dass ihre Unterstützung und Teilnahme auf den ersten Blick nicht ersichtlich war und erst im Laufe der Zeit die Verbindungen zum organisierten Rechtsextremismus zu Tage traten.

So entsteht vor Ort ein Graubereich, in dem die Grenzen zwischen den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren verschwimmen. Es bilden sich Gemengelagen, in denen „besorgte Bürgerinnen und Bürger“, AfD, Identitäre, Reichsbürgerinnen und Reichsbürger sowie rechtsextreme Akteure (häufig ohne erkennbare Symbolik) gemeinsam auftreten und agieren. Diese Situation führte dazu, dass die Recherche zu rechtsextremen Akteuren und deren Verflechtungen mit anderen rechtsextremen Strukturen und/oder mit anderen Akteuren (Bürgerinitiativen etc.) für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MBT sehr arbeitsaufwändig und in akuten Situationen nur sehr schwer leistbar ist. Die Kooperation des MBT im Beratungsnetzwerk und dem Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK) hat sich dabei bewehrt. Gemeinsam konnten die Lagen vor Ort bewertet und kommuniziert werden.

Nicht nur die Recherche, sondern vor allem auch die Beratungsarbeit war dadurch viel stärker gefordert als in den Jahren davor. Erfahrene Bündnisse wie beispielsweise das Aktionsbündnis „Unser Rathenow. Miteinander. Füreinander.“ waren enorm gefordert, sich auf die neue Situation einzustellen. Diese lässt sich vergleichen mit der Anfangszeit des Bündnisses. Gemeinsam mit dem Mobilien Beratungsteam wurden neue und innovative Konzepte erarbeitet und vieles war anfangs nicht erfolgreich. Das MBT war dabei nicht nur als Ideengeber, sondern vor allem auch als Motivator gefragt. In der Auseinandersetzung mit diesen neuen lokalen Phänomenen fanden zum Teil grundlegende Veränderungen der Bündnisse statt. Zum Teil wechselten Schlüsselakteurinnen und -akteure, die strategische Ausrichtung wurde neu justiert und neue Kommunikationskonzepte, innovative Maßnahmen sowie Aktivitäten wurden entwickelt bzw. umgesetzt.

Ein Meilenstein in der Auseinandersetzung mit dem Bürgerbündnis Havelland war die Ausstellung „Die Wölfe sind zurück“ auf dem Märkischen Platz in Rathenow. Im Rahmen dieser Veranstaltung gelang es an mehreren Tagen hintereinander, eine Plattform zu schaffen, wo Menschen mit verschiedenen Meinungen zusammenkamen und miteinander gesprochen haben. Meistens hatten die Gesprächspartner am Ende nicht dieselbe Meinung, aber sie redeten nicht übereinander, sondern miteinander und lernten so die verschiedenen Perspektiven kennen.

Zusammenfassend zeigen die MBT-Erfahrungen, dass durch die Ausweitung der Graubereiche die direkte Kommunikation stärker in den Vordergrund rückt. Als durchaus effektiv stellten sich Dialog- und Gesprächsangebote dar. Gemeinsam mit dem MBT entwickelten die Bündnisse vor Ort verschiedene Formate, um mit Bürgerinnen und Bürgern, die andere Meinungen äußerten, ins Gespräch zu kommen. Erfolgreich waren diese dann, wenn sie nicht konfrontativ angelegt waren, sondern auch darauf abzielten, die anderen Meinungen zu verstehen. Neben der bereits geschilderten Wölfe-Ausstellung in Rathenow versuchte man dies

durch weitere kleinere Gesprächs- und Veranstaltungsformen. U. a. stellten sich ehrenamtlich Tätige vor Discounter, um mit den Leuten allgemein über die Situation in ihrer Stadt zu sprechen. In der Folge wurden dann auch Themen wie Zuwanderung oder Fremdenfeindlichkeit diskutiert, aber nicht zu Beginn des Gesprächs.

Dabei stellt sich häufig heraus, dass es Themen hinter den Themen gibt. D. h., es gibt eigentlich andere Konflikte, die man in den Blick nehmen kann und die möglicherweise lokal einfacher zu bearbeiten sind. Die polarisierte Auseinandersetzung zwischen oben und unten verstellt den Blick auf die eigentlichen Themen. Diese sind sowohl von bundespolitischer Dimension (Zuwanderungspolitik, kulturelle Selbstbehauptung etc.) als auch von lokaler Bedeutung (Erhöhung der Grundsteuer, Anrainerstraßen etc.). Ziel der kommunalen Auseinandersetzung ist es für das MBT, diese gesellschaftlichen Konfliktfelder zu identifizieren und zu bearbeiten.

3. Integrationskultur

Während 2014 und 2015 in vielen Brandenburger Kommunen das Ankommen von Flüchtlingen und Asylsuchenden, also die Willkommenskultur, im Vordergrund standen, war es 2016 vor allem die Frage, wie gelingt es, die Menschen in die Kommune zu integrieren, die die Akteurinnen und Akteure vor Ort bewegte. Wirkliche Integration ist jedoch eine bedeutend größere Herausforderung, als die Menschen mit dem Nötigsten zu versorgen. Sie ist auch häufig viel frustrierender, da der Rahmen für die Integration nicht lokal geschaffen wird, sondern zum größten Teil auf Bundesebene. In diesem Themenfeld agierte das MBT gemeinsam mit der RAA. Diese Kooperation vor Ort war sehr effektiv und bestand in erster Linie darin, Initiativen in der thematischen Veränderung zu unterstützen und sie zu motivieren, trotz Rückschlägen und Frusts weiter dran zu bleiben.

4. Reichsbürger

Das Thema Reichsbürger hat 2016 weiter an Bedeutung gewonnen. Das MBT beobachtet eine Zunahme, sowohl in die Breite als auch in die Tiefe. Während die Anzahl an Beratungsanfragen stieg, lässt sich auch eine Radikalisierung der Szene beschreiben. Das MBT führte mehrere Veranstaltungen für kommunale Verwaltungen durch, um den Hauptverwaltungsbeamten mehr Handlungssicherheit zu vermitteln. Darüber hinaus entschied das MBT, eine erweiterte Neuauflage (mittlerweile die 3. Auflage) der Publikation „Reichsbürger – Ein Handbuch“³ zu erarbeiten und zu veröffentlichen. Bereits vor der Fertigstellung des Bandes lagen mehrere hundert Vorbestellungen vor.

5. Sicherheitskonzepte

Einen weiteren Aspekt stellte 2016 die veränderte Sicherheitslage in verschiedenen Orten in Brandenburg dar. Das hat mit komplexen Situationen vor Ort zu tun: polarisierte Stimmungen im kommunalen System, aktive rechtsextreme Akteure, Verknüpfungen der rechtsextremen Strukturen mit anderen Szenen (Rocker, Kampfsport u.v.m.), junge Flüchtlinge mit unklaren Perspektiven etc.. Im vergangenen Jahr war dies beispielsweise in Bad Freienwalde, Frankfurt (Oder), Nauen, Jüterbog und Guben der Fall. Das MBT beobachtete vor Ort häufig einen Mangel an Kommunikation zwischen Akteurinnen und Akteuren (Verwaltung, Polizei, Politik und Zivilgesellschaft), die aber notwendig ist, um die komplexen Lagen vor Ort bearbeitbar zu machen. Die Vermittlung und Moderation dieser Prozesse seitens des MBTs ist sehr anspruchsvoll und zeitintensiv und konnte

³ Förderung aus Mitteln des „Toleranten Brandenburgs“

2016 nur unter großer Anstrengung begonnen werden. Vor dem Hintergrund, dass alte Kommunikationsroutinen aufgebrochen und neue geschaffen werden müssen, wird dieses Thema für das MBT 2017 noch ein Schwerpunkt sein.

Eine Entlastung der regionalen Beratungsteams war daher dringend notwendig. Der enorme Beratungsbedarf konnte nur durch zusätzliche Unterstützung gedeckt werden. Vor diesem Hintergrund trägt die finanzielle Erweiterung des Handlungskonzeptes Tolerantes Brandenburg durch die Landesregierung dem gestiegenen Mehrbedarf Rechnung. Somit ist das MBT Brandenburg ab 2017 in der Lage, weitere Stellen zu besetzen, die direkt die Arbeit der Regionalteams unterstützen, d. h., den gestiegenen Anforderungen in der Beratungsarbeit vor Ort kann mit zusätzlichem Personal begegnet werden.

3.4 Opferperspektive

Als Teil des Brandenburger Beratungsnetzwerks bietet der Verein Opferperspektive e.V. Betroffenen rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung brandenburgweit Beratung und Unterstützung an.

Seit 2014 verzeichnet die Opferhilfeeinrichtung einen dramatischen Anstieg rechter Gewalt um 125 Prozent. Dabei ist, besonders bei einfachen Körperverletzungen, Bedrohungen und Nötigungen, weiterhin von einem hohen Dunkelfeld auszugehen.

Bei der Mehrzahl der von der Beratungsstelle registrierten Gewalttaten war Rassismus das Tatmotiv. Zwar sind die extrem rechten und asylfeindlichen Straßenaktionen laut der *Emil Julius Gumbel Forschungsstelle* im Jahresverlauf zurückgegangen und auch die Resonanz auf entsprechende Internetseiten ist seit Mitte 2016 rückläufig, der Ton der Debatte hat sich jedoch verschärft und die Hetze gegen Geflüchtete ist aggressiver geworden. Diese Entwicklungen wirken seit 2015 wie ein Katalysator für Gewalt und haben die Hemmschwelle, Menschen körperlich zu attackieren, sie zu schikanieren und sie in ihrer Integrität zu verletzen, gesenkt. Bei den Betroffenengruppen führt dies zu einem zunehmenden Gefühl der Unsicherheit und des Ausgeschlossenenseins. Die sinkende Hemmschwelle wird besonders deutlich an der steigenden Zahl von Gewaltstraftaten, die sich gegen Kinder und Frauen richten. Sie werden auf Spielplätzen, auf dem Weg zum Einkaufen oder direkt vor ihren Wohnhäusern von meist deutlich älteren Tätern attackiert.

Gewalt und Hass richten sich dabei nicht nur gegen Geflüchtete, sondern gegen alle Menschen mit Migrationshintergrund. Daneben werden Menschen attackiert, die als Lokalpolitikerinnen und -politiker oder Engagierte in Willkommensinitiativen, als Verantwortliche für die Ankunft und Integration von Geflüchteten wahrgenommen werden. Die Täterinnen und Täter versuchen durch den Aufbau einer Drohkulisse, den Rückzug der engagierten Helferinnen und Helfer zu erreichen. Hier ist weiterhin die deutliche Positionierung und Unterstützung von politischen Verantwortungsträgerinnen und -trägern notwendig, um den Engagierten vor Ort Mut zu machen.

Die meisten Taten werden im öffentlichen Raum verübt, oft aus Gruppen von mehr als zwei Personen heraus und spontan, also ungeplant: Man trifft sich am Bahnsteig oder an der Bushaltestelle und die rassistische Gewalt entlädt sich ohne jeden Anlass, nur durch Anwesenheit. An manchen Orten sind die Angreifenden extrem Rechte, an anderen rassistische Gelegenheitstäter. Allerdings gibt es auch geplante/organisierte Straftaten,

vor allem gegen Unterkünfte von Asylbewerberinnen und –bewerbern, deren Treffpunkte oder auf couragierte Menschen und Initiativen, die sich für Geflüchtete einsetzen. Hier sind z.B. die Brandanschläge am 12. 07. 2016 auf zwei Wohnungen von Asylbewerberfamilien in Premnitz, am 1. 10. 2016 auf die Unterkunft für minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge in Jüterbog oder am 9. 12. 2016 auf den Bus der Initiative *Nordbahngemeinden mit Courage* in Birkenwerder zu nennen. Eines der wichtigsten Gerichtsverfahren des Jahres begann im November 2016. Vor dem Landgericht Potsdam mussten sich sechs Männer, u.a. ein NPD-Politiker, aus der rechten Szene wegen des Brandanschlags auf die geplante Notunterkunft in Nauen im Sommer 2015 verantworten. Die Urteile wurden im Februar 2017 gesprochen.

Politisch rechtsmotivierte Gewalttaten wurden im vergangenen Jahr in sämtlichen Landkreisen verübt. Schwerpunktregionen waren das südöstliche Brandenburg mit den Städten Cottbus und Frankfurt/ (Oder).

In Cottbus und dem Raum Spree-Neiße sind es organisierte Strukturen von Rechtsradikalen plus ihrem subkulturellen Umfeld, vermischt mit relevanten Teilen der Ultra- und Hooliganszene des FC Energie Cottbus, dem Kampfsportmilieu und Rockern, die für die Schaffung eines gewalttätigen rassistischen Klimas verantwortlich sind. Entsprechend ist die Zahl der Gewalttaten vor allem im Raum Cottbus stark gestiegen. Obwohl es in Cottbus seit vielen Jahren vielfältige zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Rechts und Rassismus gibt, sind diese mit der lokalen Auseinandersetzung mit den Ursachen, Hintergründen und Folgen rechter Gewalt teils überfordert bzw. durch ihr Engagement in der Geflüchteten-Unterstützung bereits an ihrer Leistungsgrenze. Auf der anderen Seite schauen noch zu viele Menschen weg, wenn es um rechte Gewalt geht.

In Frankfurt (Oder) geht die Gewalt von einer Szene junger, brutalisierter rechtsradikaler Erwachsener, vermischt mit dem Trinkermilieu, aus. Die Reaktion der lokalen Zivilgesellschaft auf die meist rassistischen Angriffe war gering. Solidaritätsbekundungen mit den Betroffenen gab es dementsprechend nur vereinzelt. Der gesellschaftliche Umgang mit rechter Gewalt wird zwar in Frankfurt (Oder) seit Mitte des Jahres von Institutionen, Vereinen sowie Vertreterinnen und Vertretern der Lokalpolitik breiter diskutiert, jedoch wurden konkrete Maßnahmen bis Jahresende nicht beschlossen. Hier sind weiterhin besonders politische und gesellschaftliche Verantwortungsträgerinnen und -träger gefordert, rechte Gewalt zu ächten und den Betroffenen ein Zeichen der Anteilnahme zu senden. Denn die öffentliche Solidarisierung mit Betroffenen setzt auch (potenziellen) Tätern Grenzen und macht deutlich, dass sie sich nicht als Vollstrecker einer schweigend zustimmenden Mehrheit fühlen können, wenn sie mit Gewalt gegen gesellschaftliche Minderheiten vorgehen.

Für die Betroffenen, in der Mehrzahl Geflüchtete sowie Asylbewerberinnen und -bewerber, sind die Angriffe meist nur die Spitze des Eisbergs. In den Beratungsgesprächen der Opferperspektive beschreiben sie immer wieder ein Kontinuum von erlebter offener Ablehnung im öffentlichen Raum (z.B. in Supermärkten, Behörden, ÖPNV), von Beleidigungen und Diskriminierungen. Viele von ihnen beschränken sich inzwischen darauf, ihre Wohnung/Unterkunft nur für die nötigsten Erledigungen und möglichst nie alleine zu verlassen. In dieser Situation beeinträchtigen rassistische Diskriminierungen und Angriffe ganz unmittelbar den Prozess der Integration der Geflüchteten.

Ergänzend zum Angebot der Gewaltopferberatung bietet der Verein Opferperspektive e.V. mit der Fachstelle *Antidiskriminierung* seit 2009 landesweit Beratung und Unterstützung für Betroffene von rassistischer Diskriminierung an. Denn jeder Mensch hat das Recht auf Gleichbehandlung. Diskriminierung ist keine Bagatelle,

sie ist gesetzlich verboten. Das vor 10 Jahren beschlossene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) war ein wichtiger Meilenstein, bietet Betroffenen aber keinen Schutz, wenn Diskriminierungen von staatlichen Institutionen ausgehen. Um diese Schutzlücke zu schließen und den Gleichbehandlungsgrundsatz auch für den öffentlichen Bereich umzusetzen, hat sich der Verein Opferperspektive e.V. im letzten Jahr für ein Landesantidiskriminierungsgesetz (LAGD) stark gemacht. Es garantiert den Schutz für Betroffene vor Diskriminierung durch staatliches Handeln und verpflichtet zugleich die öffentliche Hand zu diskriminierungsfreiem Verhalten und konkreten Maßnahmen.

Die Beratungspraxis der Antidiskriminierungsberatung (ADB) zeigte, dass auch Geflüchtete in Brandenburg weiterhin stark diskriminierungsgefährdet sind. In 2016 stieg die Nachfrage nach Beratungen weiter an, wobei geflüchtete Ratsuchende den größten Anteil ausmachten. Diese waren von Diskriminierungen in allen Lebensbereichen (Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Schule und Ausbildung, Sport und Freizeit, Gesundheitsversorgung und Dienstleistungsbereich, Handel und soziale Einrichtungen, Behörden und öffentlicher Raum) betroffen. Als Beitrag zum Abbau von Ungleichbehandlung veröffentlichte die ADB eine Handreichung mit juristischen Bewertungen häufiger Diskriminierungsmuster auf dem Wohnungsmarkt. Diese Broschüre soll Vermieterinnen und Vermietern, Beratungsstellen und Betroffenen Rechtssicherheit und damit Handlungssicherheit ermöglichen.

Durch die enorme Zunahme rechter, insbesondere rassistischer Gewalt seit 2014, nahmen ab 2015 deutlich mehr Ratsuchende die Beratung und Begleitung der Opferperspektive in Anspruch (117 Prozent). Der damit einhergehende Anstieg an erbrachten Beratungsleistungen führte in 2015 zu einer dauerhaften Überlastung der Beraterinnen und Berater der Fachstelle. Diesem Umstand Rechnung tragend wurde die Personalausstattung der Opferperspektive 2017 um 1,125 VZÄ auf nunmehr 6 VZÄ aufgestockt.

3.5 Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Demokratie und Integration

Die RAA Brandenburg, die im Jahr 2017 auf 25 Jahre Arbeit für Weltoffenheit und Demokratie zurückblicken kann, bildet – neben der Arbeit von demos, dem Brandenburger Institut für Gemeinwesenberatung/Mobiles Beratungsteam - die zweite Säule des Demokratie und Integration Brandenburg e.V. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von RAA und Mobilem Beratungsteam bilden seit 2004 die Büros für Integration und Toleranz (BIT) in Angermünde, Cottbus, Frankfurt (Oder), Neuruppin, Potsdam und Trebbin. Die Arbeit dieser Niederlassungen ist der Kern der durch das Land Brandenburg geförderten Tätigkeit des Trägers.

Die Aufnahme von Geflüchteten in Brandenburg, die die Arbeit der RAA Brandenburg in den Jahren seit 2013 maßgeblich bestimmt hat, bildete auch 2016 einen starken Schwerpunkt. Grundsätzlich ist die Arbeit aller nicht auf einzelne Projektziele gerichteten Aktivitäten der RAA abhängig von den lokalen und kommunalen Bedarfslagen und entsprechenden Nachfragen nach Beratung, Unterstützung und Fortbildung. D.h., konkrete Anfragen aus den Gemeinden, Landkreisen und Städten bestimmen die Schwerpunktsetzungen der RAA-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter in den 6 Niederlassungen. Die Anfragen von Kitas, Schulen, Verwaltung und Zivilgesellschaft hingen weitgehend mit der in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Zahl neuer fremdsprachiger Einwohnerinnen und Einwohner zusammen. Eine Fülle von Veranstaltungen, die durch die RAA durchgeführt wurden bzw. für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der RAA angefordert wurden, hing weiterhin mit

dem Thema Flucht und Asyl zusammen – sie sind weitgehend ausgerichtet auf die Vermittlung von Wissen zur Situation Geflüchteter und rechtlicher und sachlicher Fragen ihrer Aufnahme und Integration. Darüber hinaus – und das ist eine sehr erfreuliche Entwicklung – ging es zunehmend um Fragen der Förderung der interkulturellen Kompetenzen von ehrenamtlichen und beruflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und schließlich um Fragen der interkulturellen - oder besser: vielfaltsorientierten - Organisationsentwicklung. Hier haben sehr viele Veranstaltungen und Beratungen in Kitas, Schulen, Jobcentern und Arbeitsagenturen (im Rahmen des IQ Netzwerks Brandenburg) stattgefunden, die ganz wesentlich von Fragen der Förderung langfristiger Integration und damit des Veränderungsbedarfs innerhalb der Einrichtungen und Institutionen bestimmt waren (Inklusion).

Die politische Polarisierung der Gesellschaft, die erfolgreiche Mobilisierung rechtspopulistischer, teilweise rechtsextremer und rassistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Positionen und Forderungen in Wahlen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten sind weitere Themen, die die Anfragen an die RAA bestimmten. Dabei wäre es ein Kurzschluss, die Polarisierung der Gesellschaft alleine auf den Zugang von Geflüchteten und die damit 2015 und 2016 hohen Herausforderungen zurückzuführen. Wir sehen europa- und weltweit ein Erstarren zumeist rechtspopulistischer Mobilisierung, die ähnlich der Flüchtlingsbewegungen ihren Ursprung auch in den (positiven wie negativen) Folgen der Globalisierung hat. BREXIT, die Wahl von Donald Trump, rechtspopulistische Entwicklungen und Bedrohungen bei uns und bei den europäischen Nachbarn - sie alle sind Ausdruck von Renationalisierungs- und Abschottungsvorstellungen und -politik, die Antworten liefern sollen auf gesellschaftliche Desintegrationserscheinungen, den objektiven oder subjektiv empfundenen Verlust ökonomischer Sicherheit und den objektiven und subjektiv empfundenen Verlust von Handlungsoptionen auf lokaler und nationaler Ebene. Schließlich sind sie die Folge kollektiver Ängste, gerade auch in bürgerlichen Milieus, die das Gefühl haben, dass für sie ein sozialer Abstieg wahrscheinlicher ist, als der versprochene gesellschaftliche Aufstieg für den, der sich nur genügend anstrengt. Demgegenüber - das ist die andere Seite der Polarisierung - hat die brandenburgische Gesellschaft in den vergangenen Jahren in ihrer positiven Hinwendung zu den Geflüchteten gezeigt, dass für viele im solidarischen Engagement ein hoher gemeinsamer Wert erlebbar wird, der auch weit über die direkte Hilfe in der akuten Krisensituation hinausgeht. Es haben sich 2016 stärker als zuvor zwei Seiten der Zivilgesellschaft gezeigt, die sich stellenweise diametral - sei es in ihren weltanschaulichen und moralisch-politischen Positionen, sei es bei Demonstrationen und Gegendemonstrationen - auch körperlich direkt gegenüberstehen. Dies wird uns alle in den nächsten Jahren sehr beschäftigen.

Schulbezogene Arbeit

Die schulbezogene Arbeit der RAA Brandenburg besteht vor allem aus der Beratungs- und Fortbildungsarbeit der zugewiesenen Lehrkräfte und von größeren Projekten, die in der Geschäftsstelle der RAA angesiedelt sind. Im Schuljahr 2015/2016 haben die Lehrkräfte der RAA Brandenburg Fortbildungen v.a. zu den Themen Demokratieentwicklung, Gewaltprävention, Rechtsextremismusprävention (165 Fortbildungsstunden mit über 900 Teilnehmerinnen und Teilnehmern) und zu den Themen vielfaltsorientierte Schulentwicklung und Flucht und Asyl (305 Fortbildungsstunden mit mehr als 1.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern) durchgeführt. Insgesamt haben durch die Lehrkräfte über 500 Unterrichtseinheiten mit fast 2.600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern stattgefunden. Auch die Mehrzahl der Beratungen hat in den oben genannten Themenbereichen stattgefunden.

Im Rahmen der Schulberatungsarbeit wird auch das brandenburgische Netzwerk von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR) koordiniert. 2016 konnte die 70. brandenburgische Schule in das Netzwerk aufgenommen werden. Ein Höhepunkt war auch in diesem Jahr das unter der Schirmherrschaft der Landtagspräsidentin stehende Landestreffen im Landtag, an dem 137 Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte aus 32 SOR-Schulen teilgenommen haben.

Projekte

Eng verknüpft mit der schulbezogenen Beratung und Fortbildung ist das im Rahmen des EU-Förderbereichs AMIF (Asylum, Migration and Integration Fund) geförderte und durch die Landesregierung kofinanzierte Projekt „Brandenburger Bildungspartnerschaften in der Migrationsgesellschaft“ (BraBiM). Es hat zum Ziel, Beratungs- und Qualifizierungsressourcen für Kitas und Schulen im Land Brandenburg auf- und auszubauen und „interkulturelle Schulentwicklung“ als Thema der Schulkultur und der Personalentwicklung für eine Schule der Vielfalt stärker in den Fokus im Land Brandenburg zu rücken. Neben klassischen Ansätzen interkultureller Schulentwicklung setzt das Projekt auf die Entwicklung modellhafter kommunaler Bildungspartnerschaften zwischen Zivilgesellschaft, Eltern, Jugendeinrichtungen, Bildungsträgern, Integrationsbeauftragten, Kitas, DAZ-Lehrkräften und Kommunen vor Ort.

Mit den Arbeitsansätzen von BraBiM eng verknüpft ist „Ein Quadratkilometer Bildung Fürstenwalde“. Er ist eine auf 10 Jahre angelegte Lern- und Entwicklungsplattform für Personen und Institutionen, die im Stadtteil Fürstenwalde-Mitte Verantwortung für den Bildungserfolg aller Kinder und Jugendlichen übernehmen wollen. Dieses Vorhaben wird gemeinsam von der RAA Brandenburg und JuSeV (Jugendhilfe und Sozialarbeit e. V.) umgesetzt. Partner des Vorhabens sind die Stadt Fürstenwalde/Spree, die F.C. Flick Stiftung und die Freudenberg Stiftung.

Das durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderte Regionalprojekt CHAT der WELTEN Brandenburg fokussiert die Flüchtlingsthematik und bietet neben grundsätzlicher Wissensvermittlung zum Thema Flucht und Asyl einen Online-Austausch (Chat) zwischen Schülerinnen und Schülern ab der 5. Klasse sowie Lehrkräften aus dem Globalen Norden und Globalen Süden. Es zielt darauf ab, für die Lebenssituation der Flüchtlinge zu sensibilisieren und sowohl die Fluchtfaktoren in den Ländern des Globalen Südens, die politischen Zusammenhänge sowie gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als auch die Lebensleistungen von Flüchtlingen und die globalen Veränderungen unter dem Aspekt der nachhaltigen Entwicklung zu thematisieren. 2016 wurden insgesamt 60 Projekttag und 3 Multiplikatoren- und Lehrkräftefortbildungen veranstaltet.

Gemeinwesenbezogene Arbeit zur Integration von Zugewanderten und Geflüchteten

Der von der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg geförderte Bereich der RAA Brandenburg konnte im Laufe des Jahres 2016 um zwei weitere Teilzeitstellen erweitert werden, sodass dem gestiegenen Beratungs- und Fortbildungsbedarf in der Integrationsarbeit begegnet werden konnte.

Gerade die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der RAA an den lokalen Netzwerken stellt für die Unterstützung der Bildungs- und Gemeinwesenintegration eine wichtige Schnittstelle dar. Eine nachhaltige Integrationspolitik, die die Fehler der früheren Zuwanderungspolitik vermeiden will, braucht auf den unterschiedlichen institutionellen Ebenen eine konzeptionelle (Neu-) Orientierung. Flüchtlings- und Zuwanderungs-

politik war in den vergangenen Jahrzehnten auf Abschottung gegenüber und Abschreckung von Flüchtlingen ausgelegt. Wenn Flüchtlinge und ihre Familien nun willkommen geheißen werden, dann hat dies Folgen und braucht die gute Kooperation auf allen Verwaltungsebenen: Dorf, Stadtteil, Stadt, Landkreis, Land und Bund. Hier hat sich das im letzten Jahr schon sichtbare erfreuliche Interesse in den Kommunen zur Entwicklung eigener Integrationskonzepte und -leitbilder fortgesetzt. Die Regionalreferentinnen und -referenten der RAA, die über die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg finanziert werden, sind hier in aller Regel beratend, moderierend, prozessbegleitend an den Entwicklungen der Konzepte beteiligt. Weiterhin macht das durch den Bund geförderte Projekt „Interkulturelle Öffnung der Regelinstitutionen des Arbeitsmarktes“ ca. 15 % der Wochenarbeitszeit der Regionalreferentinnen und -referenten der RAA aus. Sie bilden damit einen Schwerpunkt der Arbeit in allen Regionen. Hier sind im Jahr 2016 durch die RAA planmäßig 60 Fortbildungstage mit über 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt worden.

Darüber hinaus gab es eine große Zahl von aktuellen Unterstützungsanfragen nach Beratung und Fortbildung. Diese kamen von ganz unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren sowie Einrichtungen: Landkreisen und Kommunen, Wohnungsgesellschaften, Kitas, Jugendeinrichtungen, Integrationsnetzwerken und Initiativen, Jugend- und Sozialarbeit, Studienseminaren, kommunalen Integrationswerkstätten, Fort- und Weiterbildungs-trägern, Trägern von Wohnheimen und Sozialarbeit mit Geflüchteten. Die Regionalreferentinnen und -referenten haben mit diesen Zielgruppen im Jahr 2016 über in über 900 Fortbildungsstunden mehr als 2.200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht.

Zukünftige Schwerpunkte wird die RAA weiterhin auf die Begleitung von (interkulturellen) Öffnungsprozessen in Verwaltung und bei öffentlichen und privaten Einrichtungen setzen. Diese beratende und fortbildende Tätigkeit stellt aus Sicht der RAA einen wesentlichen Unterstützungspfeiler für die notwendigen Veränderungen in unserer Gesellschaft im Rahmen des Landesintegrationskonzepts 2014 und des Handlungskonzepts Tolerantes Brandenburg dar.

Erfolgreiche Kooperation

Hervorzuheben ist die verstärkte Kooperation von Akteurinnen und Akteuren sowohl auf der Landes- als auch auf der lokalen Ebene. Neben den Stellen der Landesregierung sind zu nennen: die Zusammenarbeit im Beratungsnetzwerk Tolerantes Brandenburg, mit öffentlichen und privaten Trägern der Jugendhilfe, mit den Schul-ämtern, den kommunalen Integrationsbeauftragten, den Integrationsbeiräten, dem LJR, Projekten im Zusammenhang mit den Bundesprogrammen „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und „Demokratie leben“ und den Willkommensinitiativen vor Ort. Hier ist durch die Kooperation im Blick auf die Flüchtlingsaufnahme 2015/2016 ein gemeinsames Soziales Kapital aufgebaut worden, das für die zukünftigen Aufgaben der Integration und der Abwehr von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus genutzt werden kann und genutzt werden muss.

4. Kooperationspartner

Die Kooperationspartner sind ein wichtiger Bestandteil des „Toleranten Brandenburgs“. Mit inzwischen 41 Kooperationspartnern aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung ist innerhalb der letzten 11 Jahre ein starkes Netzwerk zur Festigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung entstanden. Zwei Mal im Jahr finden zur Vernetzung der Partnerschaften Treffen aller Kooperationspartner statt. Mit einigen Kooperationspartnern werden darüber hinaus individuelle Arbeitspläne erstellt.

Den Kooperationspartnern wurde die Möglichkeit angeboten, ihre Arbeit und ihre Projekte im Rahmen des Handlungskonzeptes darzustellen und aufzuführen, welche Projekte und Veranstaltungen sie in diesem Kontext und in Hinsicht auf das Thema „Flucht und Asyl“ durchführen. Nachfolgend wird das Engagement einiger Kooperationspartner im Jahr 2016 vorgestellt.

4.1 AOK Nordost

Im Jahr 2016 hat die AOK Nordost als Mitglied in der Landesinitiative „Tolerantes Brandenburg“ in diesem Gremium aktiv mitgewirkt.

Praktika und Ausbildung

Im September 2016 beginnen zwei Geflüchtete bei der AOK Nordost eine Ausbildung als Kaufmann/-frau für Büromanagement. Fünf Geflüchtete haben bereits ein Praktikum bei der AOK Nordost absolviert. Ein Praktikumsplatz wurde verlängert. Seit Januar 2017 absolviert erneut ein Geflüchteter ein Praktikum bei der AOK Nordost mit dem Ziel, im Anschluss eine Ausbildung zu beginnen. Weitere Bewerber werden über die Arbeitsagentur gesucht.

Gesundheitskarte für Geflüchtete

In Brandenburg übernimmt die AOK Nordost die Betreuung mit der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) der Flüchtlinge in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Oberhavel, Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald. Die Betreuung der übrigen Kreise und kreisfreien Städte wurde anderen Krankenkassen zugewiesen. Für das Meldeverfahren wird in allen Landkreisen das neu entwickelte webbasierte Meldeportal zum Einsatz kommen. Im Vergleich zum bisherigen papiergebundenen Meldeverfahren wird durch schnellere Abwicklung, weniger manuellen Aufwand, eine allgemeine Fehlerreduktion und die Verbesserung der Datenqualität eine Effizienzsteigerung erreicht. Weitere Informationen zur „Gesundheitskarte“ finden Sie unter 5.1 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.

Mehrsprachiger Service für Geflüchtete und Migranten

Der AOK HealthNavigator kann seit dem Sommer 2016 als App kostenfrei für das Android-Betriebssystem im Google Play Store sowie als iOS-Version im App-Store zum Download genutzt werden. Der Navigator ist eine viersprachige Kommunikationshilfe in Persisch, Arabisch, Englisch und Deutsch. Er hilft dabei, Sprachbarrieren insbesondere zwischen Ärzten und geflüchteten Menschen abzubauen und die medizinische Versorgung zu erleichtern. Mithilfe des AOK HealthNavigators können allgemeinmedizinische Fragen bei der Behandlung von Patientinnen und Patienten ohne oder mit nur geringen Deutschkenntnissen oft auch ohne Dolmetscher geklärt werden. Das erleichtert nicht nur die Behandlung, sondern spart den Ärztinnen und Ärzten Zeit für die

Patientenversorgung. Der AOK HealthNavigator deckt einen Großteil von Erkrankungen im Bereich der Allgemeinmedizin ab und fokussiert sich auf häufig auftretende Symptome wie Erkältungsbeschwerden oder Schmerzen bzw. Krankheiten wie Masern oder Grippe. Entwickelt wurde die App von Curamatik, einem ausgegründeten Start-Up der Technischen Universität Berlin. Inhaltlich und fachlich wurde Curamatik bei der Konzeption des Programms von „Medizin hilft Flüchtlingen“ beraten, einem Projekt des Vereins „Medizin hilft e.V.“.

In der Service-Telefonie der AOK Nordost arbeiten derzeit drei ehemalige Geflüchtete, die Anrufe und Anfragen in arabischer Sprache entgegennehmen und bearbeiten.

Demokratieentwicklung in der Ausbildung

Die Auszubildenden der AOK Nordost werden sich 2017 im Rahmen ihrer Ausbildung mit dem Thema Demokratieentwicklung neben Landtagsbesuchen auch mit dem Thema Rechtspopulismus argumentativ auseinandersetzen.

Initiativen für Vielfalt und Toleranz

Der Unternehmensbereich Sport und Gesundheit ist im Land Brandenburg gemeinsam mit dem Fußball-Landesverband aktiv bei der Unterstützung von Integration und Inklusion im Sport. Die AOK Nordost und der Fußball-Landesverband Brandenburg e.V. richten einmal im Jahr einen Fußballtag für Vielfalt und Toleranz aus, der im Jahr 2016 unter dem Motto Integration von Flüchtlingen auf dem Sportgelände in Beelitz stattgefunden hat. Für 2017 ist das Fußballfest in Spremberg geplant und wird sich rund um das Thema Inklusion mit Downsyndrom im Fußball beschäftigen. Einmal im Jahr wird zusätzlich der Integrationspreis für Vielfalt und Toleranz ausgelobt.

Der FC Energie Cottbus e.V. hat gemeinsam mit der AOK Nordost, der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) und Druckpartner Laserline die Initiative „Energie für Vielfalt und Toleranz“ ins Leben gerufen. Ziel dieser Initiative ist es, präventive Maßnahmen und Botschaften gegen Fremdenfeindlichkeit und für Toleranz sowie einen respektvollen Umgang miteinander zu transportieren. Der FC Energie als führender Fußballverein des Landes Brandenburg und seine Partner aus der Wirtschaft wollen auf diesem Weg ihr soziales Engagement zum Ausdruck bringen. Zudem wollen die engagierten Partner die Vermittlung von Werten wie Vielfalt und Toleranz im Bereich der Fanarbeit ausbauen und bei der Nachwuchsförderung sowie bei der Betreuung junger Erwachsener unterschiedlichste Aktivitäten und Ideen sinnvoll bündeln.

4.2 LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Brandenburg

Arbeiterwohlfahrt Brandenburg

Initiative „Brandenburg zeigt Herz“

Mit der im November 2015 aus der Taufe gehobenen Initiative „Brandenburg zeigt Herz“ haben die Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände im Land Brandenburg auch im Jahr 2016 gemeinsam mit Brandenburger Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Verwaltungen, politischen Interessenvertretungen und Wirtschaftsorganisationen auf die Belange und Lebenssituation der Brandenburg erreichenden geflüchteten Menschen aufmerksam gemacht. Die Initiatoren sehen es als ihre humanitäre Verpflichtung, Menschen, die vor Krieg oder Verfolgung fliehen, Schutz, Sicherheit und eine menschenwürdige Unterbringung zu geben. Denn nur so kann es gelingen, miteinander in Würde zu leben.

Mit der Initiative „Brandenburg zeigt Herz“ haben sie es sich zum Ziel gemacht, die (Zivil-) Gesellschaft zu Hintergründen geflüchteter Menschen zu informieren, für deren Situation zu sensibilisieren und eine gemeinsame tolerante, menschliche und weltoffene Haltung zu entwickeln. Stellvertretend für unzählige Menschen, Mitarbeitende, ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, engagierte Unterstützerinnen und Unterstützer, Unternehmerinnen und Unternehmer und viele andere wurde die Initiative „Brandenburg zeigt Herz“ mit ihren regionalen Initiativen „Cottbus zeigt Herz“, „Frankfurt zeigt Herz“ und „Lübbenau zeigt Herz“ mit der Regine-Hildebrandt-Medaille 2016 und dem TakeOff Award 2016 in der Kategorie „Mitmenschlichkeit“ - präsentiert vom Versicherungs- und Finanzhaus Ballwanz - ausgezeichnet. Der TakeOff Award ist ein Preis des Holiday Inn Berlin Airport – Conference Center. Weitere Informationen: www.brandenburgzeigtherz.de

Regionalkonferenzen „Ankommen bei uns in Brandenburg“

Die Anzahl der nach Brandenburg geflüchteten Menschen ist seit Oktober 2015 enorm gestiegen. Den ankommenden Menschen respektvoll und wertschätzend zu begegnen, ist für die Arbeiterwohlfahrt selbstverständlich und entspricht ihren Grundwerten. Die Unterstützung der und die Arbeit mit geflüchteten Menschen erfordert jedoch viel mehr: Was müssen wir über die Herkunft und den Hintergrund verschiedener Gruppen wissen? Welche Regelungen beinhalten das Asylverfahrens- und Aufenthaltsrecht? Inwiefern besteht die Möglichkeit, die Kulturen der verschiedenen Herkunftsgruppen einzubinden und zu nutzen? Wie müssen wir unsere Konzeptionen und Leistungsbeschreibungen den neuen Bedarfen anpassen? Diese und weitere Fragen sowie die Möglichkeit zum Austausch und der Einblick in die Praxis standen im Fokus der vier eintägigen Regionalkonferenzen.

Weitere Informationen: <https://www.awo-brandenburg.de/888402/>.

Willkommen in unserer Kita. Welcome to our kindergarten. Bienvenue dans notre pépinière.

In einem gemeinsamen Projekt mit dem Landkreis Dahme-Spreewald hat der AWO Landesverband Brandenburg e.V. verschiedene Elterninformationsformulare für die Kindertagesstätten erarbeitet und in sechs Sprachen übersetzen lassen. Sie sind zunächst sowohl in Deutsch, Englisch, Französisch, Russisch, Kurdisch, Arabisch und Farsi bereitgestellt worden. Damit soll den Einrichtungen wie auch den Eltern mit Migrationshintergrund der Austausch erleichtert werden. So sehen die Formulare wichtige Informationen zur Kita und zur Anmeldung sowie Informationen zum Kind vor, weitere Vordrucke wie Abholvollmachten und Einverständniserklärungen zur Nutzung von Fotos komplettieren die Begrüßungsmappe. Weitere Informationen: <https://www.awo-brandenburg.de/886754/>.

Paritätischer Landesverband Brandenburg

Freiwilligenagentur Cottbus

Mit seiner Freiwilligenagentur Cottbus stärkt der Paritätische Landesverband bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit in der Region sowie im ganzen Land Brandenburg. Für die Förderung und Abstimmung des freiwilligen Engagements in der Flüchtlingshilfe konnte 2015 mit Unterstützung der Stadt Cottbus eine Koordinierungsstelle „Engagement von Freiwilligen in der Flüchtlingshilfe“ eingerichtet werden. Ein Schwerpunkt liegt in der Begleitung von in Cottbus angesiedelten sozialen Regelangeboten, die sich für die Arbeit mit Flüchtlingen engagieren wollen. Mittels des Projekts „Ankommenspatenschaften“ konnten Menschen erreicht werden, die gerne helfen, dabei jedoch keine längerfristigen Engagements eingehen möchten. Einheimische Patinnen und Paten geben geflüchteten Menschen Orientierung in der neuen Umgebung und helfen dabei,

soziale Kontakte zu knüpfen. Diese Form des Engagements ermöglicht einen leichten und zeitlich überschaubaren Einstieg in die Flüchtlingshilfe. Mehr unter: www.freiwilligenagentur-cottbus.de.

Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg

Mit dem Ziel der landesweiten Demokratiestärkung arbeitet die Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg (Kijubb) intensiv daran, landesweit Akteurinnen und Akteure der Kinder- und Jugendbeteiligung zu qualifizieren und zu vernetzen. Seit 2015 konnten in Kooperation mit der Fachhochschule Potsdam und dem Deutschen Kinderhilfswerk über 60 brandenburgische Akteure zu Moderatorinnen und Moderatoren sowie Begleiterinnen und Begleitern von Kinder- und Jugendbeteiligungsprozessen weitergebildet werden, um regionale Akteure der Kinder- und Jugendbeteiligung in ihrem Sozialraum zu begleiten und zu unterstützen. Gleichzeitig konnte so die Bildung interdisziplinärer lokaler und regionaler Netzwerke vor Ort befördert und verankert werden.

Fest etabliert werden konnte das 2015 gegründete Landesnetzwerk regionaler Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft, Mitarbeitenden aus kommunalen Verwaltungen und Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalpolitik zur landesweiten Beförderung und Stärkung von Kinder- und Jugendbeteiligung. In 2016 lag der Themenschwerpunkt der Netzwerkarbeit auf der Frage, wie geflüchtete Kinder und Jugendliche über vorhandene Beteiligungsstrukturen und zu gestaltende Partizipationsprozesse konstruktiv in unsere Gesellschaft einbezogen werden können. Unter Begleitung von Kijubb wurden Fachforen organisiert sowie konkrete Best Practice-Beispiele realisiert und deren Ansätze multipliziert.

Das Landesnetzwerk definiert es als eine Kernaufgabe, sowohl die Strukturen als auch die Ansprechpartnerinnen und -partner im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung zu erfassen und diese Informationen für die fachliche Vernetzung zur Verfügung zu stellen. Vor diesem Hintergrund wurde im vergangenen Jahr unter Mitwirkung vieler der in das Netzwerk eingebundenen Fachkräfte und Akteurinnen und Akteure eine „virtuelle Netzwerkkarte“ entwickelt und in Kooperation mit der Fachstelle in den vergangenen Monaten umgesetzt. Dieses neue Informationsangebot steht seit Juni 2016 allen Interessierten zur Verfügung (unter www.kijubb.de).

InSchwung – die Beteiligungsagentur

Finanziert aus Mitteln des Bundesprogrammes „Zusammenhalt durch Teilhabe“ qualifizierte „InSchwung - die Beteiligungsagentur“ Träger und Einrichtungen im Landesverband und ihre Kooperationspartner in den Themenschwerpunkten Teilhabe und Inklusion. Auch die in den letzten Jahren von InSchwung ausgebildeten Beraterinnen und Berater für Inklusionsprozesse - mittlerweile ein „Kompetenzteam Teilhabe und Inklusion“ - standen den Mitgliedsorganisationen dafür beratend und begleitend zur Seite.

InSchwung versteht Inklusion als selbstverständliche Teilhabe aller Menschen mit Unterstützungsbedarf in sämtlichen Lebensbereichen. Dies voranzubringen ist einer der Projektschwerpunkte. Deshalb widmete sich die Agentur im vergangenen Jahr in besonderem Maß der Qualifizierung und Beratung von Trägern und Fachkräften, die sich für Menschen mit Flucht- und Migrationsbiographie engagieren. Durch Aufstockung der Fördermittel für das Jahr 2016 konnte InSchwung seinen Leistungskatalog um ein dezentrales und flexibles Beratungsangebot zur interkulturellen Öffnung und Kompetenzentwicklung im Verband erweitern. Dabei wird die Agentur unterstützt von der neuen Kollegin Gabi Jaschke. Themenschwerpunkte waren zum Beispiel: die

Entwicklung regionaler oder einrichtungsbezogener Willkommenskultur, die Gestaltung interkultureller Öffnungsprozesse und Anregungen für die Freiwilligenarbeit für und mit Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund.

Oft ging es aber auch um konkrete Fragen, die erst in der alltäglichen Arbeit mit Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund entstanden sind. Orientiert an den regionalen Bedarfen und in Kooperation mit den Regionalbüroleitungen des Verbandes konnte darüber hinaus eine ganze Reihe von dezentralen Fach- und Informationstagen angeboten werden. Besonders nachgefragt waren Workshops zu den für das jeweilige Arbeitsfeld relevanten rechtlichen Grundlagen des Aufenthalts- und Asylbewerberleistungsgesetzes. Da sich Rechtspopulismus und AfD zunehmend auch in Brandenburg entfalten, bestand daneben großer Bedarf an Argumentationstrainings gegen „Stammtischparolen“. Das Leistungsspektrum konnte durch zentrale Fortbildungsreihen für die verschiedenen Handlungsfelder der Jugendhilfe ergänzt werden. Dabei wurden vor allem konzeptionelle Grundlagen und konkrete Arbeitsmethoden im Umgang mit jungen (unbegleiteten) Flüchtlingen vermittelt. Bis Dezember 2016 stand InSchwung allen interessierten Mitgliedsorganisationen als kostenloser Service zur Verfügung. Weitere Informationen unter: www.beteiligung-paritaet.de.

4.3 Stadt Oranienburg

Oranienburg zeigt Herz – Veranstaltung im Februar 2016

Breite Unterstützung fand der Aufruf von Bürgermeister Hans-Joachim Laesicke und Pfarrer Friedemann Humburg, die gemeinsam für den 26. Februar zur zweiten „Oranienburg zeigt Herz“-Demonstration einladen. Rund 500 Oranienburgerinnen und Oranienburger folgten der Einladung zu der Veranstaltung „gegen Hass, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit – für unsere Grundwerte und die Verteidigung unserer Demokratie“. „Ich freue mich, dass Sie so zahlreich gekommen sind, um mit uns ein Zeichen zu setzen“, sagte Bürgermeister Laesicke zu Beginn der Demonstration in der Nicolaikirche. In seiner Ansprache ging er vor allem auf den Artikel 1 des Grundgesetzes ein: Die Würde eines jeden Menschen ist unantastbar – egal welcher Religion er angehört, egal welches Geschlecht er hat und egal, ob er Deutscher oder Nichtdeutscher ist. „Auch dafür bin ich mit vielen anderen im Herbst 1989 auf die Straße gegangen“, so Laesicke. Bei der Demonstration bekräftigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schließlich mit hunderten Lichtern für ein menschliches Miteinander diese Botschaft.

Oranienburg zeigt Herz – Weihnachtssingen im Dezember 2016

Beim Weihnachtssingen haben etwa 200 Oranienburgerinnen und Oranienburger ihr großes Herz gezeigt: Vier Säcke mit weihnachtlichen Süßigkeiten und liebevoll selbstgebackenen Keksen konnten die Mitarbeiterinnen der Oranienburger Tafel mitnehmen, um sie noch vor Weihnachten an Bedürftige in der Stadt weiterzugeben.

Zudem kam an dem Abend eine Geldspende in Höhe von 197,27 Euro zusammen. „So viel haben wir gar nicht erwartet, das ist toll“, sagte Viola Knerndel, Chefin des Arbeitslosenservice „Horizont“, Betreiber der Oranienburger Tafel. „Das Geld wollen wir in die Reparatur unseres Lieferwagens stecken, die Bremsen müssen noch in diesem Jahr erneuert werden.“

Auch Bürgermeister Hans-Joachim Laesicke zeigte sich beeindruckt von der Resonanz und bedankte sich bei allen Beteiligten. Er hatte zu der weihnachtlichen Aktion für Frieden und Menschlichkeit unter dem Motto „Oranienburg zeigt Herz“ aufgerufen, konnte aber leider krankheitsbedingt nicht dabei sein. Unterstützt wurde das

Weihnachtssingen vom Christlichen Jugendzentrum Oranienburg (CJO), der evangelischen Kirchengemeinde sowie von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die ehrenamtlich beim Ausschank von Apfelpunsch halfen oder Kerzen verteilten.

Verleihung des Franz-Bobzien-Preises im April 2016 (Toleranzpreis)

Zum vierten Mal haben die Stadt Oranienburg und die Gedenkstätte Sachsenhausen den Franz-Bobzien-Preis verliehen. Mit der Auszeichnung wollen die Stadt Oranienburg sowie die Gedenkstätte und das Museum Sachsenhausen Projekte in Berlin und Brandenburg ehren, die in einem besonderen Maße zur historisch-politischen Bildung und Stärkung der Demokratie beitragen für mehr Demokratie und Toleranz. Besondere Beachtung erhalten Projekte, bei denen es gelingt, die historische Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Deutschland und das gegenwärtige Engagement für eine demokratische Gesellschaft miteinander zu verknüpfen. Sie sollen auf ein tolerantes Miteinander in einem geeinten Europa abzielen, das seine Schlussfolgerungen aus den Kriegen und Konflikten des 20. Jahrhunderts gezogen hat. Bewerben können sich Schulen, sonstige Bildungseinrichtungen, Vereine, Initiativen, Kultureinrichtungen sowie Einzelpersonen aus Berlin und Brandenburg.

4.4 Stadt Königs Wusterhausen

Seit dem 02. November 2010 besteht der Kooperationsvertrag zwischen der Koordinierungsstelle "Tolerantes Brandenburg" und der Stadt Königs Wusterhausen. In 2016 wurden eine Vielzahl unterschiedlicher Aktivitäten und Projekte durch den städtischen Präventionsrat der Stadt aber auch durch die Stadtverwaltung selber geplant, durchgeführt bzw. unterstützt. Neben der Mitwirkung in anderen Gremien, wie z.B. im Präventionsrat des Landkreises Dahme-Spreewald und im Begleitausschuss des lokalen Aktionsplanes "Demokratie leben", tagte der städtische Präventionsrat und deren Arbeitsgruppe mehrmals im Jahr und konnte so verschiedene präventive Aktivitäten unterstützen. Bei bestimmten Projekten, wie z.B. der Durchführung eines Demokratiecamps, unterstützte die Stadt Königs Wusterhausen auch mit finanziellen Mitteln.

Herr Dr. Franzke, als Bürgermeister der Stadt Königs Wusterhausen, beteiligte sich persönlich an der Initiative "Brandenburg zeigt Herz" und die Stadtverwaltung Königs Wusterhausen schaffte (vorerst für zwei Jahre) eine hauptamtliche Stelle einer Koordinatorin für Flüchtlings- und Asylangelegenheiten.

Die zweite Zukunftswerkstatt für die Stadt Königs Wusterhausen unter dem Motto "Zusammen für Integration" wurde durch die Stadt Königs Wusterhausen organisiert und durchgeführt. Des Weiteren gab es vier Veranstaltungen zum Thema "Was weiß ich über den Islam", welche von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Königs Wusterhausen sehr gut besucht wurden.

In Kooperation mit dem Friedrich-Wilhelm Gymnasium wurden zwei Workshops zum Thema Geschichte und Politik des Iran mit Erfahrungsberichten eines iranischen Geflüchteten durchgeführt. Außerdem wurden toleranzstärkende Projekte mit Geflüchteten und Einheimischen ins Leben gerufen, wie z.B. die Ausstellung „Mehr als ein Flüchtling“ am Weltflüchtlingstag im Juni, verschiedene Aktionen anlässlich der interkulturellen Wochen im September, regelmäßige internationale Frauentreffs seit August, die Unterstützung der Gründung eines Sprechcafés seit Dezember, sowie verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Flucht und Asyl. In 2016 wurden auch Veranstaltungen finanziell und personell unterstützt, wie z.B. die 10. Kinderolympiade "Sport statt Gewalt" und das Demokratie- und Wohngebietsfest in der Stadt Königs Wusterhausen, das Fontaneplatzfest.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit war die Organisation und Durchführung von zwei Umweltwochen, hier wurden die Einwohnerinnen und Einwohner im März 2016 zum Frühjahrputz und im September zum Herbstputz aufgerufen. Es beteiligten sich Kinder, Jugendliche und Erwachsene aus mehreren Ortsteilen der Stadt. Weitere Themen in 2016 waren die Durchführung einer Schul- und Straßenbefragung zum subjektiven Sicherheitsempfinden in der Stadt Königs Wusterhausen (die Auswertung erfolgt in 2017) und die Überprüfung der Schulwege sowie die aktive Unterstützung der Bürgerstiftung Königs Wusterhausen in Vorbereitung des Projektes "Held oder Feigling", welches in 2017 auch mit Unterstützung des Landespräventionsrates startet.

4.5 Gemeinde Schorfheide

Die Arbeitsgruppe Willkommensteam des Bürgervereins Groß Schönebeck/Schorfheide mit zahlreichen Nichtvereinsmitgliedern engagiert sich seit Februar 2015 für die Arbeit mit Geflüchteten. Derzeit gibt es 40 Interessierte und Unterstützende, darunter 19 aktive Mitglieder, die dreimal pro Woche mit einer Rundmail über aktuelle Entwicklungen und Weiterbildungen/Presseartikel zu Fragen der Arbeit mit Geflüchteten informiert werden und sich alle vier Wochen zu einer Teamsitzung zusammenfinden. Es wurden 42 Geflüchtete, davon 24 aus Syrien, 17 aus Tschetschenien und ein Pakistani betreut. Bis auf den Pakistani leben alle Geflüchtete im Familienverbund.

Die AG kümmert sich um die Unterbringung der Geflüchteten in Wohnungen und Einfamilienhäusern im Dorf, die Ausstattung der Wohnungen, die Unterbringung der 20 Kinder der Geflüchteten in Kita und Schule im Dorf und die Betreuung jeder Familie bzw. Person durch eine(n) oder mehrere Patinnen und Paten. Alle diese Aktionen wären ohne das kreative Engagement und die Beratung zahlreicher Menschen aus Groß Schönebeck und den Nachbardörfern sowie ohne die vielfach gewährte Projektförderung des Landkreises, des Sozial- bzw. des Kulturministeriums des Landes Brandenburg und zahlreicher Spenderinnen und Spender von Geld- und Sachspenden (allein 8000 € von Spendern) nicht möglich gewesen.

Die Einbindung in das dörfliche Leben begann für die AG vor der Ankunft der Geflüchteten mit einem Schreiben an alle Haushalte und einem öffentlichen „Dorfgespräch“. Seither wird auch auf jedem „Dorfgespräch“ über die aktuellen Entwicklungen berichtet. Mit Blick auf die bevorstehende Ankunft der ersten Geflüchteten wurde eine TAFEL eingerichtet. Sie wird seither für alle Bedürftigen im Dorf betrieben. Im Herbst 2015 kam dann noch ein REGAL dazu, über das Möbel, Haushaltsgeräte und Kleidung an alle Bedürftigen im Dorf ausgegeben werden. Alle Angebote, die für die Geflüchteten entwickelt wurden (Freies W-Lan, Computerkurse, Fahrten, Nähkurs, Bibliothek etc.) sind für alle Bürgerinnen und Bürger offen, um Konflikte wegen angeblicher Besserstellung zu vermeiden.

Die Geflüchteten nehmen an allen Veranstaltungen vor Ort des Bürgervereins wie z.B. Osterfeuer, Maibaumfest, Tag der Offenen Höfe, Erntedankfest, Konzerten und Ausstellungseröffnungen, Herbstfest, Weihnachtsmarkt, Neujahrslauf sowie dem „Schorfheidefrühstück“ der Gemeinde, deren Kinder an unseren Malkursen, Fahrradwerkstatt und der Wandbildgestaltung für das Krumbach-Projekt, z.T. mit eigenen Beiträgen teil. Andersrum nehmen die Dorfbewohnerinnen und -bewohner am Willkommenscafé bzw. den „Begegnungscafés“ teil, bei denen die Geflüchteten aus ihrer Heimat erzählen. Durch ein erstes Praktikum in der Kita „Borstel“ machte sich eine Tschetschenin unverzichtbar und gewann dadurch einen engen Kontakt zu den Kitakindern des Dorfes und wurde auch darüber zu einer Integrationsbotschafterin für das Dorf.

Kooperationspartner sind die Gemeinde Schorfheide, der Landkreis Barnim, die örtliche Kirchengemeinde, mit der die AG sehr eng zusammenarbeitet, der Kirchenkreis Barnim, der Ortsbeirat des Dorfes Groß Schönebeck, der Flüchtlingsrat und HelpTo. Mit dem Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) von der Humboldt-Universität arbeitet die AG hinsichtlich von Studien zur ehrenamtlichen Arbeit (im Auftrag der Bundesregierung) zusammen. Die ARD begleitet eine Tschetschenin im Rahmen einer Langzeitstudie für ein Jahr in einem Vergleich mit Geflüchteten in anderen Bundesländern. Mit dem Beltz-Verlag und dem rbb kooperiert die AG hinsichtlich des Krumbachprojekts und mit der Stiftung Hoffnungstal Lobetal hinsichtlich eines Gartenprojekts.

Bislang wurde in über 60 TV-, Rundfunk- und Pressebeiträgen national und international über die Arbeit der AG berichtet. Ziel ist es folgende Anliegen zu verbreiten:

- Es geht zum Einen um die öffentliche Meinung im Dorf. Durch die vielfältige positive Berichterstattung wird deutlich, dass die Arbeit wichtig ist und beachtet wird. Das hilft kritischen Stimmen entgegenzutreten, die es durchaus auch im Dorf gibt.
- Es geht darum, in der breiteren Öffentlichkeit positive Signale zu setzen und Probleme und deren Lösungsmöglichkeiten öffentlich zu machen.
- Es geht darum zu zeigen, dass die zahlenmäßig leistbare Unterbringung von Geflüchteten auf dem Lande bei allen Problemen besonders hinsichtlich der fehlenden Mobilität und der Arbeitsmöglichkeiten in Bezug auf die Integration besonders geeignet ist.

Die Arbeit des Willkommensteams des Bürgervereins wurde wiederholt ausgezeichnet:

- Drei Mitglieder des Teams wurden 2015 und 2016 von der Gemeinde Schorfheide für ihr ehrenamtliches Engagement geehrt.
- Der Sprecher des Willkommensteams wurde 2016 vom Landkreis Barnim ausgezeichnet.
- Das Willkommensteam wurde 2015 in einem bundesweiten Wettbewerb des Bündnisses für Demokratie und Toleranz mit einem mit 4000 € dotierten Preis ausgezeichnet.

Die AG Willkommensteam beteiligte sich an der Erstellung einer Ausstellung der Staatskanzlei zu Willkommensinitiativen im Land Brandenburg.

4.6 Technisches Hilfswerk Länderverband Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt

Gemäß einem Leitsatz des Technischen Hilfswerks „Wir setzen uns für die Vielfalt unserer Gesellschaft auch im THW ein“ bietet das THW geflüchteten Menschen die Möglichkeit, sich vor Ort ausbilden zu lassen und mitzuwirken. In Brandenburg wurde diese Möglichkeit bisher bereits in fünf Ortsverbänden, in Eberswalde, Herzberg, Luckenwalde, Lübben und Seelow wahrgenommen. Dort wurden Geflüchtete in die Grundausbildungsgruppen aufgenommen und aktuell zu THW-Helferinnen und –Helfern ausgebildet.

Darüber hinaus unterstützen die Ortsverbände natürlich auch das Engagement ihrer Helferinnen und Helfer über die Arbeit im THW hinaus. Dazu zählt z.B. ein Helfer im Ortsverband Eberswalde, der sich aktiv beim Runden Tisch „Willkommen in Eberswalde“ einbringt.

Die THW-Jugend Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt e.V. hat sich im Jahr 2016 am Zusatzprojekt „Flucht und Asyl“ des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern beteiligt und u.a. durch die Erstellung eines Vielfaltskochbuchs und eines Vielfaltsortners für die Jugendgruppen die Bestrebungen des gesamten THW nach mehr Offenheit und Toleranz unterstützt und gefördert.

4.7 Landesfeuerwehrverband Brandenburg e.V.

Seit 2011 betreibt der Landesfeuerwehrverband Brandenburg das Projekt „Ohne Blaulicht“. Das Projekt wird finanziert durch das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesinnenministeriums und kofinanziert durch das Land Brandenburg. Das Projekt befindet sich derzeit in seiner vierten Förderperiode.

„Ohne Blaulicht“ leistet aufsuchende Beratungsarbeit in den Feuerwehren des Landes Brandenburg und ihren Kommunen. Es wirkt auf mehrere Zielvorstellungen hin: die Konfliktbearbeitungskultur in den Feuerwehren soll gestärkt werden, ihre Selbstentwicklungspotentiale sollen angeregt werden und die in der Feuerwehrarbeit mitlaufenden sozialen Funktionen sollen unterstützt werden. Darin eingeschlossen ist die Bereitschaft und Befähigung, demokratiegefährdenden Tendenzen durch angemessene Kommunikation zu begegnen.

Dies geschieht, indem „brennende Anliegen“ der Akteurinnen und Akteure in den Feuerwehren aufgegriffen werden und dann in dialogischen Prozessen passende Bearbeitungsweisen entwickelt werden. In die Bearbeitungen können Workshops, Seminare, Argumentationstrainings, Zukunftswerkstätten oder auch Mediationen einfließen. Die Bearbeitung von Problemen kann sich so als Lerngelegenheit erweisen und Beiträge zur Weiterentwicklung der demokratischen Kultur leisten.

Die zentrale konzeptionelle Überlegung des Projekts „Ohne Blaulicht“ ist die Annahme, dass Veränderungen in sozialen Systemen nur von innen und aus eigener Kraft langfristig wirkungsvoll sind. Deshalb besteht das Projektteam aus zwei Mitarbeitern, von denen einer von innen also aus der Feuerwehr kommt, um systemeigenes Wissen verfügbar zu machen und der andere von außen also vom Mobilien Beratungsteam kommt, um eine fremde Perspektive zur Verfügung zu stellen.

Zu den Leistungen des Projekts „Ohne Blaulicht“ gehören Beratungsprozesse im ganzen Land Brandenburg, Seminare im Rahmen der JuLeiCa-Lehrgänge der Landesjugendfeuerwehr und Seminare für Führungskräfte zum Thema „Demokratische Führungskultur“. In Reaktion auf das Flüchtlingsthema wurde das Modul „Flucht und Asyl“ konzipiert, beim Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ beantragt und mit einer weiteren Stelle für ein halbes Jahr besetzt. Zur Fortbildung von ehrenamtlichen Beraterinnen und Beratern der Feuerwehren wurde ein Lehrgang „Beraten in der Feuerwehr“ konzipiert, organisiert und durchgeführt.

Wichtigster Kooperationspartner waren die Mobilien Beratungsteams des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung. Demos. Das Projektteam nahm regelmäßig an den Praxisberatungen der MBT teil und erfuhr dort fachlichen Austausch, kritische Reflexion und kollegiale Beratung.

Der Ansatz des Projekts „Ohne Blaulicht“ gilt als bewährt. Dafür sprechen die Zahl der Anfragen, die Weiterempfehlungen, die „kurzen Drähte“ zu zahlreichen Akteurinnen und Akteuren in den Feuerwehren und ihrem Verband. „Ohne Blaulicht“ wird als Marke wahrgenommen. Der Leiter des Projekts wurde mit dem „Feuerwehrenkreuz“ ausgezeichnet.

4.8 Fußball-Landesverband Brandenburg e.V.

Der Fußball-Landesverband Brandenburg begleitet auch in diesem Jahr die Integration von Flüchtlingen und Migranten. Das erfolgreiche Projekt des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) "1:0 für ein Willkommen" wird als "2:0 für ein Willkommen" fortgesetzt. Im Jahr 2017 soll jenes Engagement gefördert werden, das geflüchteten Menschen den weitergehenden Zugang in die Gesellschaft, vor allem zu Bildungs- und Berufsangeboten erleichtert. Bezuschusst werden neben Fußballvereinen auch die Mitgliedsverbände des DFB, wenn sie beispielsweise Sprachförderprogramme im Fußball, Begegnungsfeste, Schulfußball-AGs für Flüchtlingskinder, Jobbörsen für Flüchtlinge und Vernetzungstreffen organisieren.

Darüber hinaus kooperiert der Verband weiterhin mit der Brandenburgischen Sportjugend in der Vereinsberatung und Mediation innerhalb des Projektes "Beraten Bewegen – DRAN BLEIBEN" sowie der AOK Nordost bei der Organisation des jährlichen Fußballtags für Vielfalt und Toleranz. Hier ist in diesem Jahr die stärkere Einbindung von Menschen mit Handicap vorgesehen.

Der Fußball-Landesverband Brandenburg zählt außerdem zu den Unterstützern und Mitorganisatoren der alljährlichen Netzwerktreffen innerhalb des Nordostdeutschen Fußballverbandes unter dem Arbeitstitel "Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt im Fußball". In den vergangenen Jahren konnten hierbei gemeinsame Strategien und Projekte der Fußball-Landesverbände entwickelt werden, um diskriminierenden Tendenzen im Fußball entgegenzuwirken.

Zum Selbstverständnis des Verbandes zählen außerdem der jährliche Fairplay-Wettbewerb, der zusammen mit der Sparkasse Spree-Neiße ausgelobt wird, sowie die "Faire Geste des Monats", die mit Unterstützung des DFB ausgezeichnet wird. Fair Play auf und neben dem Rasen zu fördern, ist ein wesentliches Anliegen dieser Aktivitäten.

4.9 Landesjugendring Brandenburg e.V.

Die Vertreterinnen und Vertreter von Jugendverbänden stehen, so stark wie lange nicht, vor der Aufgabe, geflüchteten Kindern und Jugendlichen eine Gegenwartsperspektive zu bieten. Damit gehört die gleichberechtigte Teilhabe junger Menschen mit Fluchthintergrund auch zu einem Schwerpunkt der Arbeit des Landesjugendring Brandenburg e.V. (LJR). Ausgehend davon haben wir verschiedene Angebote und Maßnahmen für und gemeinsam mit jungen Geflüchteten entwickelt und umgesetzt. Neben der stetigen Befassung in unseren Gremien (Hauptausschüssen, Mitgliederversammlungen, Arbeitsgruppen und -kreisen) und der Durchführung landesweiter Fachtage wurden beziehungsweise werden insbesondere folgende Maßnahmen durchgeführt:

- die vierteilige Fortbildungsreihe „Willkommen in Brandenburg?!“ von März bis Juni 2016 für ehren- und hauptamtliche Fachkräfte aus der Jugendarbeit/ Jugendverbandsarbeit,

- das BarCamp #WirSindBrandenburg vom 17.-19. September 2016 unter Beteiligung von 14 jungen Geflüchteten aus dem Land Brandenburg, neun „einheimischen“ Jugendlichen und drei Sprachmittlerinnen und -mittlern,
- den Förderfonds #WirSindBrandenburg⁴ – seit 12. Juni 2016 wurden 116 Mikroprojekte freier Träger für Maßnahmen mit jungen Geflüchteten aus Brandenburg gefördert,
- die Einrichtung einer Beratungsstelle für Freiwilligendienste für Geflüchtete⁵ im Landesjugendring Brandenburg Trägerwerk e.V. seit dem 1. November 2016,
- die Kontaktaufnahme mit „Jugendliche ohne Grenzen Brandenburg“ und Mosaikstein e.V. sowie die Beratung von Migrantinnen- und Migranten-Jugendselfstorganisationen,
- der Netzwerkaufbau bei Veranstaltungen und Fachtagen in Berlin und Brandenburg (Flüchtlingsrat, Vernetzungskonferenz Tolerantes Brandenburg, LJR Berlin) sowie die Teilnahme an bundesweiten Vernetzungs- und Forschungsgruppen (NiJaF, AG IKÖ der Landesjugendringe etc.),
- Vorstellung des Projektes BarCamp #WirSindBrandenburg und der Fachstelle Perspektiven im Rahmen des bundesweiten Fachkongress Kinder- und Jugendarbeit in Dortmund,
- Vorstellung des Projektes BarCamp #WirSindBrandenburg und der Forderungen der Jugendlichen sowie Vorstellung der Fachstelle Perspektiven in der Ausschusssitzung Bildung, Jugend und Sport des Landtages Brandenburg,
- die Entwicklung einer Basisqualifikation für junge Geflüchtete und junge Menschen mit Migrationsgeschichte zur Förderung ihrer Teilhabe und ihres Engagements in Jugendverbänden seit 21. November 2016 in Kooperation mit der FH Potsdam,
- Öffentlichkeitsarbeit und Interessenvertretung für Menschen mit Migrationsgeschichte sowie zur interkulturellen Öffnung der Jugend(verbands)arbeit.

Diese Maßnahmen werden gestützt durch folgende Beschlüsse der Vollversammlungen des LJR 2014, 2015 und 2016:

- Solidarität mit geflüchteten Menschen in Brandenburg!
- Bildungswege für junge Geflüchtete ebnen – nicht blockieren!
- Keine Menschen zweiter Klasse: Unverzügliche Gleichstellung junger Geflüchteter
- Junge Geflüchtete bleiben auf der Strecke: Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in den Mindeststandards der Gemeinschaftsunterkünfte berücksichtigen!
- Türen auf! – Stärkung der Jugendverbände in der Arbeit mit jungen Geflüchteten
- Keine Abschiebung von Geflüchteten, insbesondere von Freiwilligendienstleistenden!
- Keine Abschiebung nach Afghanistan!

⁴ Der Fonds setzte sich zusammen aus Mitteln des Bündnisses für Brandenburg, der Stiftung Demokratische Jugend, aus Spenden sowie aus Erlösen aus dem Verkauf der Liegestühle „Schöner Leben ohne Nazis“.

⁵ Neben der Förderung durch das Bündnis für Brandenburg wird das Projekt aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert.

Fachstelle Perspektiven für die interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit und Beratung von Migrantinnen- und Migranten-Jugendselfstorganisationen

Zur Unterstützung der interkulturellen Öffnung der Jugendverbandsarbeit gibt es seit dem 1. August 2016 die Fachstelle Perspektiven, die durch das „Bündnis für Brandenburg“ gefördert wurde. Ziel der Fachstelle ist es einerseits, die ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendverbandsarbeit für eine interkulturelle Öffnung ihrer Angebote und Einrichtungen zu sensibilisieren und zu qualifizieren sowie Begegnungen zwischen einheimischen Jugendlichen und Kindern und Jugendlichen mit einem Fluchthintergrund zu ermöglichen. Andererseits gilt es, die Strukturen im Land Brandenburg dafür zu stärken, dass junge engagierte Menschen mit Fluchthintergrund die Möglichkeiten haben, sich professionell selbst zu organisieren. In Brandenburg wirkende Selbstorganisationen junger Menschen mit Fluchthintergrund und/oder Migrantinnen- und Migranten-Jugendselfstorganisationen werden durch die Fachstelle entsprechend beraten und begleitet.

Um diese Ziele zu erreichen wurden zuletzt Teilnahmeunterlagen für die Jugend(verbands)arbeit in 13 Sprachen übersetzt und Jugendverbänden, Ehrenamtlichen und Interessierten der interkulturellen Jugendarbeit zur Verfügung gestellt. Somit wird der Zugang zu Ferienfreizeiten, Seminaren und Projekte für alle Kinder und Jugendlichen, egal welcher Herkunft ermöglicht. Für 2017 ist zunächst geplant, Fachkräfte der Jugendverbände inhaltlich durch die dreiteilige Fortbildungsreihe „Geschafft?! Und jetzt!? Interkulturalität in der Arbeit mit jungen Geflüchteten“ zu schulen und in einer anschließenden Prozessbegleitung zu unterstützen. Weitere Maßnahmen sind geplant.

Fachstelle *Freiwilligendienste mit Geflüchteten* für die Beratung und Qualifizierung von Trägern, Einsatzstellen und jungen Geflüchteten

Seit dem 01.11.2016 ist im Landesjugendring Brandenburg Trägerwerk, das den Bereich der Freiwilligendienste verantwortet, die Fachstelle „Freiwilligendienste mit Geflüchteten“ eingerichtet, die durch das „Bündnis für Brandenburg“ gefördert wurde. Ziel der Fachstelle ist es, unter anderem Träger und Einsatzstellen von Freiwilligendiensten bei der Umsetzung von Vorhaben zu beraten und zu unterstützen, bei denen junge Geflüchtete als Freiwillige eingesetzt werden. Dies gilt sowohl für rechtliche und organisatorische Fragen, als auch für pädagogische Herausforderungen. Zugleich werden auch Angebote für junge Geflüchtete geschaffen, in denen ihnen das Konzept Freiwilligendienst nahegebracht wird und sie zur Aufnahme eines solchen Dienstes ermutigt werden. Ihnen sollen damit alle damit verbundenen Potentiale eröffnet werden: Möglichkeiten zur persönlichen Entwicklung, eine erste Begegnung mit einem Arbeitsverhältnis, die Integration in ein soziales Gefüge und in eine Beschäftigung, die von ihnen maßgeblich mitgestaltet wird. Um diese Ziele zu realisieren, werden durch die Fachstelle momentan verschiedene Möglichkeiten zur Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren organisiert, wie themenspezifische Trägertreffen oder Fachtage, Beratungsgespräche vor Ort angeboten und Materialien über Freiwilligendienste in verschiedenen Sprachen, sowie ein Modul zur Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte erstellt.

Vorgehen gegen rechtspopulistische und rechtsextreme Haltungen, Handlungen und Strukturen

Das Vorgehen gegen rechtspopulistische und rechtsextreme Haltungen, Handlungen und Strukturen ist für den LJR ein stetes Thema. Vor dem Hintergrund der Zunahme rechtsaffiner und rechtsextremer Einstellungen, der Ausweitung und Verdichtung rechtsextremer Strukturen sowie des deutlichen Anstiegs von gewalttätigen Übergriffen und weiteren Straftaten mit rassistischem Hintergrund in den letzten zwei bis drei Jahren hat der LJR das Thema für das kommende Jahr zu einem seiner Arbeitsschwerpunkte erklärt. Das bedeutet, dass

das Qualifizierungs- und Beratungsangebot des LJR für Haupt- und Ehrenamtliche in der Jugend(verbands)arbeit sowie für seine Mitgliedsverbände hinsichtlich des Komplexes „Rechtspopulismus und Rechtsextremismus entgegenwirken“ intensiviert und ausgebaut wird. Dies spielt in der Arbeit mit jungen Geflüchteten dahingehend eine wichtige Rolle, dass Haupt- und Ehrenamtliche, die Angebote für junge Geflüchtete schaffen, in ihrer politischen Haltung und ihrem Handeln gestärkt werden. Gleichzeitig nimmt das Handeln des LJR aber auch die Verschiebung des öffentlichen Diskurses „nach rechts“ in den Fokus. Die Arbeit auf dieser Ebene – egal ob in der Kommune oder landesweit – ist ebenfalls relevant für die Schaffung eines gesellschaftlichen Klimas, das jungen Geflüchteten ein gutes Ankommen und Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglicht.

4.10 Berlin-Brandenburgische Landjugend e.V. (BBL)

Die Berlin-Brandenburgische Landjugend e.V. (BBL) hat im Jahr 2016 ein vielfältiges Angebot für die Weiterbildung und Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen im ländlichen Raum aufgeben. Kinder und Jugendliche mit Fluchthintergrund werden in die täglichen Angebote und Projekte in der bestehenden Verbandsstruktur integriert, sowohl in bereits existierende Angebote als auch in separate Angebote wie Sprachzirkel, die von Jugendlichen selbst organisiert werden. Ein weiterer Schwerpunkt im Umgang mit dem Thema Flucht und Asyl ist die Auseinandersetzung, Begegnung und Vernetzung mit einheimischen Kindern, Jugendlichen und Eltern.

Um gleichzeitig nationalistischen, rassendiskriminierenden und antidemokratischen Tendenzen im ländlichen Raum entgegenzuwirken, setzte die Berlin-Brandenburgische Landjugend e.V. auf politische Kinder- und Jugendbildung durch Besuche demokratischer Institutionen (Bundestag Berlin, Landtag Brandenburg, Gemeindevertretungen) und Gedenkstätten ehemaliger Konzentrationslager sowie die Teilnahme an Diskussionsrunden.

Die Unterstützung, Begleitung und Weiterbildung von Interessenvertretungen Kinder und Jugendlicher war und ist wesentlich für die Umsetzung in der alltäglichen Verbandsarbeit. Zusätzlich gestärkt werden die Interessenvertretungen durch Öffentlichkeitsarbeit mit Jugendbeteiligung und der Vernetzung engagierter Kinder, Jugendlicher und Erwachsener. Die deutsch-polnischen Jugendbegegnungen haben 2016 in Aussicht auf Vorurteilabbau und interkultureller Weiterbildung weiterhin stattgefunden.

Gewalt und Mobbing wurden durch die Ausbildung und Begleitung von Streitschlichterinnen und -schlichtern sowie Ordnerinnen und Ordner an Schulen angegangen. Zudem wurden Präventionsprojekte in Jugendeinrichtungen und Schulklassen vorgestellt sowie Kinder- und Jugendberatungen angeboten.

Das Projekt „Zentrum für Partizipation und Mediation im ländlichen Raum“, gefördert durch das Bundesinnenministerium im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“, erhielt im Jahr 2016 zusätzlich das Modul „Flucht und Asyl“. Ziel dieses Moduls ist es, die Haupt- und Ehrenamtlichen der Berlin-Brandenburgischen Landjugend - aber auch alle anderen, die sich angesprochen fühlen - für die Arbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen sowie den Umgang mit Begleiterscheinungen wie Ängsten, Vorurteilen, Rassismus und eventuell sogar Gewalt zu befähigen. Des Weiteren stärkt das Projekt die B.B.L. e.V. in ihrem Vorgehen gegen die demographische Entwicklung und Rechtsextremismus im ländlichen Raum und verbessert die Beteiligungsstruktur innerhalb des Verbandes. Die Wirksamkeit gegen undemokratische Verhaltensweisen und Konfliktfälle durch Qualifizierung, Sensibilisierung und Begleitung von haupt- und ehrenamtlichen Verbandsakteurinnen und -akteuren wurde dadurch ebenfalls erhöht.

Eine externe Koordinierungs- und Fachstelle ist beim Landkreis Spree-Neiße im Rahmen der „Partnerschaften für Demokratie“ tätig und angesiedelt im Büro des Landrats. Leitziele dieser Stelle waren 2016 die Stärkung der Demokratieaufmerksamkeit junger Menschen, die Sicherung der Teilhabe von Familien mit Migrationshintergrund und die Erweiterung der Programmsichtbarkeit für Zielgruppen durch Öffentlichkeitsarbeit. Ein Beispiel der konkreten Umsetzung bietet das Planspielprojekt „Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung im Selbsttest!“

5. Landesregierung/ Ministerien

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist ein ressortübergreifendes Leitbild und für jedes Ministerium verbindlich. Daher gibt es in jedem Ministerium Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Koordinierungsstelle. Regelmäßige Treffen in der interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) sorgen für einen kontinuierlichen Austausch und wichtige Impulssetzungen zwischen den einzelnen Ministerien und der Koordinierungsstelle. Seit April 2016 werden neben den Themen des Toleranten Brandenburgs auch die Themen des Bündnisses für Brandenburg in der IMAG beraten. Alle nachfolgenden Beiträge entstanden in Verantwortung der jeweiligen Ressorts.

5.1 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Integrationsbeauftragte

Die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg setzt sich für ein gleichberechtigtes und auf gegenseitigem Respekt beruhendes Zusammenleben von Brandenburger Bürgerinnen und Bürgern und den hier lebenden Menschen unterschiedlicher Herkunft, Nationalität und Religion ein. Sie ist Ansprechpartnerin für alle im Integrationsbereich tätigen Akteurinnen und Akteure, z. B. Ministerien, freie Träger, Institutionen und Migrantenorganisationen und kümmert sich um die Vernetzung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure (z. B. kommunale Integrationsbeauftragte). Im vergangenen Jahr bildeten Fragen zur Integration von Asylsuchenden und Geflüchteten sowie die Unterstützung des Ehrenamts in der Flüchtlingsarbeit einen besonderen inhaltlichen Schwerpunkt.

Landesintegrationsbeirat

Der Landesintegrationsbeirat ist ein beratendes Gremium mit Vertreterinnen und Vertretern von fünf Ressorts der Landesregierung, Verbänden, Migrantenorganisationen, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen unter Leitung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. Er dient der Vernetzung und Koordinierung der an der Integration beteiligten Akteurinnen und Akteure auf Landesebene und soll die Landesregierung in allen Fragen der Zuwandererintegration, insbesondere bei der Umsetzung des Landesintegrationskonzepts, beraten und unterstützen.

Der Landesintegrationsbeirat hat zur Vertiefung von Themenbereichen drei Arbeitsgruppen eingesetzt: Asyl und Flüchtlinge, Integration im Flächenland sowie Bildung. Die AG Asyl und Flüchtlinge hat zwei Unterarbeitsgruppen gebildet: Migrationssozialarbeit und Flüchtlingsfrauen. Beispielhaft sei die Arbeit der letzteren Unterarbeitsgruppe kurz ausführlicher dargestellt. Diese Unterarbeitsgruppe wird von der Integrationsbeauftragten gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten geleitet. Die Arbeitsgruppe hat eine Handreichung für haupt-

und ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit Aktive erarbeitet, um Hilfestellungen für einen besseren Schutz geflüchteter Frauen zu geben. Diese Handreichung wurde als Broschüre „Gewaltschutz für Frauen in Flüchtlingsunterkünften“ des MASGF veröffentlicht. Eine Fachkonferenz „Gewaltprävention für Flüchtlingsfrauen in Brandenburg“ fand am 15.11.2016 mit sehr großer Resonanz statt. Die Konferenz konnte auch im Livestream verfolgt werden. 2016 hat die Arbeitsgruppe Gesundheit und Migration ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Förderung von Integrationsprojekten zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure

Die Integrationsbeauftragte des Landes hat im Rahmen des Handlungskonzeptes Tolerantes Brandenburg eine Vielzahl von Projekten zum Abbau von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt und zur interkulturellen Verständigung gefördert. Dazu gehören u. a. Zuwendungen an Initiativen und Vereine, die Förderung der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA), der Antidiskriminierungsberatung des Vereins Opferperspektive e.V. und von Migrantenorganisationen.

Im Förderprogramm für spezifische Angebote der Integration von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund konnten zielgruppengerechte Maßnahmen gefördert werden, um geschlechtsspezifische Beratungs- und Betreuungsangebote, Angebote zur Bildung, im Bereich des Sports und Schulungen zum Themenbereich Integration von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund zu ermöglichen.

Stärkung des ehrenamtlichen Engagements im Bereich der Willkommensinitiativen

Ehrenamtliches Engagement leistet damit einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration. Deshalb wurde bereits im Jahr 2015 ein Förderprogramm zur Unterstützung ehrenamtlicher Willkommensinitiativen im MASGF mit Finanzierung durch Lottomittel aller Ressorts installiert. Dieses Förderprogramm wurde auch im Jahr 2016 fortgesetzt und konnte mit dem Nachtragshaushalt in den Landeshaushalt überführt werden. Die ehrenamtlichen Willkommensinitiativen wurden ab Januar 2016 mit einem Betrag von 1.000 € pro Initiative pro Jahr gefördert. Dieser Betrag wurde nach einer Aktualisierung der Fördergrundsätze ab Juli 2016 auf maximal 2.000 € je Initiative erhöht. Im Jahr 2016 wurden insgesamt 115 Anträge mit einem Gesamtvolumen von 121.000 € bewilligt.

Die Integrationsbeauftragte des Landes hat auch im Jahr 2016 gemeinsam mit der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung und dem Landespräventionsbeauftragten Fortbildungsveranstaltungen für Ehrenamtliche im Umfang von 50.000 Euro gefördert, die stark nachgefragt wurden. Auch diese Fördermittel konnten über den Nachtragshaushalt in den Landeshaushalt eingestellt werden. Die Fortbildungen vermitteln Grundlagenwissen über Flucht und Asyl sowie Hilfestellungen für das eigene ehrenamtliche Handeln, z. B. Versicherungsfragen, sensibler Umgang mit Menschen aus anderen kulturellen Milieus, Umgang mit persönlicher Überforderung.

Ein Faltblatt „Unterstützung für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit“, das über die Förderungs- und Fortbildungsangebote informiert, wurde vom MASGF herausgegeben.

Damit ehrenamtlich Engagierte vor Risiken abgesichert sind, hat die brandenburgische Landesregierung den Unfall- und Haftpflichtversicherungsschutz erweitert. Alle Informationen und Ansprechpersonen sind in dem Faltblatt „Sicherheit für bürgerschaftlich Engagierte. Haftpflicht- und Unfallversicherungsschutz im Ehrenamt“ übersichtlich zusammengefasst.

Dialog-Veranstaltungen mit in der Flüchtlingshilfe engagierten Menschen, Initiativen und Institutionen

Die Landesregierung hat im Jahr 2016 Dialog-Veranstaltungen mit dem Ehrenamt am 30. Juni in Wittstock/Dosse und am 8. Oktober in Luckenwalde durchgeführt. An beiden Veranstaltungen nahmen Mitglieder der Landesregierung teil. Es konnten jeweils über 100 Bürgerinnen und Bürger begrüßt werden, die sich überwiegend ehrenamtlich unmittelbar vor Ort engagieren und mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Landespolitik aber auch miteinander ins Gespräch kamen und an mehreren thematischen Fragen der täglichen praktischen Integrationsarbeit und der dafür erforderlichen Rahmenbedingungen diskutierten. Im direkten Austausch zwischen ehrenamtlichen Akteurinnen und Akteuren sowie der Landesregierung wurden Erfolgsbedingungen und Probleme besprochen, gute Praxisbeispiele präsentiert und die Vernetzung gefördert.

Interreligiöser Kalender und Broschüre „Religionen und interreligiöse Projekte im Land Brandenburg“

Zum siebten Mal wurde im Jahr 2016 mit Unterstützung des MASGF, des MBSJ und der Staatskanzlei die Herausgabe des „Interreligiösen Kalenders“, in Trägerschaft des Vereins „Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V.“, ermöglicht. Der Verein veröffentlichte auch in Zusammenarbeit mit der Integrationsbeauftragten eine Broschüre „Religionen und interreligiöse Projekte im Land Brandenburg“, in der die religiöse Vielfalt im Land dargestellt wird.

Integrationspreis 2016

Der Landesintegrationspreis wurde im August 2016 zum 9. Mal durch die Integrationsbeauftragte ausgeschrieben. Mit insgesamt 56 Vorschlägen und Bewerbungen gingen so viele wie nie zuvor ein. Die Jury hat sich deshalb darauf verständigt, den Preis für 2016 Preisträgerinnen und Preisträgern in drei Kategorien zuzusprechen: Dem Verein „Neue Zeiten e.V.“, dem Verein zur Unterstützung russischsprachiger Migrantinnen und Migranten in Brandenburg an der Havel als freiem Träger, der Willkommensinitiative „Brück hilft“ in Brück, Landkreis Potsdam-Mittelmark und als Einzelperson Frau Barbara Matthies in Großbeeren, Landkreis Teltow-Fläming. Der Verein „Neue Zeiten e.V.“ arbeitet seit 19 Jahren kontinuierlich sehr erfolgreich für die Verbesserung der Integrationschancen zugewanderter Migrantinnen und Migranten, insbesondere russischsprachiger Menschen. Die Initiative „Brück hilft“ engagiert sich seit Beginn der Flüchtlingsaufnahme im Ort Brück und hat sich von einer Initiative Hilfsbereiter zu einem beispielgebenden Netzwerk entwickelt. Frau Matthies unterstützt Geflüchtete in Großbeeren und in Blankenfelde seit 2014 in vielfältiger Weise. Der Integrationspreis des Landes Brandenburg 2016 wurde am 27. Januar 2017 in Großbeeren verliehen.

Koordinierungsstelle für Zufluchts- und Beratungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder, insbesondere auch von Frauen und Kindern mit Flüchtlingsstatus

Mit der höheren Zahl von Flüchtlingen sind in Brandenburg auch Bedarf und Anforderungen an den Gewaltschutz von Flüchtlingsfrauen gestiegen. Die entsprechenden Anfragen an die brandenburgischen Frauenhäuser stellen diese angesichts der Komplexität der Materie, der zunehmenden Häufigkeit der Anfragen sowie kaum vorhandener Vorerfahrungen und Expertise vor enorme Herausforderungen. Mit der Einrichtung einer gemeinsamen Koordinierungsstelle für alle Zufluchts- und Beratungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder im Land Brandenburg wurde die Möglichkeit zur Unterstützung besonders für Frauen und Kinder mit Flüchtlingsstatus verbessert. Die Koordinierungsstelle wurde vom Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser e.V. eingerichtet und aus Mitteln des MASGF gefördert.

Umsetzungsbegleitung für das Landesaufnahmegesetz

Die am 01. April 2016 in Kraft getretene Novellierung des Landesaufnahmegesetzes hat verbesserte Aufnahmebedingungen sowohl für die aufzunehmenden Menschen als auch für die kommunalen Aufgabenträger geschaffen. Die zum 28. Oktober 2016 in Kraft getretene Durchführungsverordnung zum Landesaufnahmegesetz spezifiziert die Aufgabenwahrnehmung für Landkreise und kreisfreie Städte. Besonders der Bereich der Migrationssozialarbeit wurde durch die Novellierung des Landesaufnahmegesetzes ausgebaut. Die neuen Strukturen befinden sich derzeit im Aufbau. Weiterhin werden in der Durchführungsverordnung die Handlungs- und Aufgabenbereiche der Migrationssozialarbeitenden sowie notwendige Qualifikationsanforderungen dargelegt. Um ein gutes Ineinandergreifen der neu geschaffenen Strukturen anzuregen, sind die Landkreise und kreisfreien Städte dazu verpflichtet, kommunale Umsetzungskonzepte zur Migrationssozialarbeit zu erstellen. Das MASGF bietet bei Bedarf Unterstützung im Erstellungsprozess.

Weiterhin wird die Migrationssozialarbeit unterstützt durch die Förderung eines landesweit agierenden Projekts zur Beratung und Fortbildung der Migrationssozialarbeitenden, durchgeführt durch den Fachberatungsdienst für Zuwanderung, Integration und Toleranz (FaZIT). Darüber hinaus wird ein weiteres Projekt zur Unterstützung der psychosozialen Beratung gefördert, durchgeführt vom Träger KommMit e. V. Ziel dieses Projekts ist es, psychosoziale Regeldienste für die migrationsspezifischen Belange zu öffnen, sowie Migrationssozialarbeitende für eventuell vorliegende psychosoziale Problemlagen der Zugewanderten zu sensibilisieren. Weiterhin wird mit finanzieller Förderung durch das MASGF die kultursensible Sprachmittlung ausgebaut.

Koordinierungsstelle Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Asylsuchenden und Geflüchteten

Das Land Brandenburg hat im Jahr 2015 eine Koordinierungsstelle zur Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Asylsuchenden und ausländischen Flüchtlingen im MASGF eingerichtet. Die Koordinierungsstelle ist für die Kreise, kreisfreien Städte und Gemeinden die zentrale Ansprechperson für alle flüchtlingspolitischen Fragen, die sie mit der Landesregierung abstimmen wollen. Damit können sich die Kommunen bei grundsätzlichen und komplexen Fragestellungen, bei denen mehrere Ressortzuständigkeiten gegeben sind, an die Koordinierungsstelle wenden und müssen nicht an jedes einzelne Ressort herantreten. Sie steht darüber hinaus den kommunalen Spitzenverbänden, Wohlfahrtsverbänden und ehrenamtlichen Initiativen als vermittelnde Ansprechperson zur Verfügung.

IMAG Integration von Flüchtlingen

Um die Potenziale aller Ressorts der Landesregierung für die Integrationsarbeit zu erschließen und zu bündeln, ist die bestehende Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) „Verteilung“ in die IMAG „Integration von Flüchtlingen“ umgewandelt worden. Die unter Leitung des MASGF stehende IMAG „Integration von Flüchtlingen“ tagt seit Anfang des Jahres 2016 regelmäßig und begleitet vorrangig die Weiterentwicklung des Landesintegrationskonzepts.

Integration in den Arbeitsmarkt

Nach dem starken Anstieg der Flüchtlingszahlen Ende 2015 stand zunächst die Unterbringung und Versorgung im Mittelpunkt. Zugleich gab es in Brandenburg von Anfang an einen breiten gesellschaftlichen Konsens, bereits frühzeitig Wege hin zu einer Ausbildung und Beschäftigung im Land aufzuzeigen. Zahlreiche Förderprogramme auf den verschiedenen Ebenen Bund, Land und Kommunen wurden gezielt erweitert oder neu aufgelegt. Die Rechtslage zum Arbeitsmarktzugang hat sich kontinuierlich weiterentwickelt, zuletzt mit dem

zum 6. August 2016 in Kraft getretenen Integrationsgesetz. Mittlerweile ist es auch gelungen, die verschiedenen Maßnahmen im Sinne einer Integrationskette vom Ankunftszentrum bis zur Ausbildung bzw. Beschäftigung im Betrieb systematisch stärker aufeinander zu beziehen.

Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch die Initiative „Gemeinsam Perspektiven eröffnen!“, die die Landesregierung und die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit mit den Wirtschaftskammern, den Sozialpartnern und dem Landkreistag im Sommer 2016 vereinbart haben. Hier verpflichten sich die Partner, ihre Angebote aufeinander abzustimmen und im Interesse des Integrationsfortschritts zu verzahnen.

Das Erlernen der deutschen Sprache ist und bleibt der Schlüssel und eine wichtige Voraussetzung der arbeitsmarktlichen Integration. Nachdem für die Integrationskurse bereits in 2015 die gesetzlichen Zugangsregelungen für bestimmte Flüchtlingsgruppen gelockert wurden, hat der Bund das Angebot an Sprachfördermöglichkeiten im vergangenen Jahr auch quantitativ deutlich ausgeweitet. Das MASGF unterstützt zudem weiterhin mit dem Landesprogramm „Deutsch für Flüchtlinge in Brandenburg“ Ausländerinnen und Ausländer beim Erlernen der deutschen Sprache, die nach § 44 des Aufenthaltsgesetzes bislang nicht an den vom Bund finanzierten Integrationskursen teilnehmen dürfen. Bis Mai 2015 standen zunächst 1,5 Millionen Euro im Rahmen der ESF-Förderperiode 2007-2013 zur Verfügung. 2015 hat das MASGF das Programm zwischenzeitlich bis einschließlich 2017 verlängert und bereits mehrfach die Mittel aufgestockt auf inzwischen sieben Millionen Euro aus dem ESF. Landesweit können im Förderzeitraum fast 3.000 Asylsuchende und Geduldete an diesem Programm teilnehmen, davon rd. 1500 im Jahr 2017. Mit diesen beiden Programmen kann für Brandenburg von einem im Wesentlichen flächendeckenden Angebot an Deutschkursen gesprochen werden.

Mit dem Integrationsgesetz vom August 2016 wurde erstmalig eine gesetzliche Grundlage für die berufsbezogene Deutschsprachförderung geschaffen. § 45a Aufenthaltsgesetz baut auf den Integrationskursen auf und ermöglicht berufsbezogene Sprachkurse über das Sprachniveau A2/B1 hinaus. Diese neue Förderung tritt zunächst neben die bisherige ESF-BAMF-Förderung, die sie dann Ende 2017 vollständig ablösen wird. Damit gibt es ein aufeinander aufbauendes System des Spracherwerbs.

Das IQ Netzwerk Brandenburg, das das Ziel der verbesserten Arbeitsmarktintegration von erwachsenen Migrantinnen und Migranten verfolgt, wurde infolge der Fluchtmigration weiterentwickelt. Es umfasst mittlerweile 14 Teilprojekte in den Handlungsfeldern Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung, Qualifizierungsmaßnahmen und Interkulturelle Kompetenz/Interkulturelle Öffnung. Ein neues Teilprojekt mit besonderer Bedeutung im Kontext der Geflüchteten stellt die „Kompetenzfeststellung“ dar. Das Projekt ergänzt entsprechende Bemühungen der Arbeitsverwaltungen und richtet sich an Personen mit vorwiegend nicht-formalen Qualifikationen. In mehrtägigen Kompetenzfeststellungsverfahren werden informell, non-formal und formal erworbene Kompetenzen systematisch erfasst, dokumentiert und mit Ausbildungen in Deutschland abgeglichen. Übergeordnetes Ziel ist die Integration in (qualifizierte) Arbeit, indem mitgebrachte Ressourcen aktiviert, auf die Anforderungen des Arbeitsmarkts bezogen und durch eine zielgerichtete Berufswegeplanung unterstützt werden. Das Projekt sieht auch eine praktische Erprobung mitgebrachter Kompetenzen in Werkstätten/Betrieben vor.

Eine besondere Herausforderung ist die Integration von Geflüchteten in das ihnen weitgehend unbekanntes duale Berufsausbildungssystem. In den allermeisten Herkunftsländern gibt es eine solche Ausbildungsform nicht. Qualifizierte Ausbildung wird zumeist mit der Aufnahme eines Studiums gleichgesetzt. Noch schulpflichtige junge Flüchtlinge besuchen an den Oberstufenzentren das bis zu zweijährige Berufsgrundbildungsjahr Plus. Andere nehmen an PerjuF-Maßnahmen (Perspektiven für junge Flüchtlinge) teil oder besuchen reine Deutschkurse. An der Schnittstelle des Übergangs in eine Ausbildung wird zunächst modellhaft erprobt, wie eine Verzahnung dieser Maßnahmen, insbesondere des Berufsgrundbildungsjahrs Plus, mit den Trägern der Assistenten Ausbildung gestaltet werden kann. Ziel ist, ab 2017 gezielte Übergänge in die ausbildungsvorbereitende sowie ausbildungsbegleitende Phase der Assistenten Ausbildung anzubahnen und bedarfsbezogen zusätzliche, durch das Land kofinanzierte Plätze bereitzustellen.

Mit dem Integrationsgesetz wurde die Forderung aus der Wirtschaft nach Aufenthaltssicherheit für die Ausbildungsbetriebe für die Zeit der Berufsausbildung aufgenommen. Geflüchtete können bei der Aufnahme einer Berufsausbildung im Rahmen dieser sogenannten „3 + 2-Regelung“ eine Anspruchsuldung für die gesamte Zeit der Ausbildung erhalten sowie eine 2-jährige Anschlussbeschäftigung. Die Altersgrenze von 21 Jahren wurde abgeschafft. Somit gibt es die Hoffnung, dass die bisher eher geringen Zahlen an Geflüchteten in Berufsausbildung 2017 deutlich erhöht werden können.

Das Land Brandenburg hat im abgelaufenen Jahr gemeinsam mit den Unternehmensverbänden Berlin-Brandenburg (UVB) sowie dessen Bildungspartnern, dem bbw Bildungswerk der Wirtschaft in Berlin und Brandenburg sowie dem Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb) das Modellprojekt „Betriebliche Begleitagentur“ gestartet. Es soll besonders kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen, die bereit sind, motivierte Geflüchtete in Ausbildung oder Beschäftigung zu übernehmen. Das MASGF und das MWE fördern das Vorhaben gemeinsam. Ziel des Projekts ist die Erprobung von Wegen zur Überwindung von Hemmnissen bei der Einstellung von Geflüchteten in der durch Klein- und Kleinstunternehmen gekennzeichneten Wirtschaft Brandenburgs. Die Begleitagentur berät und informiert Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber im Hinblick auf Arbeit und Ausbildung von Flüchtlingen, stellt Kontakt zur Arbeitsverwaltung her, unterstützt einstellende Betriebe durch Coaching und hilft bei der Gewinnung betrieblicher Mentorinnen und Mentoren. Die Begleitagentur ist eine wichtige Ansprechpartnerin, die Betriebe und Geflüchtete in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitsagenturen und Jobcentern zusammenbringt. Mit ihr entstehen keine neuen Strukturen. Vielmehr werden die vorhandenen zusammengeführt, um sie so besser nutzbar zu machen. So arbeiten hier Arbeitsagenturen, Jobcenter und Kammern sowie die Vermittlung in Angebote der Arbeitsmarktakteure, des IQ Netzwerks Brandenburg und weitere Beratungs- und Bildungsträger eng zusammen.

Angesichts der bestehenden Unsicherheiten von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern im Hinblick auf die Beschäftigung von Geflüchteten hat das MASGF gemeinsam mit DGB und UVB Ende 2016 zwei aus Mitteln des Bündnisses für Brandenburg unterstützte Regionalkonferenzen durchgeführt. Zahlreichen interessierten Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern standen Expertinnen und Experten aus dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, aus Ausländerbehörden, der Migrationsberatung für Erwachsene und nicht zuletzt den Agenturen für Arbeit und Jobcentern zu allen Fragen rund um das Thema Arbeit und Ausbildung für Geflüchtete zur Verfügung. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die bereits Flüchtlinge eingestellt haben, berichteten zudem von ihren praktischen Erfahrungen.

Mit dem Anstieg der Zuwanderung, insbesondere von Geflüchteten und aus osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten, steigt zugleich die Gefahr der Arbeitsausbeutung und Abdrängung in die illegale Beschäftigung. Es sind nahezu ausschließlich Migrantinnen und Migranten, denen u.a. Lohn vorenthalten wird, Aufenthaltspapiere entzogen werden und die für das Abarbeiten hoher Schulden zur Arbeitsaufnahme gebracht werden. Geflüchtete Menschen sind also besonders verletzlich auf dem Arbeitsmarkt und haben einen besonderen Unterstützungsbedarf bei Problemen in einem Arbeitsverhältnis. Sie brauchen mehrsprachige Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, an die sie sich mit Problemen wenden können. Zudem ist eine systematische Präventionsarbeit erforderlich, um frühzeitig über Arbeitsrechte und auch Pflichten in Deutschland zu informieren. Für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gilt, dass sie sich auch bei der Beschäftigung von Geflüchteten an Recht und Gesetz halten müssen. Daher fördert das MASGF seit Mai 2016 die Fachstelle „Migration und Gute Arbeit“, die im Land persönlich, elektronisch und telefonisch individuelle Beratung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehrsprachig anbietet, Migrantinnen und Migranten präventiv über arbeitsrechtliche Fragen aufklärt, Institutionen in ihrer Aufmerksamkeit für das Thema sensibilisiert und Kooperationsstrukturen zwischen beteiligten Institutionen aufbaut.

Projekt „Zugang zur Gesundheitsversorgung und gesundheitlichen Prävention für Geflüchtete im Rahmen von integrierten kommunalen Strategien für ein gesundes Aufwachsen in Brandenburg“

Laufzeit: 07/2015 – 12/2016

Vor dem Hintergrund steigender Zahlen von geflüchteten Menschen in Brandenburg hat die Frage nach einem niedrigschwelligen Zugang zur Gesundheitsversorgung und gesundheitlichen Prävention einen hohen Stellenwert erhalten. Insbesondere bei geflüchteten Kindern und Jugendlichen ist eine besondere Schutzbedürftigkeit gegeben. Diese standen daher im Mittelpunkt des vom MASGF geförderten Projekts, welches an die Aktivitäten der Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit Brandenburg (in Trägerschaft von Gesundheit Berlin-Brandenburg) angebunden ist. Anliegen des Projekts ist es, die besonderen Erfordernisse von geflüchteten Kindern und Jugendlichen im Hinblick auf eine bedarfsorientierte Gesundheitsversorgung sowie Prävention und Gesundheitsförderung zu erheben und in bestehende kommunale Gesundheitsstrategien einzubinden.

In der ersten Projektphase im Jahr 2015 lag der Schwerpunkt auf einer Bestands-/Bedarfsanalyse hinsichtlich des Zugangs zum Gesundheitssystem für geflüchtete Familien und unbegleitete Kinder und Jugendliche. Um sowohl die Bedürfnisse als auch die Bedarfe der Kinder und Jugendlichen sowie ihrer Eltern zu erheben, wurden Interviews und Fokusgruppen mit geflüchteten Menschen und kommunalen Akteurinnen und Akteuren der Flüchtlingshilfe sowie des Gesundheitswesens durchgeführt. Dazu wurden Unterkünfte für Geflüchtete und unterschiedliche Einrichtungen des Gesundheitssystems aufgesucht. Ergänzend dazu wurde eine Datenbankrecherche durchgeführt, um die Ergebnisse von nationalen und internationalen Studien einzubeziehen.

Alle zusammengeführten Daten bildeten im Rahmen der zweiten Projektphase im Jahr 2016 die Grundlage für die Entwicklung einer Handreichung für kommunale Akteurinnen und Akteure, die Konzeption und Durchführung einer landesweiten Fachtagung, die Entwicklung und Erprobung eines Schulungskonzepts und die Ableitung von Handlungsempfehlungen für einen niedrigschwelligen und bedarfsorientierten Zugang von geflüchteten Menschen zur Gesundheitsversorgung sowie zur Prävention und Gesundheitsförderung.

Die Projektergebnisse zeigen, dass es bei der Erleichterung von Zugängen zur Gesundheitsversorgung und gesundheitlichen Prävention für geflüchtete Kinder und Jugendliche darum gehen sollte, bestehende Strukturen zu stärken anstatt Parallelstrukturen aufzubauen. Dazu wird der Auf- bzw. der Ausbau integrierter kommunaler Gesundheitsstrategien (sog. Präventionsketten) als geeignet angesehen, um eine bereichsübergreifende Zusammenarbeit sowie Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren zu unterstützen und dadurch Ressourcen und Kompetenzen zu bündeln. Das wiederum führt zu einer verbesserten Verzahnung und Abstimmung von Angeboten und Strukturen sowie zur Reduzierung von Schnittstellenproblematiken.

Aufbauend auf die bisherigen Projektergebnisse wird ab 2017 die Zielstellung im Rahmen eines sich anschließenden Projektes weiterverfolgt, indem Akteurinnen und Akteure in den Landkreisen und kreisfreien Städten durch Fachfortbildungen dabei unterstützt werden, Strategien für ein gesundes Aufwachsen zu initiieren oder diese in bestehende Konzepte einzubinden.

5.2 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

„Zuwanderung und Integration sind wichtige Politikfelder für Brandenburg. Die Landesregierung orientiert sich an den Chancen, die Zuwanderung und Integration bieten und an den Potenzialen der Menschen mit Migrationshintergrund. Immer noch werden Zuwanderung und Integration zu oft unter Risiko- und sozialen Aspekten diskutiert – Brandenburg sieht sich demgegenüber als Bundesland, das von Zuwanderung und den bereits hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund bereichert wird. Es sieht sich als Land der Vielfalt, das Zuwanderung begrüßt und braucht.“ LIK 2014

In diesem Sinne versteht sich die Kinder- und Jugendhilfe als Arbeitsfeld, in dem Kinder und Jugendliche im außerschulischen Bereich Unterstützungsangebote erhalten, damit ihnen ein guter Start in diese Gesellschaft ermöglicht wird und Integrationsprozesse unterstützt werden. Folgende Beispiele zeigen auf, welche Ansätze dabei im Jahr 2016 im Mittelpunkt standen:

Informationsdefizite von jungen Geflüchteten beseitigen

Junge Geflüchtete stehen nicht vor einem großen Angebot an schulischen und universitären Möglichkeiten, sie kennen diese oftmals gar nicht. Deshalb soll versucht werden, mit ihnen über Studienmöglichkeiten zu reden, inklusive der damit im Zusammenhang stehenden Fragen: Was kann ich studieren? Welche Unterstützungsangebote gibt es (Bafög, etc.)? Wo kann ich mich informieren? Was benötige ich für ein Studium?

Aber: Ein Studium kommt oft (erst einmal) nicht in Frage. Welche Berufswahlmöglichkeiten gibt es? Welche Wege führen hin zu einer Ausbildung? Deshalb ist die wichtigste Auseinandersetzung mit der Frage: Wie kann der Wunsch mit der Wirklichkeit zusammengebracht werden?

Auseinandersetzung mit Vorurteilen und Klischees

Viele deutsche Jugendliche übernehmen Vorurteile und Klischees aus der Erwachsenenwelt. Am ehesten können ausländische Jugendliche selbst auf die Vorurteile und Klischees antworten und dazu beitragen, dass sich eine Grundhaltung bei Jugendlichen verändern kann. Es muss dabei zur Kenntnis genommen werden, dass Untersuchungen zeigen, dass junge Menschen positiver Geflüchteten gegenüberstehen, als Erwachsene. Somit steht in der Auseinandersetzung um Vorurteile und Klischees Folgendes im Mittelpunkt:

- junge Geflüchtete treten in einen Diskurs mit deutschen Geflüchteten
- junge Deutsche treten in einen Diskurs mit Erwachsenen
- junge Deutsche und Geflüchtete treten gemeinsam auf, wenn es um Vorurteile und Klischees über ausländische Jugendliche/ Migrant*innen geht.

Ziel dabei ist, Integration zu erleichtern, indem Vorurteile abgebaut werden also eine klassische Integrationsleistung, indem deutsche und ausländische Jugendliche gleichermaßen eigene Positionen hinterfragen.

Nutzung der Neuen Medien und der Informationstechnologien

Wissen über Techniknutzung führt zu Wissensaneignung, die in einer Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland notwendig ist! Eine neue Studie („Internet ist gleich mit Essen“, Dezember 2015) zeigt, dass für junge Geflüchtete der Zugang zum Internet, ob nun mit PCs, Laptops oder Handys, ausgesprochen wichtig ist: auf dem Fluchtweg, aber auch in ihrer neuen Heimat. Dass diese Nutzung nicht nur zur Kommunikation mit Familienangehörigen, Freunden oder Fluchtgemeinschaften wichtig ist, sondern auch für die Perspektiventwicklung in Deutschland selbst, liegt nahe.

So kann durch die Bereitstellung von Hardware in Jugendclubs (und Gemeinschaftsunterkünften), aber auch durch die Wissensbereitstellung („Wege durch das Internet finden“) eine Orientierungsmöglichkeit der vielfältigen Angebote im Internet gegeben werden. Angefangen von Beratungsmöglichkeiten über allgemeine Beratungsstellen, Websites der Schulen und von Universitäten bis zu Informationen über Ausbildungsberufe, etc. – hier ist eine gezielte Wissensvermittlung notwendig.

Empowerment von Flüchtlingen oder: „Man bekommt ständig Fisch, statt uns Angeln zu lernen!“

So sollen Empowerment-Workshops dazu dienen, Flüchtlingen Möglichkeiten zur Selbstorganisation und Beteiligung aufzuzeigen und ihnen die Übertragung von Selbstverantwortung in einem gesicherten Rahmen zu gewährleisten. Dazu gehört, ihnen die notwendigen Informationen über das deutsche Staatswesen, die Rechtsordnung, die Sozialhilfe, etc. und alle vorhandenen Sicherungs- und politischen Systeme vorzustellen.

Brückenprojekte

Projekte, die jungen Geflüchteten (Kinder und Jugendliche) die Angebote außerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte (GU) aufzeigen. Durch eine Förderung der Zusammenarbeit zwischen offener Jugendarbeit und Gemeinschaftsunterkünften können gezielt Sozialräume erkundet und Kindern und Jugendlichen die Sicherheit gegeben werden, sich in diesem Sozialraum zu bewegen. So können Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aus den Jugendeinrichtungen gezielte Angebote mit deutschen Jugendlichen und jungen Geflüchteten aus den Gemeinschaftsunterkünften durchführen. Wichtig ist dabei der Aspekt, dass nicht nur unbegleitete minderjährige Flüchtlinge eines besonderen Schutzes bedürfen, sondern auch begleitete junge Flüchtlinge. Jedes Angebot in GUs und mit Geflüchteten aus GUs haben deshalb eine Brückenfunktion: den Weg in die Gesellschaft (d.h. Integration). Offene Jugendarbeit versteht sich als Spezialist in Bezug auf Vernetzungsfähigkeit und Entwicklung von sozialer Kompetenz. Sie kann eine Vielzahl an Angeboten im außerschulischen Bereich, niedrigschwellig und zielgruppenspezifisch anbieten.

Integration durch Partizipation

Integration durch Partizipation ist ein langjähriger Arbeitsansatz in der sozialen Arbeit. Mit jungen Geflüchteten macht dieser Ansatz besonderen Sinn. So wird ganz aktuell die Frage bearbeitet, welche Bausteine neu in die JuLeiCa-Ausbildung eingebaut werden müssen (Interkulturalität/ interkulturelle Kompetenzen) und welche Möglichkeiten geschaffen werden können, um junge Geflüchtete z.B. zu Teamerinnen und Teamern auszubilden. Ganz grundsätzlich gilt es die Frage zu stellen, wie es möglich wird, junge Geflüchtete selbst zu Wort kommen zu lassen und sie in Beteiligungsstrukturen einzubinden.

Stand im Jahr 2015 vor allem die Aufnahme, Unterbringung und Schaffung von adäquaten Jugendhilfeangeboten im Vordergrund, so ist für 2016 (und folgende Jahre) besonders wichtig, dass die jungen Geflüchteten zu „einem Teil einer Gruppe“, also der aufnehmenden Gesellschaft werden. Dies wird eine ungleich schwierigere Aufgabe sein, da die Gruppe der begleiteten und unbegleiteten Kinder und Jugendlichen mit einer Vielzahl an unterschiedlichen persönlichen und kulturellen Besonderheiten besondere Integrationsbedürfnisse vorweisen. Das Jugendhilfesystem auf sie abzustimmen, dabei weiterhin die Bedarfe der hier geborenen Kinder und Jugendlichen im Blick zu behalten und ihnen gerecht zu werden und die bedarfsgerechte, altersgerechte Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen zu fördern, stellt das Jugendhilfesystem vor große Herausforderungen. Diese Herausforderungen werden in der Kindertagesbetreuung, der Schule, dem Sport, der Jugendhilfe und der außerschulischen Bildungsarbeit gesehen und sehr engagiert angegangen.

Jugendarbeit

Auch im Jahr 2016 kann festgestellt werden, dass geflüchtete Kinder- und Jugendliche die Einrichtungen und Angebote der Kinder- und Jugendarbeit verstärkt in Anspruch nehmen und sie damit ein Arbeitsfeld nutzen, das nach wie vor eine große Bedeutung für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hat. Die Bedeutung liegt besonders im Bereich der informellen und non-formalen Bildung, die auch und besonders für geflüchtete junge Menschen eine Rolle spielt. Hier werden soziale Kompetenzen erlernt, die für Integrationsprozesse notwendig sind. So initiiert Jugendarbeit Bildungsprozesse, die Kindern und Jugendlichen nötige Schlüsselkompetenzen vermitteln, die für eine gelungene Integration notwendig sind.

Auf der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) im Juni 2016 wurde durch die Jugendministerinnen und –minister auf die besondere Bedeutung der Kinder- und Jugendhilfe hingewiesen und die Jugendarbeit explizit benannt:

„Mit Blick auf junge Flüchtlinge halten die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Familien, Kinder und Jugend der Länder die Angebote der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes für einen wesentlichen Beitrag zur Bildung, Entwicklungsförderung und Integration. Gerade diese Angebote können dazu beitragen, dass sie im gemeinsamen Erleben mit den einheimischen Kindern und Jugendlichen Zugänge zu sinnvollen Freizeitangeboten, zur Unterstützung der schulischen und beruflichen Bildung und zu non-formalen Bildungsangeboten finden, in denen auch die Werte unserer Gesellschaft gelebt und vermittelt werden. Daher bedarf es einer zielgerichteten Weiterentwicklung und Qualifizierung der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes, damit die Träger die Angebote so gestalten, dass sie auch die Interessen und Bedürfnisse der jungen Flüchtlinge mit berücksichtigen und ihre Selbsthilfekräfte stärken. Die Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik ist dabei ein strategischer Ansatz, der auch die Chancen für die Integration junger Flüchtlinge verbessern helfen kann.“ (JFMK-Beschluss am 2./3. Juni 2016 in Dresden)

In Brandenburg wurden im Jahr 2016 sehr engagiert vielfältigste Angebote im Bereich der Jugendarbeit entwickelt und durchgeführt. Die wichtigsten Angebote werden im Folgenden dargestellt.

Förderung von Einrichtungen der Jugendarbeit

Förderung einer modernen technischen Ausstattung von Einrichtungen der offenen Jugendarbeit durch das MBJS. Für heutige Jugendkulturen ist die Nutzung der „neuen Medien“ von zentraler Bedeutung- für junge Geflüchtete ist diese Nutzung eine unbedingte Notwendigkeit! Junge Geflüchtete benötigen Orte, an denen sie ihre Verbindung zu Gleichaltrigen, zu ihren „Fluchtgemeinschaften“ und ihren Familien aufrechterhalten können. Jugendclubs sind dabei genau diese Orte, an denen junge Geflüchtete ihre sozialen Kontakte über das Internet pflegen können. Dabei können sie unmittelbar Unterstützung durch Fachkräfte und deutsche Gleichaltrige bei der Bewältigung ihres Alltags erhalten. Jugendeinrichtungen tragen mit dazu bei, geflüchteten Kindern und Jugendlichen ein Ankommen in der neuen Gesellschaft und den Einstieg in ein für sie neues Leben zu erleichtern. Aus diesem Grund wurden diejenigen Jugendeinrichtungen besonders gefördert, die mit jungen Geflüchteten arbeiten, in der Nähe von Gemeinschaftsunterkünften liegen und die für alle Kinder und Jugendlichen offen sind.

Einrichtung einer „Fachstelle für Interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit und Beratung von Migrant_innenjugendselbstorganisationen“

Seit dem 01.08.2016 gibt es die Fachstelle „Perspektiven“ des Landesjugendring Brandenburg e.V. Sie widmet sich den Zielen der Sensibilisierung, Information und Fortbildung von Akteurinnen und Akteuren der Jugend(verbands)arbeit und bietet Auskunft zu den Themen Migration, Interkulturalität, Flucht und Asyl. Die Fachstelle begleitet und berät Migrantinnen- und Migrantenjugendselbstorganisationen sowie Jugendverbände. Weiterhin wird die Selbstorganisation sowie Neugründung von Vereinen und Verbänden junger Geflüchteter im Land Brandenburg ermöglicht.

Die neue Fachstelle richtet sich an Jugendverbände und –ringe, Vereine und Initiativen, Migrantinnen- und Migrantenjugendselbstorganisationen, jüngere ehrenamtlich Tätige in der Arbeit mit jungen Geflüchteten sowie Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Interkulturelle Öffnung der Jugendhilfe in Berlin und Brandenburg

Besondere Beachtung findet auch die „Interkulturelle Öffnung der Jugendhilfe in Berlin und Brandenburg“ durch das Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V.. Das Angebot durch das Projekt „Unterstützung in Vielfalt - Interkulturelle Öffnung der Jugendhilfe in Berlin und Brandenburg“ (2015-2018) richtet sich an kommunale Jugendämter in den beiden Bundesländern. Die Anforderungen an die Jugendhilfe sind in den letzten Jahren erheblich gewachsen, besonders durch den Anspruch Nutzerinnen und Nutzern gleiche Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Das Projekt ist vor allem an der Schnittstelle Migration und Jugendhilfe verortet. Ausgehend von den persönlichen Erfahrungen in der Begleitung von Diversity orientierter Organisationsentwicklung in Berlin und Brandenburg bietet das Bildungsteam Jugendämtern Unterstützung für funktionierende Strukturen, Kompetenzerweiterung, Personalentwicklung und Sozialraum-Orientierung an, um das Vorhaben und Gelingen der Interkulturellen Öffnung erfolgreich umzusetzen.

Jugendgeschichte

Die Jugendgeschichte richten sich an Jugendliche, die selbst in lokalen Jugendgeschichtsprojekten forschen und ihre Ergebnisse einem breiten Publikum vorstellen wollen, sowie an Akteurinnen und Akteure, die sich vor Ort für die Aufarbeitung der Historie des Landes Brandenburg engagieren. Dabei haben im Jahr 2016 viele Projekte einen Bezug zum Thema Flucht hergestellt und mit deutschen und geflüchteten Jugendlichen „Geschichte geschrieben“. Themen waren dabei: „Krieg, Vertreibung und Flucht vor 70 Jahren und heute“ (Seelow), „Fliehkräfte- Was Flüchtende und Vertriebene bewegt, neue Plätze zu suchen“ (Wittenberge), „Fluchtgeschichte: 1945 – 1989 – 2015“ (Fürstenwalde). Dabei führt die Forschung deutsche und geflüchtete Jugendliche zusammen und dazu, gemeinsam die eigene Geschichte und die Geschichte des Ortes, an dem sie leben, zu erfahren. Dies sind wichtige integrative Maßnahmen!

Politische Bildung zum Thema Flucht und demokratische Perspektiven

Politische Bildung durch ganzheitliche Bildungsparcours zum Thema Flucht und demokratische Perspektiven in Europa wurde im Jahr 2016 durch das MBJS besonders gefördert. Im Rahmen verschiedener Partizipationsprojekte der „Dorfwerkstadt e.V.“ erklärten Jugendliche, dass es notwendig ist, andere Bildungsformen im Themenfeld Geflüchtete zu entwickeln. So schlugen die Jugendlichen vor, außerhalb des regulären Schulunterrichts eine Bildungsform zu entwickeln, die ein aggressionsfreies Lernen und Austauschen ermöglicht. Auf dieser Grundlage entstand ein Bildungsparcours, der folgende Grundfragen in spielerischer, aktiver und dynamischer Art und Weise behandelte: Wer flüchtet?/ Gründe der Flucht/ Ein Haus in Europa für alle- die Straße der Menschenrechte/ Begriffsklärungen: was ist der Islam? IS? Muslime?/ etc. – jedes Parcours Element besteht dabei aus einer künstlerischen Ausdrucksform (Collagen, Bilder, Fotos, Filme, ...) und Elemente aus den kognitiven Formen der Vermittlung von Wissen (Grafiken, Tabellen, Zitate, Gesetze, ...). Durch genaue Parcoursaufträge bewegen sich die Jugendlichen durch Wissens-, Kultur- und Politiklandschaften und erfüllen dabei Aufträge und präsentieren diese später in der Gesamtgruppe. Vor allem neue Sichtweisen und Ideen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer spielen dabei eine wesentliche Rolle.

Fanprojekte

Die durch das MBJS, MIK und den DFB geförderten Fanprojekte „SV Babelsberg 03“ und „Fanprojekt Energie Cottbus“ haben sich ebenfalls im Rahmen ihrer Angebote der offenen Jugendarbeit der Arbeit mit Geflüchteten gestellt, ihre Angebote erweitert und angepasst. Neben konkreten Angeboten zur Teilnahme an Trainingseinheiten und Turnieren werden den jungen Geflüchteten auch begleitete und finanzierte Spielbesuche ermöglicht. Auch hier zeigt sich, dass sportliche Angebote und die Kooperationen innerhalb der Jugendarbeit zu gezielten und erfolgreichen Integrationsergebnissen führen.

Freiwilliges Soziales Jahr und Freiwilliges Ökologisches Jahr

Im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) wurden die bestehenden Regelprogramme geändert und Bezug auf die Flüchtlingsarbeit genommen. So wurde durch eine größere Flexibilität der Einsatz von jungen Freiwilligen in der Flüchtlingsarbeit, aber auch die Teilnahme von jungen Geflüchteten im FSJ/ FÖJ erleichtert und ausgebaut.

Jugendsozialarbeit an Produktionsschulen

Die Angebote im Bereich der Jugendsozialarbeit durch die sogenannten Produktionsschulen wurden im Jahr 2016 erweitert und neue Plätze für junge Geflüchtete geschaffen. Produktionsschulen bieten deutschen und nun auch geflüchteten Jugendlichen einen besonderen Übergang in Ausbildung und Beruf an. Alle Teilnehmenden haben in der Regel einen besonderen Bedarf an sozialpädagogischer Hilfestellung und benötigen besonders ausgebildete Berufs- und Arbeitspädagoginnen und -pädagogen. Das Ziel der berufspädagogischen Maßnahmen besteht in der Verbesserung der sozialen Integration vor allem für diejenigen Jugendlichen, die zu einem großen Teil sehr schwierige und belastende Biografien, wie Schul- oder Ausbildungsabbrüche, Missbrauch, Drogenkonsum, Erfahrungen von Gewalt, aber auch eigene Gewaltbereitschaft haben. Die Angebote der Jugendberufshilfe stellen demnach nicht nur für deutsche Jugendliche eine besondere Hilfestellung dar, sondern dies gilt auch für geflüchtete Jugendliche.

Förderung von Beratungsangeboten in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit

Schon seit vielen Jahren gibt es in Brandenburg die „Förderung von Beratungsangeboten in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit“ durch das MBJS. In diesem Förderprogramm erhalten alle Landkreise eine finanzielle Förderung für Beratungsprozesse, die zur Qualifizierung der Fachkräfte beitragen sollen. Neben der Beratung von Fachkräften und den freien Trägern der Jugendhilfe können auch die Jugendämter Beratungsleistungen in Anspruch nehmen, wenn es z.B. um Fragen konzeptioneller Änderungen oder um eine konzeptionelle Neuausrichtung geht. Mit den neuen Anforderungen durch die Flüchtlingsarbeit hat das MBJS den Fachkräften und den Trägern eine besondere Förderung von Beratungsprozessen angeboten, wenn diese einen Bezug zur Flüchtlingsarbeit haben. Interkulturelle Kompetenz soll dabei besonders gefördert werden, die auch durch neu zugelassene Beraterinnen und Berater ermöglicht werden kann.

Demokratiewerkstätten

Im Rahmen der Demokratiewerkstätten wurden 2016 insgesamt 99.900 EUR an acht Jugendbildungsstätten ausgereicht.⁶ Demokratiewerkstätten sollen handlungsorientiert sein und den Jugendlichen und Kindern Erfahrungen von Selbstwirksamkeit ermöglichen. Sie sind lebensweltorientiert und bieten die Möglichkeit demokratische Entscheidungsprozesse auch unter Mitwirkung von Schule einzuüben.

Folgende Themenschwerpunkte finden sich in den außerschulischen Bildungsmaßnahmen:

- Beteiligungsprojekt in der Primarstufe –Was verstehe ich unter Demokratie?- Wie kann ich in Schule, Hort und Verein mit anderen gemeinsam meine Ideen umsetzen?
- Installation eines Klassenrats
- Demokratieworkshop zur Gründung eines Dorfs in den Pyrenäen (deutsch-polnisch)
- Demokratiewerkstatt zu europäischen Werten heute und morgen
- Weiterführung des Oderlandjugendrats (deutsch-polnisch)
- Jugendbeteiligung im Dorf- „Jugendbeauftragte“ in Ortsbeiräten
- Interviews mit Kommunalpolitikerinnen und -politikern sowie weiteren kommunal Verantwortlichen zum Thema „Was möchte die Jugend“

⁶ Schloss Gollwitz, Don-Bosco-Haus, Jugendheim Hirschluch, Schloß Trebnitz, Flecken-Zechlin, JBZ Blossin, Kurt-Löwenstein e.V., HochDrei e.V.

- Weiterbildung von Schülerinnen- und Schülervertretungen
- Ausbildung von Demokratielotsen an Schulen

Des Weiteren wurden zwei Bundesmodellprojekte im Rahmen der Förderung von Modellprojekten zur Radikalisierungsprävention, zum Themenfeld Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend kofinanziert:

Kofinanzierung des Modellprojekts: „Es ist deine Kampagne – (Inter)aktiv für lebendige Demokratie!“ der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V. in Höhe von 14.000 EUR sowie Kofinanzierung für das Modellprojekt: „Organize! Gegen Rassismus und Ausgrenzung“ der DGB-Jugendbildungsstätte Flecken-Zechlin in Höhe von 12.000 EUR

Jugendverbandsarbeit mit jungen Geflüchteten

Die über 30 landesweit tätigen Jugendverbände widmeten sich auch 2016 der Arbeit mit jungen Geflüchteten, die sie in die Regelangebote der Jugendverbände einbezogen. Für junge Menschen in den Sammelunterkünften wurden gezielte Angebote unterbreitet.

Um die überwiegend ehrenamtlich Tätigen in den Jugendverbänden zu unterstützen, werden Fortbildungen und Handreichungen erarbeitet, die ihnen mehr Sicherheit im Umgang mit den jungen Flüchtlingen geben. Dazu gehört z.B. die Publikation „Jugendverbandsarbeit mit jungen Geflüchteten“, die unter Mitwirkung des Landesjugendrings Brandenburg e. V. erarbeitet wurde. Darin werden die Lebensrealitäten von jungen Geflüchteten ebenso beschrieben wie die rechtlichen Rahmenbedingungen, unter denen sie in Deutschland leben. Beispiele geben Einblicke in die Arbeit der Jugendverbände mit jungen Geflüchteten.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die unbegleitet nach Deutschland einreisen und im Inland weder mit einem Personensorgeberechtigten noch einem Erziehungsberechtigten zusammenkommen, steigt korrespondierend mit den in quantitativer und qualitativer Hinsicht zunehmenden internationalen Krisenherden und sich ausweitenden (Bürger)Kriegsregionen. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) kommen nach wie vor jährlich mehrere Hundert allein reisende minderjährige Flüchtlinge (UMA) in Deutschland an, die von ihren Familien getrennt wurden und gezwungen waren, Ausnahmesituationen allein zu bewältigen. Hier leben sie meist in Jugendhilfeeinrichtungen, in denen sie von Pädagoginnen und Pädagogen betreut werden.

Mit Inkrafttreten des *Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher* am 1. November 2015 wurde für die bundesweite Aufnahmepflicht der Länder, ein am Kindeswohl und dem besonderen Schutzbedürfnis der Kinder und Jugendlichen ausgerichtetes, bundesweit einheitliches Verteilverfahren etabliert. Daraus resultierte 2016 eine deutliche Zunahme von UMA im Land Brandenburg, was sowohl die Landesregierung, die Landkreise und kreisfreien Städte als auch die freien Träger der Jugendhilfe vor enorme Herausforderungen stellte.

Neu eingeführt wurde mit den §§ 42a ff. SGB VIII die vorläufige Inobhutnahme, das behördliche Verfahren zur Altersfeststellung sowie die Regelung des bundesweit einheitliches Verfahrens zur Verteilung von UMA anhand des sogenannten Königsteiner Schlüssels. Für Brandenburg ergibt sich eine Aufnahmequote von 3,06 %. Zum 31.03.2017 erfüllte das Land Brandenburg die ihm zugewiesene Soll-Quote zu 83,3 %. Konkret be-

fanden sich zu diesem Zeitpunkt insgesamt 1.543 UMA in kinder- und jugendhilferechtlicher Zuständigkeit der Landkreise und kreisfreien Städte im Land.

UMA, die ohne ihre Familien nach Deutschland eingereist sind, gehören zu den schutzbedürftigsten Personengruppen. Sie haben nach dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen ein Recht darauf, dem Kindeswohl entsprechend untergebracht, versorgt und betreut zu werden (Artikel 3, 22 UN KRK). Das SGB VIII stellt klar, dass UMA, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, sämtliche Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Anspruch nehmen können. Kosten, die der örtliche Träger der Kinder- und Jugendhilfe in Brandenburg für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung von UMA aufgewendet hat, werden - soweit die Erfüllung der Aufgaben den Vorschriften des SGB VIII entsprechen - vom Land nach § 89d Abs. 1 SGB VIII erstattet. Angebote, die insbesondere die Integration von UMA fördern, gehören ebenfalls dazu.

Für die Beratung der örtlichen Träger bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben, auch hinsichtlich Integration und interkultureller Öffnung, pflegen der überörtliche Träger und die örtlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe eine partnerschaftliche Zusammenarbeit. Die Unterbringung der Kinder und Jugendlichen in der Zuständigkeit der Jugendämter des Landes Brandenburg erfolgt überwiegend in Einrichtungen der Jugendhilfe und in wenigen Fällen in Gemeinschaftsunterkünften, wenn dies nach Prüfung dem Kindeswohl entspricht. Für mehr als 75 % der UMA werden nach dem Clearingverfahren anschließende Hilfen zur Erziehung geleistet, die nach Bedarf, mit dem Erreichen der Volljährigkeit, gemäß § 41 SGB VIII fortgesetzt werden können.

Die bundesgesetzliche Aufnahmepflicht wird von den Kommunen sehr verantwortlich und engagiert wahrgenommen. In den Landkreisen und kreisfreien Städten wurden neue Einrichtungen aufgebaut bzw. die Unterbringungsmöglichkeiten in bestehenden Einrichtungen erweitert, um UMA entsprechend der Standards der Kinder- und Jugendhilfe zu betreuen. Die Vernetzung mit anderen relevanten Akteuren im Sozialraum - wie diversen Bildungs- und Freizeitinstitutionen - aber auch das Initiieren einer bedarfsgerechten medizinischen Infrastruktur sowie das Schaffen von Akzeptanz bei der ansässigen Bevölkerung waren und sind nach wie vor zentrale Aufgaben. Die Fachkräfte in den Einrichtungen, in denen UMA versorgt und betreut werden, tragen im besonderen Maße Sorge für deren Integration in das gesellschaftliche Umfeld.

Ein am Kindeswohl orientiertes professionelles Handeln, mit gelingender Integration als Zielperspektive, ist nur in Zusammenarbeit mit haupt- und ehrenamtlichen Akteuren gestaltbar. Dafür initiierte das MBSJ zahlreiche Gelegenheiten zum Erfahrungsaustausch und für themenzentrierte Fachdiskussionen der unterschiedlichen Akteure. Diese finden in regelmäßigen Abständen statt, um Bedarfe, Besonderheiten und Herausforderungen für das Land, die Kommunen sowie die freien Träger zu diskutieren und fortwährend neu zu bewerten. Beispielhaft sei hier zum einen die gemeinsame Konferenz der Jugendämter und Ausländerbehörden genannt. Zum anderen sind durch das MBSJ Zusammenkünfte zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Jugendämter und Schulämter initiiert und begleitet worden, um die Beschulungssituation der UMA zu optimieren. Daneben entstanden weitere Plattformen des fachlichen Austauschs, um die Handlungs- und Verwaltungspraxis zu vereinheitlichen und Transparenz des fachlichen Handelns zu erzielen. Die Nachfragen der Praxis sowie Gespräche mit Jugendämtern verdeutlichen einen großen Bedarf nach Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer sowie Informationen zu ausländerrechtlichen Fragestellungen und zu interkultureller Beratungs- und Betreuungskompetenz. Auch spezifische Themen wie die Traumatisierung von UMA oder ihre Verselbstständigung sind vermehrt gefragt.

Um die Fachkräfte für die spezifischen Themen dieser besonderen Zielgruppe zu sensibilisieren, sie mit entsprechenden Kenntnissen auszustatten und eine interkulturelle Öffnung anzuregen, bieten das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) sowie andere Fortbildungsträger (z.B. RAA, FaZIT) zahlreiche Fortbildungen an. Mit der Förderung von Inhouse-Seminaren wurden Träger und Einrichtungen bei der Er- und Überarbeitung von pädagogischen Konzepten und Angeboten zielgerichtet unterstützt.

Im Oktober 2015 veröffentlichte das MBSJ eine Handreichung zur „Unterbringung, Versorgung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Ausländerinnen und Ausländer in Brandenburg“. Das in regelmäßigen Abständen aktualisierte Dokument enthält u.a. Empfehlungen für Clearingeinrichtungen. Zur Bewältigung der mittelfristig absehbaren fachlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen ist aktuelles empirisches Wissen zu Lebenslagen und Perspektiven der minderjährigen Flüchtlinge dringend notwendig. Im Rahmen der Erarbeitung eines ersten Berichts zu den Auswirkungen der Hilfeleistungen, Maßnahmen und Regelungen nach §§ 24a ff. AGKJHG infolge der Einführung des *Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher* wird gegenwärtig die Unterbringungssituation der UMA im Land Brandenburg, mittels fachgerechter wissenschaftlicher Untersuchung und unter Beteiligung von UMA, bis Ende 2017 durch die Fachhochschule Potsdam sowie das MBSJ, evaluiert. Ferner wurden Handreichungen zu „Jugendhilfe und Kinderschutz in Flüchtlingsunterkünften“ und zur „Kostenerstattung gemäß § 89d SGB VIII“ erarbeitet.

2016 hat das MBSJ eine Empfehlung zur Konzipierung von Projekten ehrenamtlicher Patenschaften für UMA veröffentlicht und darin auch Hinweise zu den organisatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen gegeben. Der Einsatz ehrenamtlicher Patinnen und Paten kann stets nur eine Ergänzung der Arbeit sein, die von den Fachkräften in der Kinder- und Jugendhilfe verantwortet wird. Für die sorgfältige Planung, Organisation und Begleitung des Einsatzes von Patinnen und Paten, dem Aufbau eines Patenpools und der passgenauen Vermittlung sind dementsprechend die rechtlichen Regelungen zur Aufsichts- und Erziehungspflicht zu berücksichtigen. Die Gewinnung, der Aufbau sowie der Einsatz ehrenamtlicher Patenschaften brauchen zudem Zeit und verantwortliche engagierte Fachkräfte, die sich diese zusätzliche Aufgabe zu Eigen machen sowie ein strukturiertes und transparentes Vorgehen.

Angebote der Weiterbildung

Die Integration und Bildung erwachsener Flüchtlinge sind Aufgaben der Weiterbildung. Für die Erwachsenen oder auch jungen Erwachsenen, die ihren Schulbesuch abgeschlossen haben, ist Weiterbildung, insbesondere in der deutschen Sprache, erforderlich, z. B. zur notwendigen Integration in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft. Im Land Brandenburg bieten das viele Weiterbildungseinrichtungen an.

Im Bereich der Bildung von Flüchtlingen, der aktuell vor allem durch Deutsch- und Integrationskurse geprägt ist, sind parallel mehrere Akteurinnen und Akteure tätig. Dazu gehören das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das Land, die Kommunen und zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen. Sie alle tragen zur Qualifikation dieser Zielgruppe bei. Dadurch entfaltet sich eine große Dynamik, aber auch eine gewisse Unübersichtlichkeit, die die notwendigen Planungen auf regionaler Ebene erschweren. Eine gute Abstimmung der verschiedenen Anbieter ist deshalb dringend erforderlich.

Sprachkurse für Erwachsene

Viele Volkshochschulen (VHS) und Weiterbildungseinrichtungen in freier Trägerschaft führen Einstiegskurse Deutsch-als-Fremdsprache als auch Kurse für Fortgeschrittene auf verschiedenen Niveaustufen durch. Diese Angebote umfassen auch die Integrationskurse des BAMF. Die Kurse der VHS wie auch der Weiterbildungseinrichtungen in freier Trägerschaft, die in diesem Bereich neben den VHS aktiv sind, werden aus unterschiedlichen Quellen finanziert: Vom Bund, vom Land, aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und aus kommunalen oder anderen Eigenmitteln.

Das MBSJ fördert seit Mai 2016 „einführende Grundkurse zum Erlernen der deutschen Sprache - Alphabetisierung in der Zweitsprache Deutsch“ für Flüchtlinge ab 16 Jahren, die in ihrem Herkunftsland keine Chance hatten, Lesen und Schreiben zu lernen. Die Kurse haben einen Umfang von 100 Unterrichtseinheiten. Sie werden von fachlich einschlägig qualifizierten Kursleitungen durchgeführt. Im Jahr 2016 förderte das MBSJ insgesamt 33 Grundkurse zur Alphabetisierung im Land Brandenburg.

Politische Bildung zum Thema Asyl/Flucht

Einige Weiterbildungseinrichtungen im Land Brandenburg bieten im Rahmen der vom Land geförderten Grundversorgung Angebote zur politischen Weiterbildung an, z. B. zur Landeskunde von Herkunftsländern, zur Interkulturalität, zu Migration, Flucht, Integration und zum Islam.

Fortbildung für Lehrkräfte

Als genauso wichtig wie die Finanzierung der Kurse wird auch die Fortbildung von Kursleitungen eingeschätzt. Fortbildung und Zusatzqualifikationen sind für bereits aktive Lehrkräfte erforderlich. Zusätzlich müssen weitere Kursleitungen für die Aufgabe der Vermittlung von Deutsch als Zweitsprache (DaZ) qualifiziert werden. Fortbildungsbedarf besteht auch für die Alphabetisierung von Flüchtlingen. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Weiterbildungseinrichtungen wurden Unterstützungsstrukturen aufgebaut. So bietet z. B. das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) seit 2015 regelmäßig Veranstaltungen zur Fortbildung von Kursleitungen zur Alphabetisierung von Flüchtlingen an. Erste Veranstaltungen zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz für die Erwachsenenbildung fanden in 2016 statt, weitere folgen. Ergänzend finden am LISUM Fachtagungen zum Thema "Flucht und Migration, Willkommenskultur und Integration als Aufgaben in der Weiterbildung" statt.

Das MBSJ fördert seit Mai 2016 Weiterbildungsveranstaltungen für die zahlreichen Ehrenamtlichen, die im Land Brandenburg Alphabetisierungs- und Sprachkurse für Flüchtlinge anbieten. Sie müssen geeignete Lern- und Lehrmaterialien auswählen und den Sprachunterricht didaktisch und methodisch gestalten können. In den Lerngruppen kommen Flüchtlinge aus unterschiedlichen Kulturen zusammen. Ehrenamtliche brauchen für diese Aufgabe interkulturelle Kompetenzen. Im Jahr 2016 förderte das MBSJ im Rahmen der Fördergrundsätze 16 Weiterbildungsveranstaltungen für Ehrenamtliche, die im Land Brandenburg Alphabetisierungs- und Sprachkurse für Flüchtlinge anbieten.

Erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Ehrenamtlichen, Kursleitungen und anderen Berufsgruppen verbessert die Sprachangebote und die Integration. Deshalb werden vom MBSJ auch Weiterbildungsangebote gefördert, die diese Zusammenarbeit ermöglichen und qualifizieren. In 2016 förderte das MBSJ Weiterbildungsangebote zur Förderung der Zusammenarbeit im Umfang von insgesamt 22 Veranstaltungstagen.

Landeszentrale für politische Bildung

Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung unterstützt mit ihren Angeboten eine offene, kritische und zugleich respektvolle Debattenkultur im Land Brandenburg. 2016 trat sie für eine Integrationskultur ein, die Dialogfähigkeit, Toleranz und ein menschliches Miteinander stärkt. Sie führte die Debatte darüber weiter, wie sich die Willkommenskultur im Land zu einem Zusammenleben in Vielfalt entwickeln lässt.

Ihre Angebote richteten sich in erster Linie an die Aufnahmegesellschaft und die Unterstützung der zahlreichen ehrenamtlichen Initiativen sowie Akteurinnen und Akteure in Brandenburg. So reagierte die Landeszentrale mit einer Fach- und Dialogtagung am 11. Februar 2016 auf den vielfachen Wunsch freier Träger der politischen Bildung nach einer kritischen Einordnung des Themas in den Kontext steigender rechtsextremer Gewalt gegen Flüchtlingsunterkünfte und der Verbreitung rechtspopulistischer Positionen.

Die Landeszentrale verfolgt einen integrativen Ansatz, der ihre Angebote multiperspektivisch und multimedial miteinander verbindet. Entsprechend wurden 2016 im Buchbereich neue Titel zu den Themen Flucht und Asyl, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus angekauft, die einen direkten Bezug zu Brandenburg herstellten und konkrete Handlungsempfehlungen für die Zivilgesellschaft, die Verwaltung, Kommunalpolitikerinnen und -politiker u.a. bereit hielten. Die vorteilhaften Verlagskonditionen, die sich aus einem gemeinsamen Ankauf verschiedener Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung ergeben, wurden auch anderen Behörden im Land Brandenburg von der Landeszentrale zur Verfügung gestellt.

Im Verlaufe des Jahres erarbeiteten Referentinnen und Referenten der Landeszentrale eine Publikation, die in leicht verständlicher Sprache das politische System in Deutschland und Brandenburg sowie seine Bewohnerinnen und Bewohner beschreibt. Das Buch erschien mit finanzieller Unterstützung des „Bündnisses für Brandenburg“ Ende 2016 unter dem Titel „Willkommen in Brandenburg. Ein Land stellt sich vor“. Es richtet sich in erster Linie an Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist und soll eine Brücke für das Verstehen zwischen denen sein, die in Brandenburg eine neue Heimat suchen und denen, die schon hier leben.

Im Bereich der Förderung freier Träger der politischen Bildung bildeten 2016 Vorhaben, die eine Integrationskultur in dem oben skizzierten Rahmen stärkten, einen Förderschwerpunkt der Landeszentrale. Fast die Hälfte der für die Förderung verfügbaren Haushaltsmittel floss in Projekte, die Willkommens- und Integrationsinitiativen unterstützten sowie der Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt dienten. Im Internet wurden diese Themen mit Beiträgen auf dem Facebook-Account der Landeszentrale sowie mit Hintergrundinformationen zur Situation in Brandenburg auf ihrer Webseite begleitet.

Mit ihrer Ausstellung „Pizza aus Polen“ stellte die Landeszentrale zudem ein niedrigschwelliges Bildungsangebot zur Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Hass bereit. Die Darstellung der lebendigen Nachbarschaft von Polen und Deutschen in der Uckermark regte zur Debatte an und steht in den kommenden Jahren auch als Wanderausstellung zur Verfügung. Die Entwicklung von Formaten für die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung, die eine demokratische Debattenkultur und Wertegemeinschaft befördern, bildet einen dauerhaften Schwerpunkt in der Arbeit der Landeszentrale.

Kindertagesstätten

Beteiligung und Partizipation von Anfang an sind unerlässlich für das Hineinwachsen in eine demokratische Gesellschaft und deshalb im Kindertagesstättengesetz (KitaG) des Landes Brandenburg strukturell verankert: Die Kindertagesstätten im Land Brandenburg haben gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 3 des Kita-Gesetzes insbesondere die Aufgabe, *„die Eigenverantwortlichkeit und Gemeinschaftsfähigkeit der Kinder zu stärken, unter anderem durch eine alters- und entwicklungsgemäße Beteiligung an Entscheidungen in der Einrichtung“*. Damit fordert das Kita-Gesetz die Beteiligung der Kinder an Entscheidungen, die sich auf ihr alltägliches Leben auswirken.

Die gemäß § 3 Absatz 1 KitaG für alle Kitas verbindlichen Grundsätze elementarer Bildung konkretisieren den rechtlichen Rahmen. So wird z.B. im Bildungsbereich *„Soziales Leben“* ausgeführt: *„Das Zusammenleben in altersgleichen und altersgemischten Kindergemeinschaften ermöglicht es Mädchen und Jungen, ihre Einzigartigkeit zu entdecken. Das Wissen um die eigene Persönlichkeit entwickelt sich, indem sich die Kinder mit anderen austauschen, mit ihnen spielen und mit ihnen streiten. Besondere Bedeutung kommt dabei den gleichaltrigen Spielpartnern zu. Im sozialen Zusammensein mit anderen Kindern erkennt das einzelne Kind Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen sich selbst und den anderen, es lernt andere anzuerkennen und erfährt selbst Anerkennung. Hier liegen die Voraussetzungen für das Erlernen von Demokratie und den vorurteilsbewussten Umgang mit anderen sowie für das Akzeptieren von Werten, religiösen Orientierungen und Weltanschauungen.“* Wie das in jeder Kita umgesetzt wird, ist in der pädagogischen Konzeption nach § 3 Absatz 3 des Kita-Gesetzes zu beschreiben.

Dabei ist es vorrangig die Art und Weise, wie mit Willensäußerungen der Kinder umgegangen wird, die die Entwicklung von Eigenverantwortlichkeit und Gemeinschaftsfähigkeit beeinflusst: *„Vorher und zuerst ist Beteiligung jedoch: Mit dem Kind reden, Zuhören; dem, was es sagt, Gewicht geben“*, sagte der Soziologe Prof. Dr. Lothar Krappmann auf der Horttagung im Februar 2012 in Blossin und macht damit neben den partizipativen Beteiligungsformen auf die Bedeutung der Haltung zu den Kindern aufmerksam. Erfahren Kinder selber Anerkennung, so können sie auch andere anerkennen; wird ihnen mit Respekt begegnet, lernen sie, andere zu respektieren.

Von großer Wirksamkeit ist also weniger die bloße Vermittlung von Normen und Werten, sondern vor allem das tägliche Umsetzen und Vorleben dieser Werte. Entsprechend formuliert § 4 Absatz 2 Satz 1 KitaG auch: *„Die demokratische Erziehung der Kinder setzt die Beteiligung von Eltern und sonstigen Erziehungsberechtigten, Erziehern und Erzieherinnen an allen wesentlichen Entscheidungen der Tagesstätten voraus und verlangt das demokratische Zusammenwirken aller Beteiligten.“*

Bei ihren Bemühungen, die Bildungs- und Beteiligungsqualität in ihren Einrichtungen zu verbessern, werden die Fachkräfte kontinuierlich durch Veröffentlichungen und Materialien des MBSJ und das Fortbildungsangebot des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstituts Berlin-Brandenburg (SFBB) unterstützt. Fragen der Beteiligung sind dort in vielfältiger Form präsent und eine Reihe von Veranstaltungen widmet sich unmittelbar den Themen *„Demokratie leben“* und *„Partizipation“*.

Es erfordert besondere Anstrengungen von den Kommunen und den Kita-Teams, unterschiedliche Nationen, Kulturen und Sprachen, geringe Deutschkenntnisse von Kindern und Eltern sowie mitunter traumatisierte Kinder zu berücksichtigen und diesen gerecht zu werden. Daher werden auch Themen wie der Umgang mit unterschiedlichen Kulturen und Sprachen, die Gestaltung eines integrativen Settings, der vorurteilsfreien Erziehung oder die Elternarbeit derzeit vermehrt im SFBB angeboten. Die zusätzlichen Angebote für Fachkräfte, die mit Kindern und Jugendlichen aus Flüchtlings- und Asyl suchenden Familien arbeiten, wurden im Jahr 2016 durch das MBS mit 70.000 Euro gefördert.

Über das Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zu Welt ist“ werden Fachkraftstellen zur Unterstützung der Teams bei der alltagsintegrierten sprachlichen Bildungsarbeit, bei den Themen Integration und Inklusion sowie Elternarbeit gefördert. Mit einer kontinuierlichen Begleitung durch eine externe Fachberatung werden die Einrichtungen in ihrer Qualitätsentwicklung gestärkt. Im Land Brandenburg werden rund 220 halbe Stellen gefördert; Kitas in allen Landkreisen und kreisfreien Städten nehmen an dem Programm teil. Auch die Sprachberaterinnen und –berater aus dem Landesprogramm „Sprachberatung“ (seit 2012 1,4 Mio €/Jahr) werden vermehrt zu Fragen der sprachlichen Integration von Kindern aus Flüchtlings- und Asyl suchenden Familien hinzu gezogen und unterstützen die Teams am Arbeitsplatz.

Das vom MBS geförderte und finanzierte Projekt „Qualifizierung von Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund für die pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Brandenburg“ knüpft zum einen an den erhöhten Fachkräftebedarf im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und zum anderen an den Zuwachs an geflüchteten Menschen im Land an. Diese Personen suchen und brauchen eine Orientierung über und eine Integration in den Arbeitsmarkt und können gleichzeitig ihrerseits einen Beitrag zur Integration von geflüchteten Kindern, Jugendlichen und ihren Familien leisten. Drei erfahrene Bildungsträger bieten einen modularisierten Orientierungskurs für geeignete Flüchtlinge an, die sich für ein soziales oder pädagogisches Berufsbild interessieren. Je nach Schul- und Ausbildung der Teilnehmenden kann der Kurs in bereits bestehende Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sowie in die praktische Arbeit in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung einmünden. Zugleich ist durch die Öffnung der Kita-Personalverordnung im Jahr 2010 der Einsatz von Menschen mit Migrationshintergrund ohne entsprechenden Berufsabschluss, z.B. zur Ergänzung des Einrichtungsprofils, im Rahmen des notwendigen pädagogischen Personals möglich.

Es ist vom Einzelfall und von den örtlichen Gegebenheiten abhängig, ob eine klassische Kitabetreuung für Kinder aus Flüchtlings- und Asyl suchenden Familien von Anbeginn geeignet ist. Eine auch zeitweise Trennung von Eltern und Kindern kann für viele Familien, insbesondere die Kinder, problematisch sein. Deshalb können gemeinsame Bildungs- und Begegnungsangebote wie Eltern-Kind-Gruppen an Kitas oder Gemeinschaftsunterkünften das wirksamere und finanziell günstigere preiswertere Mittel sein. In Anbetracht der hohen Fluktuation der Familien können diese Gruppen ein Angebot sein, das einerseits die Regelsysteme entlastet, andererseits den Übergang in das Regelsystem in einem überschaubaren Rahmen vorbereitet und unterstützt (Brückenangebot). Eltern-Kind-Gruppen werden ebenso wie die Betreuung in Kitas im Rahmen des Kitagesetzes vom Land unterstützt. Auch die Ausstattung der Eltern-Kind-Gruppen, in denen neu zugewanderte Kinder betreut werden, wird vom Land gefördert.

Schule

Bildungsangebote in der EAE

Die Vorbereitung auf den Schulbesuch, insbesondere die Sprachförderung der Kinder und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter wird bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) für die Flüchtlingskinder organisiert. Hier bietet das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (MBS) seit dem Schuljahr 2013/2014 speziell entwickelte Sprachförderkurse an und stellt dafür die Lehrkräfte zur Verfügung.

An den in der Regel täglich 4-stündigen Förderkursen mit drei Stunden für Sprache und eine Stunde für Kunst, Musik und Sachunterricht nehmen zahlreiche Kinder und Jugendliche teil. Durch die Teilnahme erhalten die Kinder und Jugendlichen erste Sprach- und Kulturkenntnisse schon vor Aufnahme in eine Schule des Landes Brandenburgs. Wenn die Kinder und Jugendlichen die EAE verlassen, erhalten sie – unter der Voraussetzung der Teilnahme an den Förderkursen – ein Portfolio. Dieses hilft den aufnehmenden Schulen für eine bestmögliche Integration der Schülerinnen und Schüler.

Schule in Kommunen

Die konkrete Unterstützung der Schulen bei der Beschulung fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler erfolgt auf Grundlage der Eingliederungsverordnung (EingV). Entsprechend dieser Verordnung können Schulen im Rahmen ihrer personeller und schulorganisatorischer Voraussetzungen Förderkurse und/oder Vorbereitungsgruppen einrichten. Der Unterricht in Vorbereitungsgruppen dient vorwiegend dem intensiven Erlernen der deutschen Sprache, der Alphabetisierung und der Vorbereitung auf die vollständige Teilnahme am Regelunterricht sowie der durchgängigen Sprachförderung und der sozialen Integration. Der Unterricht in Förderkursen dient in der Regel der Weiterentwicklung deutscher Sprachkenntnisse. Dieser Unterricht kann auch dazu genutzt werden, fehlende Kenntnisse in den Unterrichtsfächern auszugleichen.

Der Sprachunterricht erfolgt nach Möglichkeit durch speziell ausgebildete Lehrkräfte. Das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) bietet seine 2014 gestartete Fortbildungsreihe „Lehrerqualifizierung zur Begleitung und Förderung des Zweitspracherwerbs von Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund“ im Schuljahr 2016/2017 bereits in einem dritten Durchlauf an. Gegenwärtig befinden sich etwa 130 Lehrkräfte in dieser Qualifizierung. Die ersten Lehrkräfte haben die zertifizierte Fortbildung im Sommer 2016 abgeschlossen. Um den hohen Bedarf an dieser Qualifizierung zu decken, hat das LISUM sein Ausbildungskonzept entsprechend den gemachten Erfahrungen und unter Mitwirkung der Universität Potsdam modifiziert und zur weiteren Verwendung dem An-Institut der Universität Potsdam, WiB e.V. (Weiterbildung im Bildungsbereich), zur Verfügung gestellt. Von Oktober 2016 bis März 2018 können somit weitere 300 Lehrkräfte berufsbegleitend qualifiziert werden.

Berufliche Bildung

Berufsschulpflichtige Geflüchtete in Bildungsgängen der Berufsschule, z.B. Jugendliche mit einem Ausbildungsvertrag, haben einen Anspruch auf Förderung beim Erlernen der deutschen Sprache, d.h. wie bei anderen Schulformen besteht auch an Oberstufenzentren (OSZ) die Möglichkeit zur Einrichtung schulübergreifender Kurse bzw. Gruppen. Berufsschulpflichtige Jugendliche ohne Ausbildungsplatz und ohne ausreichende Deutschkenntnisse werden im zweijährigen Bildungsgang der Berufsfachschule zum Erwerb beruflicher Grundbildung und von gleichgestellten Schulabschlüssen der Sekundarstufe I (BFS-G-Plus) an OSZ beschult. Der Unterricht beinhaltet u. a. allgemeinbildende Fächer wie Deutsch, Mathematik, Sport und Politische Bil-

derung sowie berufliche Orientierung. Die Schülerinnen und Schüler dieses Bildungsganges können einen gleichgestellten Abschluss der Sekundarstufe I erwerben und werden auf den Übergang in Ausbildung vorbereitet. Unterstützt wird das durch eine systematische Verzahnung des Bildungsganges mit Förderinstrumenten der Bundesagentur für Arbeit. Für jugendliche Ausländerinnen und Ausländer bestehen beim Berufseinstieg mehrere Fördermöglichkeiten für Berufsorientierungsmaßnahmen, Berufseinstiegsbegleitung und Einstiegsqualifizierung. In berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit können am OSZ, entsprechend dem unterschiedlichen Bedarf an schulischer Förderung, eigene Klassen oder Lerngruppen gebildet werden.

Koordinierung und Information der beteiligten Akteurinnen und Akteure

Für die Zusammenarbeit aller Akteurinnen und Akteure in den Kommunen, Schulen, Einrichtungen der Jugendhilfe und der regionalen Schulaufsicht bedarf es einer regelmäßigen Kommunikation und der Weiterleitung der Informationen bspw. zur Schulanmeldung, an alle beteiligten Akteurinnen und Akteure mit dem Ziel ein für alle Betroffenen einheitliches Verfahren sicher zu stellen. Dass dabei auch lokal bestmögliche Lösungswege zu finden sind, steht hierbei außer Frage.

Brandenburgs Schulen in öffentlicher Trägerschaft erhalten vom MBS regelmäßig umfangreiche Informationen und unterstützende Materialien für die Beschulung von Flüchtlingskindern. Dazu zählt beispielsweise eine umfangreiche Materialsammlung. Diese enthält neben Schreiben des MBS u.a. zu den Regelungen zur Aufnahme der Kinder und Jugendlichen auch umfangreiche Informationen zu Anforderungen durch Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens. Diese Sammlung hilfreicher Informationen wird laufend ergänzt und der aktuellen Entwicklung angepasst.

Auf große Resonanz stieß das gemeinsam vom MBS und „Bündnis für Brandenburg“ organisierte Dialogforum „Integration durch Bildung gestalten“, das am 28. November 2016 in Potsdam stattfand. Mehr als 250 Bürgerinnen und Bürger waren der Einladung ins Hasso-Plattner-Institut gefolgt, um mit Mitgliedern der Landesregierung, Integrationsexperten, Wissenschaftlern und Vertretern aus Institutionen zahlreicher Landkreise und Städte über Herausforderungen und konkrete Problemstellungen bei der Integration von Flüchtlingen und der Vermittlung von Bildung für Asylbewerberinnen und -bewerber zu diskutieren.

Sport

Sportvereine sind durch ihre ehrenamtlichen Strukturen und ihr solidarisches Selbstverständnis in besonderer Weise geeignet, Geflüchteten schnell und unbürokratisch humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. Sie können auf Basis des allgemein verbreiteten Bedürfnisses nach Bewegung und körperlicher Betätigung unkompliziert Zugang zu Menschen gewinnen. Denn im Sport sind Sprache, Herkunft, Religion und sozialer Status eher von nachgeordneter Bedeutung. Vor diesem Hintergrund hatte das MBS bereits unabhängig vom Landtagsbeschluss „Toleranz und Weltoffenheit erhalten – Rechtsextremismus bekämpfen“ vom 12. Juni 2015 den Mitteleinsatz für das seit zwei Jahrzehnten bestehende Projekt „Integration durch Sport“, realisiert von der Brandenburgischen Sportjugend im Landessportbund e. V., aufgrund der absehbaren Flüchtlingsbewegungen seit dem Jahr 2013 schrittweise erhöht. Dabei werden Sportvereine mit Zuschüssen für Übungsleitungen, Sportgeräte, Transportkosten etc. jährlich mit 500,- bis 1.000,- EUR unterstützt, wenn sie vorrangig Kinder und Jugendliche regelmäßig bewegungsorientiert betreuen.

Anders als in den Medien über Integrationsmaßnahmen mit sportlichem Hintergrund berichtet, beschränkt sich dieses Förderprogramm nicht allein auf die Zielgruppe junger Erwachsener in der Sportspielart Fußball, sondern berücksichtigt Kinder vom Kita- bis zum Jugendalter (und dabei vor allem die meist vernachlässigte Zielgruppe der Mädchen) prioritär. So wurden im Jahr 2015 u.a. Bewegungsangebote für Flüchtlingsfamilien in Oranienburg, in den Unterkünften Waßmannsdorf (Mädchenfußball) bzw. Caputh (Laufen und Kinderfußball), in Neuruppin (Kindertanz) und in Potsdam (Inline-Hockey für Kinder bei den Potsdamer Polarsternen) gefördert. Für das Jahr 2016 erfolgt die Projektauswahl mit Schwerpunktsetzung für die Zielgruppe von Kindern wiederum in Abstimmung zwischen der Brandenburgischen Sportjugend und dem MBS.

Hinzuweisen ist zudem auf eine pauschale Unfall- und Haftpflichtversicherung des Landessportbundes Brandenburg mit der Feuerversicherung Berlin/Brandenburg. Damit sind Asylbewerberinnen- und -bewerber sowie Geflüchtete bei ihren sportlichen Aktivitäten in den brandenburgischen Sportvereinen versichert

5.3 Ministerium der Finanzen

Klare Signale für Vielfalt und Toleranz sowie eine lebendige Willkommenskultur hat das Ministerium der Finanzen auch im Jahr 2016 gesendet. Nachdem in den vergangenen Monaten die Flüchtlingszahlen weiter zurückgingen, die Angekommenen hier heimisch wurden, wollten wir umso mehr für ein buntes und vielfältiges und damit lebenswertes Brandenburg werben. Die nunmehr seit 2011 erfolgreichen Graffiti-Aktionen für ein tolerantes Brandenburg sind dafür nur ein Beispiel. Auch die beständige Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg wurde erfolgreich fortgesetzt.

So standen Toleranz, Vielfalt und Demokratie auch im Mittelpunkt des gemeinsamen Auftritts von Finanzministerium, Fachhochschule für Finanzen und der Jugendwerkstatt Hönow beim Brandenburg Tag 2016 in Hoppegarten. Am Gemeinschaftsstand auf der Aktionsfläche rund um das historische Auktionshaus präsentierten sich zudem die Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg/Bündnis für Brandenburg sowie das Internetportal HelpTo.

Unter dem Titel „Buntes Brandenburg – Unser Zeichen für ein weltoffenes, tolerantes Land“ gab es zahlreiche Angebote für die Besucherinnen und Besucher, um gemeinsam ins Gespräch zu kommen und eine offene und fröhliche Atmosphäre für alle Generationen zu ermöglichen. So konnten die Besucherinnen und Besucher des Landesfestes als ganz persönliches Zeichen der Toleranz ihren bunten Händeabdruck hinterlassen. An der Aktion beteiligten sich auch Politikerinnen und Politiker, Mitglieder der Landesregierung sowie Prominente z.B. der Musiker Peter Meyer von den Puhdys, der auch live auf der Bühne zu erleben war.

Die Mitmachaktion war bereits bei früheren Veranstaltungen vom Finanzministerium mit großem Erfolg durchgeführt worden und ist inzwischen ein fester Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit des Hauses. Zum Abschluss wurde als Symbol für das „Bunte Brandenburg“ ein Teil dieser Wandfläche an den Bürgermeister der Gemeinde, Karsten Knobbe, überreicht.

Angeknüpft wurde auch an eine lange Tradition, in der unsere Graffiti-Projekte inzwischen stehen – erinnert sei hier an die Graffiti-Aktion im Jahr 2011 am Bauzaun des Landtagsneubaus. Wir haben erneut junge Brandenburger Künstlerinnen und Künstler dazu eingeladen, ihr Bild von Brandenburg in einem Graffiti-Kunstwerk zu hinterlassen. Und so entstand während des Festwochenendes vor den Augen der Besucherinnen und Be-

sucher ein mehr als 100 Meter langes Bild zum Thema „Buntes Brandenburg“. Die Künstlerinnen und Künstler kamen dabei mit den Gästen ins Gespräch, stellten sogar in einer kleinen Ausstellung den speziellen Bereich Graffiti in der Jugendkultur vor und fanden viel Anerkennung für ihr Großprojekt. Auch das Interesse an den Graffiti-Workshops, die an beiden Veranstaltungstagen angeboten wurden, war groß. Kinder und auch Erwachsene hinterließen mit Sprühfarben ihr persönliches Bild von einem bunten Brandenburg in Hoppegarten. Der gesamte Auftritt des Finanzministeriums wurde auf einer eigenen Facebook-Seite kontinuierlich öffentlichkeitswirksam begleitet. Fotos und Videos von der Veranstaltung können dort eingesehen werden: <https://de-de.facebook.com/208MeterToleranz>

Lottomittel für Antidiskriminierung

Bereits in der ersten Jahreshälfte überreichte Brandenburgs Finanzstaatssekretärin einen Scheck an Nadja Hitzel-Adelhamid und Judith Porath vom Verein Opferperspektive e. V. in Potsdam. Mit den Lottomitteln wurde das Projekt „Antidiskriminierung im Land Brandenburg auf die Agenda setzen!“ gefördert. Bereits seit 1998 berät und betreut die Beratungsstelle Opfer von rassistischer Diskriminierung in Brandenburg. Der Verein klärt über rechte Gewalt auf und setzt sich für die Interessen von Betroffenen ein.

Bildung und Begegnung

Lottomittel in Höhe von 25.000 EUR wurden im November durch den Finanzminister an den Verein Schloß Trebnitz Bildungs- und Begegnungszentrum übergeben. Mit folgenden Worten begründete der Finanzminister die Auswahl des Vereins bei der Übergabe: „Der Verein leistet mit seinen Bildungsangeboten und interkulturellen Jugendbegegnungen einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Er fördert nicht nur die Selbstbestimmung und Kritikfähigkeit von Kindern und Jugendlichen, sondern vermittelt ihnen auch einen toleranten und respektvollen Umgang mit ihren Mitmenschen. Diese Eigenschaften sind in unserer modernen Gesellschaft für ein erfolgreiches und erfülltes Zusammenleben unverzichtbar. Es freut mich, mit den Lottomitteln dazu beizutragen, dass diese Arbeit in Zukunft erfolgreich fortgeführt und weiter ausgebaut werden kann“.

Der Verein Schloß Trebnitz Bildungs- und Begegnungszentrum bietet seit 1992 Projekte der kulturellen und politischen Bildung für Kinder und Jugendliche an. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf internationalen Austauschprojekten vor allem mit Polen und anderen osteuropäischen Staaten. Seit Juli 2016 hat der Verein zudem die Aufgabe des Partnerschaftsbeauftragten des Landes Brandenburg für die Region Wielkopolska/Großpolen übernommen.

Musik und Miteinander

Über einen finanziellen Beitrag – ebenfalls aus Lottomitteln – freuten sich auch die Kinder der Potsdamer UNESCO-Projektschule am Humboldttring für ihren Chor. Für das musikalische Projekt, das sich aktiv um das Miteinander von Kindern mit und ohne Flüchtlingserfahrung, von Kindern mit und ohne Förderschwerpunkt kümmert, wurde das Geld eingesetzt. Dabei lernen die Kinder der neu gestarteten Willkommensklasse spielerisch Deutsch und ihre Altersgenossen kennen. Kinder aus Potsdamer Familien lernen etwas über die Kultur und Erfahrungen von Kindern aus Flüchtlingsfamilien aus ganz verschiedenen Nationen. Und schon in der Vorweihnachtszeit konnten die ersten Ergebnisse dieses Projekts gezeigt werden. In der Potsdamer Nikolaikirche wurde unter dem Titel „Weihnachten in aller Welt“ ein sicht- und vor allem hörbares Zeichen für ein friedliches Miteinander gesetzt.

5.4 Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz

Die Brandenburgische Justiz setzt weiterhin klare Signale gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die von entsprechenden Maßnahmen begleitet werden. Um die verwaltungsgerichtlichen Asylverfahren und um Vormundschaftsangelegenheiten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufzufangen, wurde der gerichtliche Geschäftsbereich im Jahr 2015 mit insgesamt 32 zusätzlichen Stellen ausgestattet. Die betroffenen Gerichtsbarkeiten wurden insoweit gezielt gestärkt, um auch im Sinne der Betroffenen ein zügiges Verfahren zu garantieren und schnell Rechtssicherheit bezogen auf den Aufenthaltsstatus herstellen zu können.

Auch die Staatsanwaltschaften des Landes leisten nach wie vor einen wesentlichen Beitrag, um rechtsmotivierten Straftaten und speziell auch der „Hasskriminalität im Internet“ mit den Mitteln des Rechtsstaats zu begegnen. Im Sinne von Betroffenen ist es wichtig zu zeigen, dass der Rechtsstaat in der Lage ist, schnell und entschlossen zu reagieren und sie vor weiteren Taten zu schützen. Brandenburg profitiert weiterhin von langjährig etablierten Strukturen, die eine gezielte Bearbeitung von rechtsmotivierten Straftaten in entsprechenden Sonderdezernaten durch erfahrene Staatsanwältinnen und Staatsanwälte vorsehen. Die Bekämpfung der Propagandadelikte im Internet erfolgte auch im Berichtszeitraum weiterhin zentral durch die hierauf spezialisierte Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Cottbus.

Zur Stärkung des demokratischen Rechtsbewusstseins junger Menschen führt die Justiz des Landes Brandenburg bereits seit vielen Jahren regelmäßige rechtskundliche Arbeitsgemeinschaften und Informationsveranstaltungen an Brandenburger Schulen durch. Im Schuljahr 2015/2016 haben Brandenburgische Richterinnen und Richter, bzw. Staatsanwältinnen und Staatsanwälte an 23 Schulen entsprechende Lehreinheiten erteilt. Im Schuljahr 2016/2017 gibt es an 28 Schulen entsprechende Angebote. Im Rahmen dessen wurden gezielt auch Erscheinungen des Rechtsextremismus und deren Strafbarkeit thematisiert sowie Jugendliche für diese Problematik sensibilisiert. Auf diese Weise wird bei Schülerinnen und Schülern die Herausbildung einer weltoffenen, demokratischen Grundhaltung gefördert und mehr Verständnis für Menschen geschaffen, die Schutz vor Verfolgung und Lebensgefahr in unserem Rechts- und Wertebereich suchen. Der Rechtskundeunterricht ist ein aktiver Beitrag zum Abbau von Vorurteilen und zur Förderung der Toleranz.

Der Justizbereich ist darüber hinaus bemüht, die Integration der Flüchtlinge durch Heranführung an unser Rechtssystem zu fördern und ihnen ebenfalls entsprechende Lehrangebote zu unterbreiten. Die Vermittlung unseres Rechts- und Wertesystems fördert das gegenseitige interkulturelle Verständnis und hilft den Schutzsuchenden, sich leichter im deutschen Rechtsalltag zurechtzufinden. Am 23. Februar 2016 wurde zwischen dem Amtsgericht Königs Wusterhausen, dem Landkreis Dahme-Spreewald und der örtlichen Polizeiinspektion das Präventionskonzept „Sichere Flüchtlingsheime“ unterzeichnet, das auch die Vermittlung von Kenntnissen bezogen auf das hiesige Rechtssystem beinhaltet. Zur Umsetzung dieses Ziels wurde am 16. März und am 2. Juni 2016 ferner das Modul „Rechtsstaat und Grundgesetz“ in den Flüchtlingsunterkünften Egsdorf und Wernsdorf mit jeweils größeren Gruppen von Bewohnerinnen und Bewohnern durchgeführt.

Im Bereich der Europapolitik wurden im Rahmen der sogenannten „Strategischen Partnerschaft“ der Länder durch das Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin und in Zusammenarbeit mit dem „Bündnis für Brandenburg“ im Herbst 2016 fünf Bürgerdialoge und eine Fachveranstaltung zum Thema „Geflüchtete und Flücht-

ursachen: Was unternimmt die EU und was haben wir damit zu tun?“ durchgeführt. Diese fanden dezentral in Eberswalde, Frankfurt (Oder), Senftenberg und Neuruppin statt. Der letzte Bürgerdialog in Potsdam folgte auf eine eintägige Fachveranstaltung zum Thema. Besonders wichtig war die Einbindung vieler Akteurinnen und Akteure aus der Region Berlin-Brandenburg, insbesondere:

- Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburg e. V.
- Industrie- und Handelskammer Potsdam
- Evangelische Akademie zu Berlin
- Kirchlicher Entwicklungsdienst Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
- Europe Direct Informationszentren im Land Brandenburg
- World University Service Deutschland e. V.
- Stiftung Nord-Süd-Brücken
- Stiftung Partnerschaft mit Afrika
- Round Table Entwicklungspolitik LAND Brandenburg (Steuerungsgruppe)
- Europäische Bewegung Deutschland e. V.
- Deutsche Gesellschaft e. V.
- Landeshauptstadt Potsdam.

Diese Kooperation und das Engagement verschiedener Akteurinnen und Akteure mit unterschiedlichen Erfahrungen zu einem spezifischen Themenkomplex knüpfte damit an die erfolgreiche erste interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Kommunikationsarbeit im Rahmen des EU-Entwicklungsjahres 2015 an.

Im Rahmen der Koordinierung der EU-Förderung im Land Brandenburg hat der „Gemeinsame Begleitausschuss Brandenburg Förderperiode 2014-2020“ (BGA) in seiner 5. Sitzung am 10. November 2015 die Möglichkeiten zur Bewältigung der Flüchtlingskrise unter Einbeziehung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF, d. h. EFRE, ESF und ELER) erörtert. Dabei kam zum Ausdruck, dass die ESIF – insbesondere im Bereich ESF – einige Ansatzpunkte für die Unterstützung und Integration von Geflüchteten bieten, auch wenn die Förderprogramme nicht spezifisch auf diese Problematik ausgerichtet sind, da sie der längerfristigen Strukturentwicklung der Union als Ganzes dienen. Insgesamt ist der BGA der Auffassung, dass die Möglichkeiten, die im Rahmen der von der EU-Kommission genehmigten ESIF-Programme für die Bewältigung der Flüchtlingskrise bestehen, auch genutzt werden sollten.

Auch aus dem Bereich Verbraucherschutz kommen wichtige Impulse für die notwendige schnelle Integration der hier Schutzsuchenden in Form praktischer Unterstützung, sich in einer zunächst fremden Umgebung zurechtzufinden: Tagtäglich werden Flüchtlinge in Brandenburg u.a. mit Problemen des Konsumalltags konfrontiert. Die Integration von geflüchteten Menschen bringt es mit sich, dass diese eine Wohnung mieten, einen Mobilfunkvertrag schließen oder ein Bankkonto eröffnen. Dabei ist auch der Verbraucherschutz für Geflüchtete ein wichtiges Thema. Die Landesregierung unterstützt die Verbraucherberatung von Flüchtlingen, Helferinnen und Helfern vor Ort. Die Verbraucherzentrale Brandenburg e. V. ist hierbei eine wichtige Ansprechstelle. Durch die Erarbeitung und Abstimmung eines entsprechenden Projekts sollen die Koordinierung von Aktivitäten und die Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren gestärkt sowie die Kompetenzen und das Verbraucherverhalten der geflüchteten Menschen im deutschen Konsumalltag verbessert werden. Bei konkreten Verbraucherproblemen soll eine geeignete Beratung ermöglicht werden.

5.5 Ministerium des Innern und für Kommunales

Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus i. V. mit der Asyl- und Flüchtlingsthematik

Die Herausforderung im Kampf gegen Rechtsextremismus bleibt nicht nur in ihrer Komplexität eine Konstante in der Schwerpunktsetzung polizeilicher Maßnahmenpakete, sie ist es auch fortgesetzt in ihrem Aufkommen. Unter allen extremistischen Erscheinungsformen stellt der Rechtsextremismus für Brandenburg unter Berücksichtigung der Fallzahlenentwicklung weiterhin die größte konkrete Herausforderung dar. Die Gesamtzahl der politisch rechtsmotivierten Straftaten hat sich im Jahr 2016 mit 1.664 Fällen gegenüber dem Vorjahr noch einmal erhöht (2015 = 1.581 Fälle, 2014 = 1.281 Fälle). Im Bereich der rechten Gewaltstraftaten setzte sich der seit 2014 steigende Trend 2016 ebenfalls mit 167 zu konstatierenden Fällen fort (2015 = 129 Fälle, 2014 = 73 Fälle).

Durch die weiterhin anhaltende Asyl- und Flüchtlingssituation verbinden sich Herausforderungen, die in ihrer Dimension zeitlich noch nicht sehr weit zurückliegen. Auch wenn zwischenzeitlich auf diese Situation zugeschnittene Maßnahmen konzipiert und umgesetzt wurden, bleibt ein großes Handlungsfeld für viele Akteurinnen und Akteure im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, Ausgrenzung und Intoleranz.

Bei Angriffen auf Asylunterkünfte wurden für das Jahr 2016 im Bereich politisch rechts motivierter Kriminalität 72 Straftaten registriert - im Jahr 2015 waren es noch 67 Straftaten. Lediglich bei den Gewaltdelikten in diesem Phänomenbereich war ein leichter Rückgang im Vergleich zu 2015 von 15 auf 10 Fälle festzustellen.

Die Ausdifferenzierung zwischen Asylgegnerinnen und -gegner sowie Asylbefürwortenden führt im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität auch weiterhin zu einer latenten Radikalisierung des bereits bestehenden gesellschaftlichen Diskurses. Bei den Protesten gegen die Aufnahme von Flüchtlingen ist wahrzunehmen, dass die Grenzen zwischen bürgerlichen Protesten und rechtsextremistischen Agitationsformen zunehmend verschwimmen. Die rechtsextremistische Szene wächst kontinuierlich, die Gewaltbereitschaft nimmt zu, nutzt die Stimmungslage und ist bemüht, ideologisch und steuernd bürgerliche Protest-Strukturen zu unterwandern. Zugleich ist ein deutlicher Vertrauensverlust in das staatliche, demokratische Gefüge erkennbar. Auch hierfür erschließen sich für Rechtsextremisten neue Anbindungsmöglichkeiten an die bürgerliche Mitte. Die Anzahl von Straftaten - insbesondere Beleidigungen und Nötigungen - gegen politisch Verantwortliche nimmt ebenfalls zu. In diesem Bereich sind jedoch auch vermehrt Aktionen und Straftaten der linken Szene gegen Rechte, politisch Verantwortliche und die Polizei zu konstatieren.

Hier zeichnet sich ein Bild mit klarer Aussage: Der Kampf gegen Rechtsextremismus fordert in Brandenburg die historisch gefestigten Strukturen der Gemeinschaft von Sicherheitsbehörden, Zivilgesellschaft und Wissenschaft mehr denn je! Nunmehr gilt es, sich unvermindert diesen Herausforderungen im Schulterschluss zu stellen und weiterhin nicht in den Anstrengungen nachzulassen. Dass es sich bei dem breit gefächerten Problemfeld „Rechtsextremismus“ und „Fremdenfeindlichkeit“ um ein dynamisches Phänomen handelt, ist der Polizei bewusst. Die ergriffenen Maßnahmen werden daher auch unter Einbeziehung von Zivilgesellschaft und Wissenschaft permanent weiterzuführen und fortzuentwickeln sein.

Der 2. Parlamentarische Untersuchungsausschuss der 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags zum Nationalsozialistischen Untergrund (2. PUA) hatte deutlich die Versäumnisse der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden in seinem umfassenden Abschlussbericht herausgearbeitet und nachdrücklich auf die vom

Rechtsextremismus ausgehenden Gefahren verwiesen, die nicht unterschätzt werden dürfen. Bund und Länder haben zeitnah nach Aufdeckung des NSU und damit bereits parallel zu den Untersuchungen des 2. PUA begonnen, zentrale Maßnahmen zur Verbesserung der Bekämpfung rechtsextremistischer, insbesondere militant rechtsextremistischer bzw. terroristischer Aktivitäten, umzusetzen. Tragende Bestandteile dabei sind die verbesserte Kooperation und ein noch engerer Informationsaustausch zwischen Polizei und Nachrichtendiensten sowie der Ausbau der Analyse- und Auswertemöglichkeiten. Im Hinblick auf die 21 ausdrücklich an die Polizei gerichteten Handlungsempfehlungen des 2. PUA zum NSU-Komplex hat die Polizei des Landes Brandenburg größtenteils die Umsetzung vollzogen. Dies erstreckt sich in seiner Komplexität auf die umfangliche Sensibilisierung im Phänomenbereich des Rechtsextremismus.

Der intensive und spürbare Verfolgungsdruck der Polizei auf nicht tolerierbare, rechtsmotivierte Angriffe muss bleiben. Für die Erfüllung der damit verbundenen spezifischen Aufgabe hält die Brandenburger Polizei spezialisierte und fortgebildete Kräfte des Polizeilichen Staatsschutzes vor und wurde personell verstärkt. Im Zusammenhang mit fremdenfeindlichen und rechtsmotivierten Delikten werden darüber hinaus besondere Ermittlungsgruppen für herausgehobene Sachverhalte eingerichtet, damit durch gebündelte fachliche Kompetenz und Fokussierung eine zügige Aufklärung der Straftaten gesichert werden kann.

Neben Maßnahmen und Regelungen, die durch Bund und Länder zu berücksichtigen sind, hat die Polizeiabteilung des MIK im Zusammenwirken mit dem Polizeipräsidium und der Fachhochschule der Polizei frühzeitig damit begonnen, die Handlungsempfehlungen intensiv im Hinblick auf spezifische Erfordernisse im Land Brandenburg auszuwerten. Die dabei erkannten notwendigen Konsequenzen wurden bzw. werden mit dem Anspruch an Nachhaltigkeit weiterhin umgesetzt. Thematischer Schwerpunkt ist u. a. die vertiefende Sensibilisierung aller Polizeibediensteten zur frühzeitigen Erkennung von rechtsextremistischen Aktivitäten durch abgestufte Lernprogramme und Seminare, die Einsteigern und etablierten Fachkräften an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg angeboten werden. Beispielgebend ist die Elektronische Lernanwendung „Grundlagenwissen Rechtsextremismus“ (ELA-R). Diese wird als Aufbautool für ein einheitliches Basiswissen zum Rechtsextremismus aller Polizeibediensteten des Landes Brandenburg verstanden. Damit ist angestrebt, eine erhöhte Sensibilität, Stärkung der Beurteilungssicherheit und verbesserte Handlungskompetenz zu erreichen. Inhalte der Lernanwendung sind u. a. rechtliche Grundlagen, Phänomen bezogene Situationen, Opferchutz und Präventionsmöglichkeiten.

Für die praktische Alltagsarbeit der Brandenburger Polizei im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität wurden Mechanismen (Pflichtfelder bei der Fallerfassung) zur frühzeitigen Erkennung von rechtsextremistischen Aktivitäten und zur unmittelbaren Bewertung von Straftaten auf Vorliegen von Merkmalen auf mögliche politisch motivierte Tathintergründe implementiert. Dies sind verbindliche Prüfschritte hinsichtlich des Vorliegens eines möglichen politischen Tatmotivs. Sie berücksichtigen insbesondere bestimmte Geschädigten-/ Opfermerkmale (z. B. Herkunft, Hautfarbe, sozialer Status). Gerade in den zurückliegenden Monaten war zu konstatieren, dass bei Delikten mit Zuwandererinnen und Zuwanderern als Geschädigte wesentliches Gewicht der Frage beigemessen wurde, ob gegebenenfalls fremdenfeindliche oder anderweitige politische Motivationen tatbegründend waren.

Auch die Stärkung der polizeilichen Aus- bzw. Fortbildung im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) ist einer Prüfung unterzogen worden. Teilweise wurden strategisch wichtige Schritte bereits umgesetzt.

Darüber hinausgehend werden dort für Studierende und andere Lehrgangsteilnehmer Veranstaltungen, Kurse und Seminare angeboten, die sich direkt mit den Themen Ethik und interkulturelle Kompetenz befassen. Es wird regelmäßig darauf eingegangen, dass in allen Bereichen polizeilichen Handelns Sachverhalte danach zu bewerten sind, ob extremistische, fremdenfeindliche oder sonstige diskriminierende Motivlagen bei der Begehung von Straftaten ursächlich waren oder die Tat beeinflusst haben. Die Fachhochschule hat darüber hinaus die Programme zur Schärfung der „Interkulturellen und interpersonellen Kommunikation“ im Jahr 2015 neu konzipiert und an aktuelle Bedingungen im Bundesland Brandenburg angepasst.

Neben der geforderten Härte von Maßnahmen gegen rechte, vorurteilsgeleitete Straftäter ist der Fokus ganz besonders auf die Opferbelange gelegt worden. Menschen, die Anfeindungen ausgesetzt sind, sollen nicht weniger Berücksichtigung finden als die Täter. Vor diesem Hintergrund werden seit 2014 Seminare für Spitzenämter der Polizei gemeinsam durch das MIK und die Fachhochschule der Polizei konzipiert und organisiert. Die dabei geführte Erörterung der Konsequenzen nach dem Aufdecken des NSU auf oberster Führungsebene unter Einbindung von Sichtweisen der Opfervertretung erscheint für diesen Prozess besonders bedeutsam. Dem schließt sich die aktuelle Umsetzung des Erlasses des MIK zur Stärkung von Opferschutz und Opferhilfe bei politisch motivierten, insbesondere vorurteilsgeleiteten Gewaltstraftaten vom 7. Juli 2016 an. Hier geforderte Punkte sind das Ermöglichen einer unmittelbaren Opferberatung durch nichtstaatliche Einrichtungen, die Einrichtung einer polizeilichen Ansprechstelle „Opferbelange bei politisch motivierten, insbesondere vorurteilsgeleiteten Straftaten“ sowie die Schaffung eines Rahmens zum fortgeführten Erfahrungsaustausch mit Zivilgesellschaft und Wissenschaft (aufbauend auf der guten Zusammenarbeit zwischen Akteurinnen und Akteuren staatlicher, zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Einrichtungen im Rahmen des zweijährigen Forschungsprojekts „Überprüfung umstrittener Altfälle Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt im Land Brandenburg seit 1990“ am Moses-Mendelssohn-Zentrum bis 2015).

Durch Präventionsmaßnahmen der Polizei des Landes Brandenburg im Bereich der Bekämpfung von Politisch motivierter Kriminalität soll Kindern und Jugendlichen ein gewisses Demokratie- und Werteverständnis vermittelt werden. Darüber hinaus ist eine frühzeitige Sensibilisierung für das Erkennen extremistischer Ideologien, Strukturen und Verhaltensweisen erklärtes Ziel benannter Maßnahmen. Dieser Prozess kann nicht durch punktuelle Arbeit der polizeilichen Prävention zum Erfolg führen. Aus diesem Grunde ist eine enge Zusammenarbeit mit Vertretern im Beratungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ unabdingbar. Weiterhin weist die Polizei Brandenburg bei Problemsachverhalten mit extremistischem Bezug im Rahmen des Gemeinsamen Runderlasses des Ministeriums des Innern und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport vom 10. Mai 2013 „Partnerschaften Polizei und Schule - Kooperation bei Kriminal- und Verkehrsunfallprävention und Notfallplanung“ auf die Informationsangebote des Verfassungsschutzes hin und vermittelt bei Bedarf Experten aus den Bereichen des Polizeilichen Staatsschutzes.

Im Rahmen von polizeilichen Präventionsveranstaltungen zum Schutz gegen Kriminalität rund um das Internet und bei digitalen Medien werden Kinder und Jugendliche auch über potenzielle Gefahren im Umgang mit den „Neuen Medien“ und sozialen Netzwerken sowie über verschiedene Täterstrategien informiert. Sie sollen befähigt werden, sich mit den Inhalten des Internets kritisch und verantwortungsbewusst auseinanderzusetzen. Speziell für die Bekämpfung des Rechtsextremismus, der Demokratiestärkung und Toleranzförderung wird u. a. auf Materialien des bundesweiten Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) zurückgegriffen.

Neben oben genannten Aktivitäten werden in den verschiedenen Polizeiinspektionen des Landes Brandenburg u. a. nachfolgende Präventionsmedien bezüglich der Bekämpfung des Rechtsextremismus genutzt:

- landeseigene Jugendschutzausstellung „Gratwanderung“ (Teilbereich Rechtsextremismus),
- bundesweite DVDs des ProPK „Die besten Spots gegen Rechts“ und „Wölfe im Schafspelz“,
- Informationsblätter des Verfassungsschutzes „Feinde der Demokratie, Antisemitismus, Hassmusiker, Rechtsextremismus, Linksextremismus, Symbole und Kennzeichen des Rechtsextremismus“ sowie das
- Informationsblatt zur Bekämpfung des Rechtsextremismus vom LKA.

Landespräventionsrat/ Landespräventionsbeauftragter

Der Landespräventionsrat Brandenburg (LPR) ist die zentrale Instanz zur Bündelung und Förderung einer umfassenden Kriminalprävention im Land Brandenburg. Der LPR mit seinen drei Arbeitsgruppen bietet das Forum für Expertinnen und Experten und führt die relevanten gesamtgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure der brandenburgischen Präventionslandschaft zusammen. Mit der finanziellen Förderung von regelmäßig wissenschaftsbasierten Einzelprojekten und Maßnahmen wird Kriminalprävention mit dem Ziel, die Lebenswirklichkeit durch die Beseitigung kriminalitätsbegünstigender Faktoren und Stärkung des Sicherheitsgefühls positiv zu beeinflussen, erlebbar umgesetzt.

Vorsitzender ist der Innenminister des Landes Brandenburg. Er wird durch einen Beirat unterstützt, in dem neben verschiedenen Ministerien auch die Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg/ Bündnis für Brandenburg, die Verfassungsschutzbehörde, die Universität Potsdam sowie der Landkreistag und der Städte- und Gemeindebund hochrangig vertreten sind. Die drei dem LPR angehörenden ständigen Arbeitsgruppen befassen sich mit:

- der Kinder-, Jugend- und Gewaltdelinquenz,
- Politischem Extremismus sowie der Förderung von Integration und Willkommenskultur und
- dem Opferschutz und der Opferhilfe.

Das spezifische Thema „Asyl und Flucht“ wird vom LPR unter präventiven Gesichtspunkten durch die Förderung von Projekten zur Förderung einer Willkommenskultur, für Integration und gegen Fremdenfeindlichkeit begleitet.

Die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Extremismus ist nach wie vor ein bedeutendes Tätigkeitsfeld des LPR. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass die Arbeitsgruppe „Politischer Extremismus“ um das Themenfeld Förderung von Integration und Willkommenskultur erweitert worden ist. Diese Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Leiters des brandenburgischen Verfassungsschutzes besteht aus verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern staatlicher, zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Einrichtungen, wie u.a. von verschiedenen Landesministerien, der Polizei, der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg/ Bündnis für Brandenburg“, dem Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung und dem Moses-Mendelssohn Zentrum Potsdam.

Der LPR fördert u.a. folgende Präventionsprojekte, die sich inhaltlich gegen Fremdenfeindlichkeit richten, die Integration fördern oder demokratische und gesellschaftliche Wertevermittlung unterstützen:

- Gesellschaft für Inklusion und Soziale Arbeit e.V. *„Leben und Arbeiten ohne Gewalt – Anti-Gewalt- und Deeskalationstrainings für Bewohnerinnen und Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften (GU) für Asylsuchende und Flüchtlinge sowie für das Personal der Gemeinschaftsunterkünfte“*
- Landesfeuerwehrverband Brandenburg e.V. *„Ohne Blaulicht“*
- Evangelische Kirchengemeinde Velten/ *Initiativgruppe gegen Gewalt und Rassismus Velten: „Aktionswoche gegen Gewalt und Rassismus“*
- Schloß Trebnitz Bildungs- und Begegnungszentrum e.V.: *„Menschen stärken, Stärken stärken. Deutsch-polnische Jugendbegegnung zur Prävention.“*
- *Deutsch-Russisches Forum e. V.: „Märchen fremder Kulturen als Schlüssel zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Extremismus. Eine Präventionsmaßnahme für Kinder im Kindergartenalter“*
- *Deutsche Gesellschaft e.V.: „Jugendreporter vor Ort – Gemeinsam für Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit“*
- *MIKO e.V.: „Patentprojekt DU&ICH“*

Verfassungsschutz

Prävention und Öffentlichkeitsarbeit sind unerlässliche Säulen in der Auseinandersetzung mit Extremistinnen und Extremisten. Daher wird „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ aktiv betrieben. In zahlreichen Vorträgen, Lagebildern und Hintergrundberichten informieren unsere Beschäftigten über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, über Spionageabwehr und über Wirtschaftsschutz. Sie zeigen damit Gesicht und stellen sich Debatten über die Feinde der Demokratie. Das ist wichtig für eine effektive Informationsvermittlung zwischen Zivilgesellschaft und Verfassungsschutz. Je mehr Informationen über Extremistinnen und Extremisten vermittelt werden, desto geringer sind deren Erfolgsaussichten. Und für den Verfassungsschutz gilt: Je mehr die Zivilgesellschaft über den Verfassungsschutz weiß, desto eher wird sie ihn als Kommunikationspartner und Demokratiedienstleister akzeptieren.

Die Öffentlichkeit, an die sich der Verfassungsschutz richtet, ist so vielfältig wie die brandenburgische Gesellschaft. Rund 3.400 interessierte Bürgerinnen und Bürger besuchten 2016 unsere 102 Vortragsveranstaltungen. Damit summiert sich die Zahl solcher Veranstaltungen seit 2008 auf insgesamt 968 mit 35.400 Zuhörerinnen und Zuhörern. Aufgrund des großen Beratungsbedarfs vieler Behörden zum Thema "Reichsbürger" bot der Verfassungsschutz 2016 erneut 28 Vorträge dazu an. Insgesamt 1.200 Interessierte, überwiegend Beschäftigte von Behörden, nahmen daran teil. Ebenso wirkte der Verfassungsschutz an dem Ende 2015 veröffentlichten Handbuch „Reichsbürger“ mit. Mit einer aktualisierten Neuauflage ist im Laufe des Jahres 2017 zu rechnen.

Um die Aufklärungs- und Präventionsarbeit möglichst zielgruppenorientiert und wirkungsvoll zu gestalten, hat der Verfassungsschutz Brandenburg seine strategische Kommunikation kontinuierlich ausgebaut und sich mit wichtigen Kooperationspartnern vernetzt. Mit dem Landesfeuerwehrverband besteht seit 2007 eine Kooperation. Hierbei werden insbesondere Jugendwartinnen und Jugendwarte sowie Feuerwehrführinnen und Feuerwehrführer der freiwilligen Feuerwehren sowie Angehörige der Berufsfeuerwehren an der Landesfeuerwehrschule in Eisenhüttenstadt (LOS) über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung informiert. Diese Kooperation ist inzwischen fester Bestandteil im dortigen Ausbildungsprogramm. Von 2007 bis Ende 2016 nahmen daran etwa 1.470 Feuerwehrleute in 67 Veranstaltungen teil.

Verstetigt hat sich die erfolgreiche Kooperation mit dem „Toleranten Brandenburg“, „demos - Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung“, dem Städte- und Gemeindebund, dem Landkreistag, der Polizeifachhochschule und der Brandenburgischen Kommunalakademie. Gemeinsam wurden seit Sommer 2008 unter anderem an der Polizeifachhochschule in Oranienburg (OHV) an insgesamt 39 Tagen Info-Veranstaltungen angeboten. Daran haben rund 1.730 Personen von Polizei, Kommunalbehörden und weiteren Einrichtungen teilgenommen. Zielsetzungen waren unter anderem der Umgang mit unterschiedlichen extremistischen Aktivitäten aus polizeilicher, ordnungs- und arbeitsrechtlicher Sicht im Zusammenhang mit Wahlkämpfen sowie der Umgang mit extremistischen Mandatsträgern in kommunalen Vertretungen. 2016 konnten wieder vier Veranstaltungen zum Thema "Extremisten im Aufwind – aktuelle Herausforderungen vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation" angeboten werden. Daran nahmen 210 Personen teil. Zwei dieser ganztägigen Informationsveranstaltungen wurden in der Nähe der sächsischen Grenze in Kooperation mit dem Verfassungsschutz Sachsen durchgeführt.

Damit Informationen breiter gestreut werden können, nutzt der Verfassungsschutz Brandenburg ein Info-Mobil. Unter dem Motto „Unterwegs für Freiheit und Demokratie“ werden Messen, Feste, Konzerte und weitere Veranstaltungen besucht. Das Info-Mobil war im Jahr 2016 mehrfach unterwegs, bsw. auf dem Brandenburg-Tag in Hoppegarten.

Für Vorträge legten die Verfassungsschutzbeschäftigten 2016 mehr als 16.000 Kilometer zurück. Dabei verbrachten sie rund 215 Stunden auf den Straßen. Über 200 Stunden beanspruchten die Einsätze vor Ort. Fachtagungen zu aktuellen Themen sind eine weitere Säule der Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes. Seit 2014 werden sie gemeinsam von den Verfassungsschutzbehörden der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen Sachsen-Anhalt und Thüringen angeboten: „Hass als politisches Programm – Die Entwürdigung des Gegners durch Extremisten“ (Berlin, 2014), „Unsere Jugend im Visier von Extremisten – Der Missbrauch ‚Sozialer Medien‘ im Kampf gegen Demokratie und Freiheit“ (Potsdam, 2015) und „Migration und Sicherheit – Wie Extremisten Flüchtlingsbewegungen zu instrumentalisieren versuchen“ (Erfurt 2016). Zwischen 2005 und 2015 hat der brandenburgische Verfassungsschutz insgesamt 16 Fachtagungen veranstaltet. Daran haben rund 2.570 Personen teilgenommen.

Alle bisher in Brandenburg erschienenen Verfassungsschutzberichte und weitere Informationsmaterialien sind über die Homepage www.verfassungsschutz.brandenburg.de abrufbar.

5.6 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

Im Handlungskonzept heißt es, „Integration findet vor Ort in den Städten und Gemeinden statt“. Für eine gelingende Integration geflüchteter Menschen von Anfang an zielt deshalb das novellierte Landesaufnahmegezet auf eine stärkere Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten in Wohnungen. Dafür wurde zum einen die bewährte Unterbringungsform der Wohnungsverbände gesetzlich verankert. Zum anderen erhalten die kommunalen Aufgabenträger nun auch bei der Neuschaffung von Unterbringungsplätzen in dezentraler Wohnungsunterbringung eine Investitionspauschale in gleicher Höhe wie bisher nur für Gemeinschaftsunterkünfte.

Verschiedene Baumaßnahmen für die Erstunterbringung von geflüchteten Menschen wurden vom MIL im Zustimmungsverfahren genehmigt. Durch den Bau des zweiten barrierefreien Familienhauses in der ZABH Eisenhüttenstadt wurde am 23. November 2016 das Richtfest für das zweite Familienhaus gefeiert. Damit wird die Kapazität zur Unterbringung von Familien deutlich erhöht. Die Familienhäuser sind speziell für die Bedürfnisse von Familien geplant und bieten neben Wohnräumen auch Gemeinschaftsräume und Räume für Betreuerinnen und Betreuer. Die Unterbringung der geflüchteten Menschen nach der Erstaufnahme und die Stärkung der Integration geflüchteter Menschen im Quartier standen auch im Mittelpunkt der Aktivitäten des MIL in diesem Aufgabenbereich.

In den Kommunen mit Wohnungsleerstand konnten für 2,2 Mio. € 620 Wohneinheiten - die ursprünglich für den Abriss vorgesehen waren - für Flüchtlingswohnungen hergerichtet werden.

Zusätzlich wurde das Programm für den Sozialwohnungsbau von 40 auf 70 Millionen Euro aufgestockt. Zusätzliche 30 Millionen Euro stellte der Bund zur Verfügung. Das Ziel ist neben der Modernisierung und Instandsetzung von Mietwohnungen die Förderung von 2.000 neuen Sozialwohnungen in den kommenden Jahren für Haushalte mit niedrigen Einkommen. Dazu gehören auch geflüchtete Menschen. Zudem wurde die Zugänglichkeit geflüchteter Menschen zu belegungsgebundenen Wohnungen verbessert. Wesentliche Änderung in 2016 ist gegenüber der bisherigen Richtlinie eine Erhöhung der Baudarlehen für den Neubau von Mietwohnungen sowie die Möglichkeit der Inanspruchnahme einer kombinierten Darlehens- und Zuschussförderung für Neubau im Berliner Umland, soweit für 25 % der geförderten Wohnungen Besetzungsrechte zur Unterbringung von geflüchteten Menschen vereinbart werden.

Wie auch in den vergangenen Jahren hat sich der gezielte Einsatz des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt“ bewährt. Beispielhaft sei auf die Förderung in Nauen verwiesen. Die Stadt Nauen erhielt 2016 insgesamt 700.000 € (B/L) Fördermittel aus dem Städtebauförderprogramm Soziale Stadt. Seit April 2016 hat Nauens Wohngebiet „Innenstadt-Ost“ ein eigenes Quartiersmanagement, das sich in enger Zusammenarbeit mit Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Stadtteilakteurinnen und -akteuren um die Weiterentwicklung des Viertels kümmert. Eine Aufgabe des Quartiersmanagements besteht in der Verwaltung des sog. Aktionsfonds. Hier können „unbürokratisch“ Gelder für nachbarschaftliche Aktionen beantragt werden, die den sozialen Zusammenhalt im Quartier stärken. 2016 konnten beispielsweise für das Übergangwohnheim für Geflüchtete erfolgreich Lehrmittel beschafft werden, da Ehrenamtliche hier einen Deutsch- und Integrationskurs für die neuen Bewohnerinnen und Bewohner durchführen. Der Humanistische Freidenkerbund Havelland e.V. nutzte die Fördermöglichkeit und richtete das ins Leben gerufene Begegnungscafé im Jugendtreff in der Karl-Thon-Straße ein. Zum weihnachtlichen Abschluss des Jahres organisierte Mikado e.V. für Kinder und Jugendliche ein besinnliches Backen im Nachbarschaftstreff am Karl-Bernau-Ring.

Des Weiteren hat sich das MIL auch mit der Mobilität geflüchteter Menschen befasst. Das Land Brandenburg fördert die Mobilität sozial benachteiligter Menschen durch ein preislich reduziertes Tarifangebot. Dafür erhalten die Verkehrsunternehmen und die Ausgabenträger (AT) des ÖPNV einen Tarifausgleich (50% = Vollausgleich). Personen, die unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen waren bereits mit der Einführung dieses Tickets als Anspruchsberechtigte definiert. Im Haushalt 2016 waren 3,4 Mio. Euro veranschlagt. Mit dem steigenden Flüchtlingsaufkommen und der Unterbringung im Land Brandenburg erhöhte sich die Zahl der Berechtigten für das Mobilitätsticket. Asylsuchende wird das Mobilitätsticket bereits bei der Erstregistrierung angebo-

ten, um den Baustein „Mobilität im Öffentlichen Nahverkehr“ und somit die Integration im Land Brandenburg zu unterstützen. Auf Grund des steigenden Flüchtlingsaufkommens zeigte sich sehr schnell, dass die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nicht ausreichen werden. Das Land Brandenburg hat deshalb die Mittel um insgesamt 1 Mio. Euro auf 4,4 Mio. Euro aufgestockt.

Die gesellschaftliche Integration von Geflüchteten ist über die Wohnraumversorgung hinaus ein Thema für das MIL. Im Rahmen des Kulturland- Themenjahres „Handwerk“ (2016) ist es gelungen, eines der geförderten Projekte für Geflüchtete zu öffnen. Unterstützt wird auf diese Weise eine Initiative der Handwerkskammer Cottbus zur Beschäftigung Geflüchteter mit handwerklichen Grundkenntnissen und Interesse für das Projekt der Restaurierung eines historischen Gebäudes im Cottbuser Zoo.

Das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg wird darüber hinaus auch von der Hausleitung des MIL aktiv getragen. Die Staatssekretärin des MIL hat am 15.09.2016 an einer Diskussion mit Schülerinnen und Schülern des Lise-Meitner Gymnasiums Falkensee zu den Themen Flucht und Asyl teilgenommen. Außerdem besuchte sie mit dem B-Team das Zalando-Logistikzentrum in Brieselang. Dort arbeiten Menschen aus mehr als 30 Nationen. In Zusammenarbeit mit dem Jobcenter sind auch Geflüchtete eingestellt worden. Die Staatssekretärin des MIL informierte sich im Zalando-Logistikzentrum über dort getroffene Maßnahmen zur besseren Integration. So beschäftigt das Unternehmen z.B. einen Beauftragten, der Ansprechperson ist für alle Fragen sowohl der Geflüchteten als auch der Geschäftsführung und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

5.7 Ministerium für Wirtschaft und Energie

Betriebliche Begleitagentur

Das MWE fördert gemeinsam mit dem MASGF die Betriebliche Begleitagentur Brandenburg (bea). Die bea unterstützt insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen bei der Integration von Flüchtlingen in Ausbildung oder Beschäftigung. Sie berät und informiert Arbeitgeber im Hinblick auf Arbeit und Ausbildung von Flüchtlingen, stellt Kontakt zur Arbeitsverwaltung her, unterstützt einstellende Betriebe durch einen Coach und hilft bei der Gewinnung betrieblicher Mentoren.

Die bea startete am 16. Januar 2016 mit 2,5 Personalstellen. Mit dem Einstieg des MWE im September 2016 konnte die bea ihren Tätigkeitsbereich inhaltlich und geografisch erweitern. Ursprünglich war die bea als Projekt im Kammerbezirk Potsdam angelegt und sollte in den kommenden Jahren auf das gesamte Land Brandenburg ausgedehnt werden. Aktuell wird mit Hochdruck an der Entwicklung weiterer Unterstützungsangebote gearbeitet.

Dies sind z.B.:

- Kurzfilme über Brandenburg und die Chancen, die im Land geboten werden. Diese werden in verschiedene Sprachen übersetzt und sollen sowohl Branchen als auch Regionen Brandenburgs aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebersicht darstellen.
- Ausbau des Webportals. Ziel ist eine Landkarte mit Hilfsangeboten, sodass Betriebe, Geflüchtete und andere Interessierte auf einen Blick die Unterstützungsangebote in ihrer Region erkennen.

- E-Portfolios sollen Geflüchteten künftig die Möglichkeit bieten, Lebensläufe, Qualifikationen, Fähigkeiten und Kenntnisse sowie Nachweise darüber online zu speichern und zu verwalten.

Am 15. November 2016 fand in der Potsdamer Schinkelhalle die bea-Fachtagung statt, an der rund 100 Interessierte aus Unternehmen, Kommunen, Kammern u.a. teilnahmen.

Dialogforum Arbeit und Wirtschaft

Am 12. Dezember 2016 wurde gemeinsam mit dem MASGF und dem Bündnis für Brandenburg eine ressortübergreifende Fachveranstaltung zum Thema Integration von Geflüchteten, mit dem Schwerpunkt „Arbeit und Wirtschaft“ durchgeführt. Die Veranstaltung sollte dazu dienen, sich zu den bisher von der Landesregierung angestoßenen Maßnahmen und den Bedingungen der Integration auszutauschen.

Ziele waren u.a.:

- Stand der Integration von Flüchtlingen darstellen,
- Konzepte und Ideen zur Integration austauschen,
- Einbeziehung von Erkenntnissen und Erfahrungen aus anderen Regionen/Bundesländern,
- Herausarbeiten künftig notwendiger Maßnahmen bzw. Weiterentwicklung vorhandener Maßnahmen.

Unternehmensbesuche des Staatssekretärs des MWE in Märkisch Oderland

Der Staatssekretär des MWE besuchte am 3. August Betriebe in Märkisch-Oderland unter der Überschrift „Eine Chance für die ländliche Region – berufliche Perspektiven für Flüchtlinge und Langzeitarbeitslose“. Es wurde das Bildungszentrum der Handwerkskammer Frankfurt (Oder) in Hennickendorf besucht. Hier wurden die Projekte „Perspektive für junge Flüchtlinge im Handwerk“ (PerjuF H), „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa“ (MobiPro-EU) und das Berufsgrundbildungsjahr Plus (BFSG Plus) vorgestellt. Der nächste Besuch erfolgte in der Kita „Liebe Liesel“ in Bliedorf. Über das bbw Bildungszentrum Ostbrandenburg absolvierten bisher einige Bewohnerinnen aus einer nahegelegenen Gemeinschaftsunterkunft ein Praktikum in der Kita. Nach einem Gespräch mit der Airport Development A/S, Zweigniederlassung Neuhardenberg erfolgte auf dem Betriebsgelände eine Gesprächsrunde mit Vertretungen von Betrieben, die Praktika für Flüchtlinge anbieten, und weiteren Verantwortungsträgern, wie Kammern, Arbeitsagentur, JobCenter, Landkreis, Schulen, Bildungsträger und Vereinen. Das Unternehmen betreibt die Gemeinschaftsunterkunft in Neuhardenberg. Auf dem Flugplatz waren bereits Praktikantinnen und Praktikanten im einfachen Arbeitssektor beschäftigt.

5.8 Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Bildung ist ein wichtiger Baustein der Integration von Flüchtlingen – und Hochschulbildung sowie die Vorbereitung auf ein Studium sind hierbei wichtige Aspekte. Studieninteressierte Flüchtlinge sind im Land Brandenburg willkommen. Ihnen soll eine Perspektive geboten werden. Im Jahr 2016 standen für die Entwicklung von Angeboten für Geflüchtete an den Hochschulen rund eine Million Euro zur Verfügung.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur hatte schnell auf die Bedarfe an den Hochschulen reagiert: Bereits Ende vorletzten Jahres (2015) hatte das MWFK ein Sofortprogramm für flüchtlingsbezogene Maßnahmen an den Hochschulen mit einem Mittelvolumen von 280.000 Euro ausgeschrieben. Hervorzuheben ist, dass, nachdem so viele Menschen in unser Land geflüchtet sind, die Hochschulen von sich aus aktiv geworden sind. Sie sind auf die Geflüchteten zugegangen, haben ihnen Angebote gemacht, wie Beratungssprechstunden oder kostenlose Gasthörerchaften. Sie haben sich mit anderen Akteurinnen und Akteuren auf regionaler Ebene vernetzt, um konkrete Lösungen zu finden. Mit dem genannten Sofortprogramm hat das MWFK die Hochschulen des Landes dabei rasch und unkompliziert unterstützen können.

Im März 2016 legte die Universität Potsdam ein Qualifizierungsprogramm zur beruflichen Integration von geflüchteten Lehrerinnen und Lehrern auf. Die Resonanz von Studieninteressierten auf die Veröffentlichung des Kursprogramms „Refugee Teachers Welcome“ war enorm: Rund 700 Interessierte hatten sich beworben. In Absprache mit dem Ministerium hat die Universität die Kurse auf 75 Plätze aufgestockt; das MWFK fördert das gesamte Qualifizierungsprogramm.

Im Juni und August 2016 legte das MWFK dann zwei weitere Programme mit einer Laufzeit bis Ende 2017 auf. Bei dem einen liegt der Schwerpunkt stärker auf Information und Beratung, beim anderen auf der Studienvorbereitung. Die Hochschulen haben damit gute Möglichkeiten, die geflüchteten Menschen auf ihrem Weg ins Studium zu unterstützen – und die Hochschulen haben diese Programme gut genutzt. Das MWFK hat nicht nur in kurzer Zeit mehrere flüchtlingsbezogene Programme ins Leben gerufen, es hat außerdem spezifische Informationen für Geflüchtete im Rahmen seines Internetauftritts und auf Faltblättern (in deutscher, englischer und arabischer Sprache) aufbereitet.

Die Landesregierung will in Zukunft noch mehr dazu beitragen, dass Studieneinstieg bzw. Wiedereinstieg ins Studium gelingen. In diesem Jahr werden dafür 1,2 Millionen Euro aus dem Haushalt zur Verfügung gestellt. 953.100 Euro wurden davon bereits (Stand 24.01.2017) an die Hochschulen ausgereicht. Den Hochschulen steht damit weiterhin eine gute finanzielle Grundlage zur Verfügung, die Flüchtlinge auf ihrem Weg ins Studium zu unterstützen. Auch für 2018 sieht der Doppelhaushalt des Landes 2017/18 für den Bereich „Geflüchtete an Hochschulen“ 1,2 Mio. Euro vor.

Dem MWFK ging es zum einen um eine Schnellhilfe, damit rasch die Bedarfe der Hochschulen gegenüber den studieninteressierten Geflüchteten gedeckt werden können. Wichtig war jedoch auch eine längerfristige Perspektive. Wie vom Landtag in seinem Beschluss „Integration geflüchteter Menschen an Brandenburger Hochschulen“ vom 11.03.2016 vorgesehen, wird ein Teil der Mittel auch dazu verwendet, das System der Studienvorbereitung weiterzuentwickeln. Damit will das Ministerium auch dauerhaft Strukturen schaffen, die dazu beitragen, dass Flüchtlingen wie Ausländerinnen und Ausländern generell ein Studieneinstieg bzw. Wiedereinstieg ins Studium gelingen kann. Brandenburg hat hier mit der Hochschulzugangsverordnung Neuland beschritten. Dank dieser 2016 geschaffenen Rechtsgrundlage haben die Hochschulen die Möglichkeit, eigene Zugangsprüfungen für Studienbewerberinnen und -bewerber durchzuführen. Die Hochschulen des Landes haben sich hierzu zu einem Netzwerk zusammengeschlossen und erarbeiten nun gemeinsam – finanziert vom MWFK – ein Konzept, mit dem im Laufe dieses Jahres erste Erfahrungen gewonnen werden sollen. Bei der Hochschulzugangsprüfung geht es darum, Menschen aus dem Ausland mit einer Hochschulzugangsberechtigung, die in Deutschland nicht voll anerkannt wird, eine Prüfung an der Hochschule anzubieten, an der sie

auch studieren wollen. Wird die Prüfung bestanden, kann man sich für ein Studium an dieser Hochschule bewerben.

Sowohl bei den kurzfristigen Programmen zur Schnellhilfe als auch bei dem längerfristigen konzeptionellen Vorhaben setzt das MWFK auf das Engagement, die Eigenverantwortung und die Gestaltungskraft der Hochschulen. Ein Zeichen für dieses „Miteinander“ ist die gemeinsame Erklärung der Brandenburger Hochschulen und der Wissenschaftsministerin vom 14. Oktober 2016 zur Integration Geflüchteter durch Hochschulbildung. In dieser Erklärung wird deutlich, wie zentral für die Hochschulen der vorurteilsfreie Austausch von Menschen unterschiedlicher Herkunft ist. Mit ihrem Engagement leisten die Hochschulen einen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis und setzen sich aktiv für ein Klima der Toleranz ein. Insbesondere die vielen und vielfältigen ehrenamtlichen Initiativen der Studierenden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an unseren Hochschulen beweisen, dass diese Überzeugung nicht nur geteilt, sondern gelebt wird. Gleiches lässt sich auch für das Handlungsfeld der kulturellen Teilhabe von Geflüchteten behaupten.

Unter Bezug auf Artikel 34 (Kunst und Kultur), insbesondere Abs. 3 der Landesverfassung („Das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände unterstützen die Teilnahme am kulturellen Leben und ermöglichen den Zugang zu den Kulturgütern.“) besteht eine gesetzliche Notwendigkeit für die Bereitstellung von Mitteln, um die verfassungsmäßig verbriefte kulturelle Teilhabe für jedermann zu gewährleisten. Besonderer Bedarf an zusätzlichen Mitteln besteht derzeit für niedrigschwellige Projekte im Bereich der Willkommenskultur und kulturelle Integrationsangebote für Flüchtlinge.

Die Kulturverwaltungen in Land, Kreis und Kommune sowie die Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden in Brandenburg sind bereit und in der Lage, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zusätzliche Beiträge zur Integration von geflüchteten Menschen/brandenburgischen Neubürgerinnen und Neubürgern sowie zur Förderung von Toleranz und Verständigung zu leisten. In der Ministerrunde zum Thema Asyl/Flüchtlinge am 27. Oktober 2015 hat der Ministerpräsident alle Ressorts der Landesregierung gebeten, dem Weg von der Erstaufnahme bis zur Integration besondere Aufmerksamkeit zu schenken und entsprechende Konzepte zu entwickeln. Das MWFK hat diese Bitte aufgegriffen und über den Nachtragshaushalt 2016 ein neues Förderprogramm i.H.v. 200.000 EUR aufgelegt, mit dem Kulturprojekte zur Integration und Partizipation von Flüchtlingen im Land Brandenburg 2016 gefördert werden konnten.

Das Förderprogramm wurde durch zusätzliche 115.000 EUR des Bündnisses für Brandenburg verstärkt, so dass 2016 insgesamt 315.000 EUR an Fördermitteln im Kulturbereich zur Verfügung standen. Im Rahmen dieses Förderprogramms sind 80 Projektförderanträge eingegangen, von denen in einem Juryauswahlverfahren 41 Anträge durch externe Experten für eine Förderung empfohlen wurden. Die vergleichsweise hohe Zahl an Projektanträgen von Kunst- und Kulturschaffenden sowie Ehrenamtlichen aus dem Land Brandenburg zeigt, dass Kunst und Kultur willens und fähig sind, wertvolle Beiträge für die Integration und Partizipation von Geflüchteten im Land zu leisten. Das verdient Anerkennung und Respekt. In der Begleitung des Förderprogramms hat das Land einmal mehr erfahren wie groß auch das ehrenamtliche Engagement jenseits der ausgereichten Förderungen ist. Die Landesregierung ist den vielen Unterstützerinnen und Unterstützern der Projekte zu Dank verpflichtet. Als kurze Zwischenbilanz kann man feststellen, dass ehrenamtliches Engagement ein wichtiger Stützpfeiler für die Projektumsetzung ist und die Kontaktaufnahme mit Geflüchteten über berufliche und/oder private Netzwerke in den Regionen erfolgt. In der Regel verfügen die teilnehmenden Geflüchte-

ten über wenig Erfahrung/Kenntnisse der jeweiligen kulturellen Sparte (Laien) und über keine nennenswerten Deutschkenntnisse.

Auch wenn die Zuzugszahlen von Migranten mit Fluchthintergrund und Asylsuchenden tendenziell rückläufig sind, kommt es jetzt darauf an, die Bemühungen für eine schnelle umfassende Integration zu verstärken, damit das Land Brandenburg nicht nur Durchreiseland, sondern auch gesellschaftlicher Profiteur der Ansiedlung von brandenburgischen Neubürgern werden kann. Die Landesregierung hat dafür die integrationspolitischen Weichen gestellt und die notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen für 2017 und 2018 geschaffen.

Die vielen angestoßenen Vorhaben im Kultur- und im Hochschulbereich sind zu reflektieren, diskutieren und weiterzuentwickeln. Am 28.11.2016 fand die gemeinsame Veranstaltung vom MBSJ und MWFK „Integration durch Bildung gestalten“ in Potsdam (im Hasso-Plattner-Institut in Griebnitzsee) statt. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg/ Bündnis für Brandenburg, die inhaltliche Ausgestaltung lag in den Händen der zuständigen Ressorts. Das Thema der Veranstaltung war die Integration von Geflüchteten durch Bildung auf den verschiedenen Bildungsebenen. Der genaue Veranstaltungstitel lautete: „Integration durch Bildung gestalten. Kita-Schule-Hochschule-Lebenslanges Lernen“. Es diskutierten rund 200 Fachleute und Entscheider aus Bildungseinrichtungen, Ämtern und Kommunen sowie Kulturinstitutionen, Hochschulen, Verbänden und Vereinen über ihre bisherigen Erfahrungen und die weiteren Herausforderungen beim Thema „Bildung und Integration“.

5.9 Staatskanzlei

Die Staatskanzlei unterstützt über ihre Koordinierungsstelle für bürgerschaftliches Engagement die Freiwilligenarbeit im Land. Seit 2005 wird die Engagementpolitik der Landesregierung Brandenburg in der Staatskanzlei koordiniert. Die Koordinierungsstelle für bürgerschaftliches Engagement führt die einzelnen Freiwilligenbereiche zusammen und wirkt darauf hin, übergeordnete Rahmenbedingungen zu verbessern. Darüber hinaus geht es der Koordinierungsstelle um eine bessere Abstimmung der einzelnen Ministerien und die Vernetzung und Verschränkung einzelner Vereine und Verbände mit der Verwaltung, aber auch mit der Wirtschaft.

Die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft mit der Wirtschaft wird am „Runden Tisch für Jugend und Wirtschaft“ organisiert. Hierbei handelt es sich um eine Plattform, die darauf abzielt, den Dialog zwischen Unternehmen, gemeinnützigen Organisationen, Politik und Verwaltung zu verbessern. Es wird den Erfolg einer engagementfördernden Politik ausmachen, die Freiwilligen so mit Mitteln auszustatten, dass sie eigenständig für die Gesellschaft handeln können. Seit 2014 können Vereine über die Weiterbildungs-Richtlinie einen ESF-Zuschuss zu Weiterbildungskosten für ehrenamtlich Engagierte beantragen.

In Brandenburg wurde das Engagement der Freiwilligen im Sport und im Bereich Kindergarten und Schule sowie im sozialen Bereich seit der Neukonstituierung des Landes besonders stark unterstützt. Der Wunsch nach staatlicher Anerkennung wird auch in den Freiwilligensurveys von den Engagierten immer wieder erbeten und für wichtig erachtet. Mit ihren etablierten Formaten der Anerkennungskultur wie dem jährlichen Ehrenamtsempfang, dem FreiwilligenPass oder der Auszeichnung zum „Ehrenamtler des Monats“ ehrt und ermutigt die Staatskanzlei kontinuierlich bürgerschaftlich engagierte Bürgerinnen und Bürger. Seit Anfang 2017 bieten die Länder Brandenburg und Berlin eine gemeinsame Ehrenamtskarte an, die ihren Inhaberinnen und Inha-

bern Vergünstigungen in beiden Ländern zugänglich macht. Gleichzeitig wurden die Zugangskriterien für die Ehrenamtskarte flexibler gestaltet. Der Ministerpräsident nutzt seine zahlreichen Reisen im Land regelmäßig für direkte Gespräche mit Engagierten.

Im Engagement gilt wie auch sonst im Leben: Gemeinsam sind wir stark! Als Meilenstein in der Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren gilt die Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (LAGFA) im Jahre 2007 und in Ergänzung die Gründung des Landesnetzwerks in 2013. Mit derzeit weit über 20 Freiwilligenagenturen und diversen regionalen Aktionsbündnissen verfügt Brandenburg über ein eng geknüpftes Engagement-Netzwerk. In erster Linie helfen sich dort die Engagierten gegenseitig durch Erfahrungsaustausch und bei der Durchführung von Projekten. Regelmäßig stattfindende Fortbildungen durch unterschiedlichste Träger knüpfen die Maschen des Netzes enger und helfen den Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern, auch in Zukunft mit Tatkraft, Kompetenz und Herzblut zum Gemeinwohl beitragen zu können. Auch in 2016 stand der Einsatz der vielen freiwilligen Akteurinnen und Akteure der Willkommenskultur im Land im Fokus. Gemeinsam mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie hat die Staatskanzlei in 2016 zwei große Dialog-Veranstaltungen mit der Zivilgesellschaft in Wittstock und Luckenwalde organisiert, die dem Thema „Integration und Ehrenamt“ gewidmet waren. Dabei wurden der konstruktive Austausch zwischen Landesregierung und ehrenamtlichen Akteurinnen und Akteuren geführt, Beispiele guter Praxis vorgestellt und die Vernetzung innerhalb der Zivilgesellschaft befördert. Der Abbau von bürokratischen Hindernissen und die Fortentwicklung der Kultur der Anerkennung standen von Beginn an auf der Agenda.

6. Schlussbemerkungen

Aufgrund der gravierend spürbaren rechtsextremistischen Strömungen, des offenen Rassismus und der allgegenwärtigen Fremdenfeindlichkeit entstand 1998 das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“. Zu jener Zeit hatte die Gewaltbereitschaft gegen Fremde und Andersdenkende ihren Höhepunkt erreicht. Mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ hatte sich die Landesregierung diesem Phänomen gestellt – aber viel mehr noch: Sie beschloss ein Leitbild gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und für eine starke und lebendige Demokratie und baute gezielt Strukturen aus, die der Bekämpfung dieses Problems dienten.

Heute stehen wir, trotz der Bemühungen auf allen Ebenen, vor einer ähnlichen Situation wie in den 1990er Jahren, denn die Zahl rechtsextremer Übergriffe und Straftaten ist im Jahr 2016 erneut gestiegen. Das gesellschaftliche Klima wird zunehmend von Angst und Hass bestimmt – Fremdenfeindlichkeit und Rassismus werden häufiger als früher relativiert und salonfähig gemacht. Auch die brandenburgische Zivilgesellschaft ist sensibler im Umgang mit rechtsextremen Aussagen und Übergriffen geworden und zögert nicht mehr, demokratiefeindliches Handeln anzuzeigen und sich dagegen zu wehren. Dies schlägt sich auch in den Statistiken nieder, die deutlich machen, was angezeigt wird, aber nicht beschreiben, was tatsächlich im Land passiert. Seit über 19 Jahren hat das „Tolerante Brandenburg“ ein vielfältiges und umfangreiches Netzwerk geschaffen. Die Konflikte der letzten Jahre und der Aufbau des Netzwerks des Toleranten Brandenburgs gaben viel Raum für Lerngelegenheiten. Wir wissen heute, dass die Abgrenzung zu extremistischen Äußerungen leichter möglich ist als zu populistischen und gewollt desinformierenden Darstellungen, denn diese finden ihren Nährboden in einer größeren Bevölkerungsgruppe. Auch Bürgerinnen und Bürger, die nicht dem rechtsextremistischen

Milieu zuzuordnen sind, scheuen sich nicht einigen populistischen Äußerungen insbesondere im Zusammenhang mit Geflüchteten zuzustimmen. Die in der Bevölkerung herrschende Unsicherheit bzgl. der Geflüchteten muss abgebaut werden und gleichzeitig mit verbesserten Bedingungen für deren Integration aber auch für alle anderen sozial Benachteiligten entgegengetreten werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dem Rechtsextremismus in die Hände zu spielen. Aufgrund dieser neuen Herausforderungen ist es wichtig, deutlich zu machen welche Positionen eine lebendige Demokratie aushalten muss und welche intolerabel sind. Dabei kommt es darauf an, den Menschen nicht nur mit moralischen Appellen entgegenzutreten, sondern ihre Köpfe und Herzen zu erreichen, um aufzuzeigen, an welchen Stellen falsche oder zu geringe Informationen vorhanden sind.

Viele Bürgerinnen und Bürger im ganzen Land Brandenburg setzen sich gemeinsam dafür ein, dieses Ziel zu erreichen. Sie treten entschieden gegen Rechtsextremismus ein und unterstützen in zahlreichen Willkommensinitiativen Geflüchtete. Das Handlungskonzept, die Netzwerke und die Kooperationspartner werden gleichzeitig den neuen Bedürfnissen und Herausforderungen angepasst, um der aktiven Zivilgesellschaft Unterstützung auf allen Ebenen zu leisten. Doch die Auseinandersetzung mit den neueren rechtspopulistischen Bewegungen bindet viele Ressourcen der Akteurinnen und Akteure. Die zunehmende Angst in der Gesellschaft und die Vorurteile gegenüber fremden Religionen rücken dementsprechend auch in den Fokus des Handlungskonzepts.

Anlage 1: Übersicht der aus Lottomitteln geförderten Projekte des Toleranten Brandenburgs

Zuwendungsempfänger	Maßnahmetitel
Demokratie und Integration Brandenburg e.V. demos	Zukunftsdialoge 2016 (10 Demokratiekonferenzen)
Kulturfabrik Fürstenwalde gGmbH	Theateraufführung "Mein Kampf"
Kulturkreis Hohen Neuendorf e.V.	Kulturtreffpunkt Babylon mit Brot und Salz (6 Veranstaltungen)
Eberswalder Zentrum für demokratische Kultur, Jugendarbeit und Schule e.V. (Koordinierungsstelle für Toleranz Eberswalde)	Anti-Rassismus-Training für Unterstützer/Innen von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung mit dem Verein Phönix e.V.
Stadtverwaltung Oranienburg	"Oranienburg zeigt Herz"
Studentischer Sport-, Event- und Kulturverein Cottbus e.V.	"Laut gegen Nazis" - Campus Open Air
Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V.	Interreligiöser Kalender 2017
KULTURERBEN e.V.	"Stolpersteine und Orte des Erinnerns... in Fürstenwalde"
Förderverein der Carl-von-Ossietzky-Oberschule, Werder	Projektwoche "Plötzlich Nachbarn-wir helfen Fremden"
Amt Brück	Zusammen(wachsen) im Sozialraum

Zuwendungsempfänger	Maßnahmetitel
Kumulus e.V.	B-Team - Die Tour zum Thema Flucht und Asyl 2016
Förderverein für die Gesamtschule 3 mit GOST in Eisenhüttenstadt	Instant Acts - gegen Rassismus und Gewalt
GEDOK e.V.	100 Gesichter - 100 mal Heimat
Förderverein Gymnasium Dallgow-Döberitz e.V.	Staffellauf Jesse Owens im Olympischen Dorf Elstal
Förderverein Lenné-Schule Hoppegarten e.V.	interkultureller Austausch mit Flüchtlingskindern
Kulturfabrik Fürstenwalde gGmbH	Szenische Lesung "Er ist wieder da"
Förderverein Wiesenschule-Oberschule Jüterbog e.V.	"Schülercafé - Toleranz macht Schule"
Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V.	"Bewegungsfestival - Sprung in der Platte"
Förderverein Umweltpädagogische Station Groß Fredenwalde	Argumentationstraining gegen rechte Argumentationen
Demokratie und Integration Brandenburg e.V. demos	Reichsbürger-Broschüre
Anne Frank Zentrum e.V.	Ausstellungstournee 2016

Zuwendungsempfänger	Maßnahmetitel
Schulverein der Freien Waldorfschule Werder/ Havel	Theaterprojekt und Workshop "Vorurteile abbauen"
Polizeisportverein Cottbus 90 e.V.	Interkulturelle Kompetenz
Jugendhilfe Cottbus e.V.	12 Künstler - 12 Sprachen
Förderverein "Freunde der Otto-Unverdorben-Oberschule Dahme/Mark"	Theaterprojekt "Anne Frank im Wandel der Zeit"
Universitätssportverein Potsdam e.V.	14. Rugby Sanssouci Pokal
Stadt Senftenberg	interkulturelles Kinderfest am 03. Juni
Förderverein "Club der Puschkiner" des Gymnasiums "A.S. Puschkin" Hennigsdorf	Tag "gemeinsam anders" am 19.07.2016
Bürgerstiftung Barnim Uckermark	Demokratiepreis Barnim Uckermark
Belziger Forum e.V.	Neugestaltung Gedenkareal für Opfer rechter Gewalt
RAA Brandenburg	SOR-Landestreffen
Evangelische Kirchengemeinde St. Nikolai Jüterbog	Advent der Begegnung

Prof. Dr. Wilfried Schubarth (Universität Potsdam)
Dr. Michael Kohlstruck (Technische Universität Berlin)
Prof. Dr. Manfred Rolfes (Universität Potsdam)

Zukunftsdialog Tolerantes Brandenburg

Ergebnisse der wissenschaftlichen Beobachtung

*Eine Expertise im Auftrag des Vereins
Demokratie und Integration Brandenburg e.V. (DIB)*

Potsdam, 8. März 2017

Kontakt

Prof. Dr. Wilfried Schubarth
Uhlandstr. 20
14482 Potsdam

Tel.: 0331-977-2176
wilschub@uni-potsdam.de

Dr. Michael Kohlstruck
TU Berlin, TEL 9-1
Ernst-Reuter-Pl. 7
10587 Berlin
Tel.: 030-314-25 838
michael.kohlstruck@tu-berlin.de

Prof. Dr. Manfred Rolfes
Am Sandberg 10
14469 Potsdam

Tel.: 0331-977-2305
mrolfes@uni-potsdam.de

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Ziel und Methodik der Expertise	2
3	Zentrale Ergebnisse der Expertise	3
3.1	Zukunftsdialoge: Struktur, Organisation und Rahmenbedingungen	3
3.1.1	Veranstaltungsstruktur	3
3.1.2	Organisation der Zukunftsdialoge	5
3.1.3	Akteursnetzwerke und Förderstrukturen	6
3.1.4	„Tolerantes Brandenburg“ und „Bündnis für Brandenburg“	7
3.2	Akteure und Teilnehmer	9
3.3	Erwartungen an die Landesebene und an eine weitere Regionalisierung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“	15
3.3.1	Erwartungen an die Landesebene	15
3.3.2	Regionalisierung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ ..	16
3.4	Ziele, Themen und Ergebnisse der Zukunftsdialoge	17
3.4.1	Regionalvernetzung wichtiger als Kooperation mit Landesebene TBB	18
3.4.2	Von der Rechtsextremismus-Bekämpfung zur Flüchtlingsdebatte: Themen und Bedarfe in fünf Thesen	19
3.4.3	„Zukunftsdialoge“ – eine gute Kommunikationsgelegenheit für Aktive? Drei Befunde	21
4	Fazit und Folgerungen	23
4.1	Zukunftsdialoge bestätigen Funktionieren der regionalen Netzwerke ...	23
4.2	Mögliche Folgerungen für die weitere Entwicklung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“	26
4.2.1	Regionalisierung	26
4.2.2	Themen und Aufgaben des TBB	27
4.2.3	Öffentliche Darstellung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“	28

1 Einleitung

Die vorliegende Expertise schließt an die Expertise zum Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“ aus dem Jahre 2014 an.¹

Die damalige Expertise (2014) sollte durch einen Blick „von außen“ Stärken und Schwächen des landesweiten Beratungs- und Kooperationsnetzwerkes identifizieren. Als Stärken wurden identifiziert: die effektiven Informations- und Kommunikationsstrukturen im Beratungsnetzwerk, die zentrale Rolle der Koordinierungsstelle und der Kernakteure wie der Mobilen Beratungsteams (MBT) und der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA), das Mitwirken zahlreicher Kooperationspartner², der parteiübergreifende Grundkonsens und das konstruktive Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte sowie die finanzielle und personelle Stabilität und Kontinuität der Arbeit.

Zugleich wurden in der Expertise von 2014 mehrere *Diskussions- und Entwicklungsbedarfe* für das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ (TBB) formuliert. Diese betrafen vor allem folgende Themenfelder (vgl. Expertise 2014, S. 58ff):

- 1) *Struktur und Status des TBB*, insbesondere die transparente Gestaltung des Verhältnisses des TBB gegenüber den Ministerien und der Zivilgesellschaft.
- 2) *Ziele, Inhalte und Aufgaben des TBB*, z.B. die Klärung des Verhältnisses von Rechts extremismus-Bekämpfung und Demokratieförderung sowie von Intervention und Prävention; mehr Bedeutung sollte dabei den peripheren Regionen mit besonderem Unterstützungsbedarf zukommen sowie insgesamt der Zurückdrängung von Vorurteilen und fremdenfeindlicher Gewalt.
- 3) *Arbeit auf operativer Ebene*, z.B. Kriterien für die Zusammensetzung des Beratungsnetzwerkes entwickeln, die Sichtbarkeit des TBB weiter erhöhen, die Qualität- und Evaluationsdebatte intensivieren und die Zukunft des TBB stärker in den Blick nehmen.

Als Weg zur Bearbeitung der anstehenden Aufgaben wurde ein partizipativ angelegter Dialogprozess empfohlen, der zugleich die notwendigen organisatorischen, strukturellen und personellen Rahmenbedingungen längerfristig sichern könnte.

Insgesamt – so das damalige Fazit – seien jedoch feste strukturelle Grundlagen vorhanden, um auch neuen Herausforderungen im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit erfolgreich begegnen zu können (Expertise 2014, S. 63).

Die damals noch vage formulierten „neuen Herausforderungen“ ließen nicht lange auf sich warten: Die weltweiten Veränderungen seit 2014, insbesondere die Zuwanderung

¹ Vgl. Schubarth, W./Kohlstruck, M./Rolfes, M.: Expertise zum Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“. Parlamentsdrucksache 5/9177, S. 37-66, abrufbar unter: http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/9177.pdf (letzter Zugriff: 20.12.2016).

² Mit dem im Text verwendeten generischen Maskulinum sind alle sozialen und natürlichen Geschlechter gemeint.

Geflüchteter und das Erstarken des Rechtspopulismus, brachten bzw. bringen auch für das Land Brandenburg neue Herausforderungen mit sich. Insofern stehen dem „Toleranten Brandenburg“ neue Bewährungsproben bevor.

Mit den „Zukunftsdialogen“ wurde *eine* der zentralen Empfehlungen der Expertise 2014 aufgegriffen, und zwar die nach der notwendigen *Unterstützung der Akteursnetzwerke in den Regionen (Regionalisierung)*. Damit erfolgte ein wichtiger Schritt, das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ weiterzuentwickeln.

2 Ziel und Methodik der Expertise

Ausgehend von den Empfehlungen aus dem Jahre 2014 initiierte die Koordinierungsstelle 18 Zukunftsdialoge. Die Durchführung lag beim Verein „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“. Ziel war es, mehr über die Potenziale, die Herausforderungen und eventuelle Bedarfe in den Regionen in Erfahrung zu bringen und noch stärker in der Arbeit der Landesebene zu berücksichtigen. Dazu wurden in den Jahren 2015 und 2016 insgesamt 18 Zukunftsdialoge in allen Landkreisen und kreisfreien Städten im Land Brandenburg durchgeführt. Das Autorenteam hat den Auftrag übernommen, diese 18 Veranstaltungen wissenschaftlich zu beobachten.

Ziel der vorliegenden Expertise ist es, die Beobachtungen der 18 Zukunftsdialoge zu dokumentieren und wissenschaftlich auszuwerten. Gegenstand sind *Stand und Entwicklung der Regionalisierung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung*, insbesondere die Frage, wie die Regionalisierung durch die Landesebene noch besser unterstützt werden kann.

Konkret stehen *drei forschungsleitende Fragen* im Mittelpunkt:

1) *Welche Akteure sind in den Regionen aktiv?*

Hier geht es vor allem um die Zusammensetzung der lokalen bzw. regionalen Akteursnetzwerke in thematischer, organisationsbezogener und sozio-demografischer Hinsicht (vgl. Abschn. 3.2).

2) *Welche Erwartungen stellen die regionalen Akteure an die Landesebene?*

Hierbei geht es um Fragen nach der Unterstützung der Regionen durch die Landesebene und generell um Wünsche seitens der Lokal- und Regionalebene hinsichtlich einer künftigen Zusammenarbeit mit der Landesebene (vgl. Abschn. 3.3).

3) *Welche Themen sind in den Handlungsfeldern in den Regionen wichtig?*

Auf den Zukunftsdialogen sollten u.a. die Fragen beantwortet werden, welche Aufgaben aktuell von den lokalen bzw. regionalen Netzwerken für bearbeitungsbedürftig gehalten werden und welche Aufgaben in Zukunft angegangen werden sollen (vgl. Abschn. 3.4).

Aus wissenschaftlicher Perspektive geht es letztlich um die grundlegende Frage nach dem Verhältnis von *Zentralisierung und Dezentralisierung* bei der Weiterentwicklung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ im Flächenland Brandenburg.

Die vorliegende Expertise stützt sich vor allem auf folgende Methoden, die im *Untersuchungszeitraum von April 2015 bis November 2016* zum Einsatz kamen:

a) Statistiken

Alle zugänglichen Statistiken zu den 18 Zukunftsdialogen wurden ausgewertet, insbesondere Anmelde- und Teilnehmerlisten, Einladungslisten, Differenzierung nach ausgewählten Kategorien.

b) Befragung von Hauptakteuren der Zukunftsdialoge (Kurzinterviews)

Vor sowie während und nach den Zukunftsdialogen wurden Kurzinterviews bzw. Gespräche mit den zentralen Akteuren geführt: MBT, Koordinatoren der „Partnerschaften für Demokratie“ bzw. der „Lokalen Aktionspläne“ (Pfd/LAP).

c) Beobachtungen aller 18 Zukunftsdialoge

Alle Konferenzen wurden von mindestens einem Wissenschaftler nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten, d.h. an Kriterien/Indikatoren orientiert, beobachtet, protokolliert und ausgewertet.

d) Dokumentationen zu den Zukunftsdialogen

Die Zukunftsdialoge wurden aus unterschiedlichen Perspektiven und in verschiedenen Formaten dokumentiert, z.B. Ergebnis-, Verlaufsdocumentation, interne Berichte, Homepage, Medienberichte usw. Insbesondere die in den Arbeitsgruppen dokumentierten Ergebnisse wurden in die Expertise mit einbezogen.

Mit den genannten vielfältigen Methoden wurde angestrebt, ein möglichst facettenreiches Bild von den Zukunftsdialogen zu erhalten, um so die Forschungsfragen fundiert beantworten zu können. Die Ergebnisse wurden mit Akteuren der Koordinierungsstelle und dem Beratungsnetzwerk diskutiert, deren Rückmeldungen wurden in der vorliegenden Expertise berücksichtigt.

3 Zentrale Ergebnisse der Expertise

3.1 Zukunftsdialoge: Struktur, Organisation und Rahmenbedingungen

Im Folgenden wird zunächst informiert, wie die 18 Zukunftsdialoge typischerweise abgelaufen sind. Planung und Durchführung der Veranstaltungen stützen sich in hohem Maße auf die Akteursnetzwerke in den Landkreisen und Städten und auf die dort bestehenden organisatorischen Strukturen. Zu den Rahmenbedingungen der Veranstaltungsreihe gehört die veränderte Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, die seit dem Spätsommer 2015 für die Teilnehmerschaft der Zukunftsdialoge und für die Förderstrukturen erhebliche Konsequenzen hatte.

3.1.1 Veranstaltungsstruktur

Die 18 Zukunftsdialoge wurden bis auf die Eröffnungsveranstaltung als eintägige Fachtagungen durchgeführt. Die Veranstaltungsdaten und die jeweiligen organisatorischen Kontexte sind in Tabelle 1 aufgeführt; sie werden in den Abschnitten 3.1.1 bis 3.1.4 erläutert.

Tab. 1: Übersicht über die 18 Zukunftsdialoge³

Landkreis/ Stadt, <i>Veranstaltungsort</i> (Nummerierung in zeitlicher Folge)	Termin (Wochentag)	Kombination ZD mit Pfd-Demokratiekon- ferenz (Kurzbez. der Pfd; landkreisweit oder Teilregion)	Ausrichtung des ZD in Kooperation mit anderen lokalen Netz- werken	Dokumenta- tion im In- ternet ver- fügbar	Pfd/ LAP in der Region ohne Ausrichtung des ZD
Barnim, <i>Schorfheide Buckow</i> (17)	13.10.2016 (Do)	—	x	x	
Brandenburg a.d.H. (4)	23.11.2015 (Mo)	—	x	x	
Cottbus (1)	17./18.4.2015 (Fr/ Sa)	x		—	
Dahme-Spreewald, <i>Wildau</i> (2)	7.5.2015 (Do)	x		x	
Elbe-Elster, <i>Doberlug-Kirchhain</i> (6)	18.2.2016 (Do)	x		x	
Frankfurt (Oder) (12)	11.6.2016 (Sa)	x		x	
Havelland, <i>Nauen</i> (11)	4.6.2016 (Sa)	x (Falkensee)	x	x	Pfd Westhavel- land
Märkisch-Oderland, <i>Schloss Trebnitz</i> (13)	14.7.2016 (Do)		x	x	Pfd Fürstenwal- de, Pfd MOL
Oberhavel, <i>Oranienburg</i> (15)	5.10.2016 (Mi)	x	x	x	
Oberspreewald-Lausitz, <i>Senftenberg</i> (16)	7.10.2016 (Fr)	—	x	x	
Oder-Spree, <i>Eisenhüttenstadt</i> (14)	29.9.2016 (Do)	—	x	x	
Ostprignitz-Ruppin, <i>Kyritz</i> (7)	22.2.2016 (Mo)	x		x	
Potsdam (5)	28.11.2015 (Sa)	—	x	—	
Potsdam-Mittelmark, <i>Michendorf</i> (18)	30.11.2016 (Mi)	x (Hoher Fläming)		x	
Prignitz, <i>Wittenberge</i> (8)	13.4.2016 (Mi)	x (RWK Prignitz)		x	
Spree-Neiße, <i>Forst</i> (10)	26.5.2016 (Do)	x		x	
Teltow-Fläming, <i>Luckenwalde</i> (3)	4.7.2015 (Sa)	x		x	
Uckermark, <i>Prenzlau</i> (9)	22.4.2016 (Fr)	x		x	

Alle Zukunftsdialoge umfassten zwei Teile: Der weitgehend einheitlich gestaltete Informationsblock am Vormittag lag in der Verantwortung der Koordinierungsstelle des TBB (in Tab. 2 grau unterlegt), während der zweite Teil von den regionalen Veranstaltern gestaltet wurde.

³ Quellen: Website Zukunftsdialog Tolerantes Brandenburg (Träger: Demokratie und Integration Brandenburg e.V.), abrufbar unter: <http://www.zukunftsdialog-brandenburg.de/> (letzter Zugriff: 9.1.2017). Website des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ (Träger: BMFSFJ), abrufbar unter: <https://www.demokratie-leben.de/programm-partner/partnerschaften-fuer-demokratie.html#r-4> (letzter Zugriff: Stand 9.1.2017) und Auskünfte der regionalen Organisatoren.

Tab. 2: Typischer Ablauf eines Zukunftsdialogs

9.00 Uhr	Ankommen der Teilnehmer, Kaffee, Imbiss
9.30 Uhr	Begrüßung durch den Landrat oder andere Politiker Begrüßung durch die gastgebende Einrichtung und weitere Grußworte Vorstellen der Agenda
10.00 Uhr	Information über Struktur und Aufgaben des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ durch die Vertreterin der Koordinierungsstelle Kurzfilme zu den Organisationen des Beratungsnetzwerkes des TBB Information zur regionalen Situation des Rechtsextremismus durch einen Vertreter des Verfassungsschutzes Brandenburg oder des MBT
12.00 Uhr	Vortrag eines Wissenschaftlers zur Flüchtlingsthematik, Demokratieförderung und Rechtspopulismus-Thematisierung, zu Rechtsextremismus oder einem anderen Thema (nur bei einigen Veranstaltungen) Vorstellung der Thementische oder Arbeitsgruppen für den Nachmittag Zuordnung der Teilnehmer zu den Gruppen
13.00 Uhr	Mittagspause
14.00 Uhr	Arbeit in Kleingruppen an Thementischen oder in Arbeitsgruppen Dokumentation der Arbeitsergebnisse auf Flip-Chart oder Metaplan-Wänden
15.45 Uhr	Vorstellung der Gruppenergebnisse im Plenum Auswertung und Zusammenfassung der Veranstaltung
16.30 Uhr	Ende der Veranstaltung

3.1.2 Organisation der Zukunftsdialoge

Die Initiative zu den Zukunftsdialogen geht auf die Koordinierungsstelle TBB zurück. Die Durchführung der Zukunftsdialoge wurde dem Verein „Demokratie und Integration Brandenburg e.V. (DIB)“ mit seinen beiden Arbeitsbereichen RAA und MBT übertragen.⁴

Die Delegation des Projekts Zukunftsdialoge an den DIB e.V. ist im Hinblick auf das übergeordnete Ziel einer intensiveren Regionalisierung des TBB ein aufschlussreiches Faktum: Für die Koordination von Planung, Vorbereitung und Durchführung der Zukunftsdialoge wurde eine zentrale Projektstelle in der Geschäftsstelle des DIB e.V. eingerichtet; in den Landkreisen und Städten wurde die Organisation von den sechs Büros für Integration und Toleranz (BIT) übernommen, die DIB e.V. in Angermünde, Cottbus, Frankfurt (Oder), Neuruppin, Potsdam und Trebbin unterhält. Diese Büros bilden die regionalen Niederlassungen von RAA und MBT.⁵ Diejenigen Zukunftsdialoge, die mit einer Tagung der „Partnerschaften für Demokratie“ (Pfd) gekoppelt waren, wurden in unterschiedlichem Umfang von den jeweiligen Pfd-Koordinatoren mitorganisiert.⁶ In etlichen Fällen wirkte überdies die jeweilige Kreisverwaltung oder einzelne Freie Träger mit.

Mit der Initiierung seitens der Koordinierungsstelle und der Vorgabe des zeitlichen Rahmens der Reihe, der Zweiteilung des Programms, der Koordination durch DIB e.V.

⁴ Quelle: <http://demokratie-integration-brandenburg.de/Zukunftsdialog> (letzter Zugriff: 7.1.2017).

⁵ Quelle: <http://demokratie-integration-brandenburg.de/Regionale-Struktur> (letzter Zugriff: 7.1.2017).

⁶ „Partnerschaften für Demokratie“ werden in Abschnitt 3.1.3 näher erläutert.

und der Organisation der Zukunftsdialoge in den Regionen waren sehr viele Akteure mit teilweise divergierenden Interessen an den Zukunftsdialogen beteiligt. Dies wurde nicht zuletzt daran deutlich, dass im Zuge komplizierter Planungsprozesse die Termine in manchen Regionen mehrfach verschoben wurden. In manchen Landkreisen herrschten überdies zunächst Vorbehalte gegenüber einer von zentraler Stelle anberaumten Tagung. Hier musste ein möglicher Ertrag für die Region erst verdeutlicht werden.

An der Tatsache, dass die Zukunftsdialoge als Projekt des DIB e.V. durchgeführt wurden, lässt sich ersehen, dass mit den BITs (RAA und MBT) handlungsfähige regionalisierte Akteure innerhalb des TBB existieren. Auch die Koordinatoren der Pfd/LAP, die bei etlichen Zukunftsdialogen maßgeblich mitgewirkt haben, sind solche Akteure mit hoher Regionalkompetenz. Sie sind jedoch nur mittelbar Teil des TBB, da sie aus Bundesmitteln finanziert werden. Die landesweite Kooperation von 9 der 15 Pfd-/ LAP-Koordinationsstellen wird wiederum vom DIB e.V. organisiert.

Ohne die spezifischen Kenntnisse von aktuellen Problemlagen und Akteursnetzwerken wären die Planung und Durchführung der Zukunftsdialoge nicht möglich gewesen. Mit diesen regionalen Akteuren existiert somit eine stabile Grundlage für eine weitere Intensivierung der regionalen Bedeutung des TBB.

3.1.3 Akteursnetzwerke und Förderstrukturen

In den 4 kreisfreien Städten und den 14 Landkreisen des Landes existieren unterschiedlich große Akteursnetzwerke. Diese Akteursnetzwerke bestehen aus ehrenamtlich tätigen Personen, aus Mitarbeitern von Freien Trägern, von Kommunalverwaltungen und aus Kommunalpolitikern. Sie stellen die gesellschaftliche Basis der operativen Arbeit der Demokratieförderung (einschließlich der Thematisierung von Rechtspopulismus), der kritischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Flüchtlingsintegration und allen weiteren Aspekten von Integration und Inklusion dar.

Ihre Entstehung, ihre Entwicklung und ihre aktuelle Existenz verdanken sie der Initiative von engagierten Einzelnen und Gruppen, die in ihrem (beruflichen oder privaten) sozialen Umfeld Probleme identifizieren und sich entschließen, diese Probleme zu bearbeiten.

Das Alter, der Umfang, die personelle Zusammensetzung, Organisations- und Rechtsformen, die territoriale Reichweite, das Verhältnis zur kommunalen Verwaltung und Politik, die Themen und die Aktivitätsformen dieser Netzwerke unterscheiden sich stark. Diese Akteursnetzwerke waren zum einen die Zielgruppe, an die sich die Zukunftsdialoge richteten, zum anderen hätten die Zukunftsdialoge nicht vorbereitet und durchgeführt werden können ohne die engagierte Mitwirkung von Aktivkernen dieser Akteursnetzwerke.

Charakteristisch für die Situation in Brandenburg ist dabei die Verschränkung von Bundes- und Landesförderung und die damit zusammenhängende Organisation der Akteursnetzwerke: In 15 Städten, Regionen oder ganzen Landkreisen Brandenburgs werden derzeit im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben! Aktiv gegen Rechts-

extremismus, Gewalt und Menschenfeindschaft“ sogenannten „Partnerschaften für Demokratie“ (PfD) gefördert.⁷

Die PfD sind regionale Kooperationsverbände, die mit der finanziellen Förderung aus dem Bundesprogramm über einen *Aktions- und Initiativfonds* verfügen. Damit werden Projekte in der Region gefördert. Bei der Vergabe der Mittel berät der jeweilige *Begleitausschuss*, der sich aus Vertretern der Region zusammensetzt. Die Regie liegt bei den regionalen *Koordinierungsstellen* der jeweiligen PfD.⁸

Zum Konzept der PfD gehört es, dass mit einem Aktivitätsbudget zwischen 35.000 € und 55.000 € kalenderjährlich pro PfD Kleinst- und Kleinprojekte mit Sachmitteln (und nicht mit Personalmitteln) gefördert werden und damit vor allem die Arbeit von Ehrenamtlichen unterstützt wird.⁹ Die PfD wurden unter der Bezeichnung „Lokale Aktionspläne“ (LAP) erstmals mit dem Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT“ (Programmlaufzeit 2007 bis 2010) eingeführt. Das anschließende Bundesprogramm „Toleranz Fördern, Kompetenz stärken“ hat die Förderung von LAP fortgeführt.¹⁰ Die PfD im derzeit laufenden Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ entsprechen den früheren LAP. Die Bezeichnung LAP hat sich im Sprachgebrauch der Akteure weitgehend erhalten.

Die PfD sind aktuell seitens des BMFSFJ verpflichtet, kalenderjährlich eine sogenannte „Demokratiekonferenz“ durchzuführen. 13 der insgesamt 18 Zukunftsdialoge wurden im Rahmen der obligatorischen PfD-Demokratiekonferenzen organisiert, bei denen über die Arbeits- und Förderschwerpunkte der PfD zu beraten war (vgl. Tab. 1). Sie wurden dazu um einen spezifischen inhaltlichen Teil ergänzt. 5 Zukunftsdialoge wurden nicht zugleich auch als PfD-Demokratiekonferenzen durchgeführt (vgl. Tab. 1).

Der hohe Anteil der Zukunftsdialoge, die auf eine ohnehin anstehende Demokratiekonferenz aufgesattelt waren, macht zweierlei deutlich: Die Tatsache existierender Akteursnetzwerke in den Städten und Regionen Brandenburgs war die Voraussetzung dafür, dass die Zukunftsdialoge überhaupt eine interessierte Teilnehmerschaft ansprechen konnten. Demokratieförderung und Auseinandersetzung mit antidemokratischen Kräften wird in Brandenburg nicht allein aus dem Landeshaushalt gefördert, sondern auch über den Bund. Die Koordinierungsstelle TBB ist dabei für die Vergabe von Landesmitteln wie für die Mitentscheidung über die Vergabe der Bundesmittel zuständig.

3.1.4 „Tolerantes Brandenburg“ und „Bündnis für Brandenburg“

In der Zeit zwischen dem dritten (Juli 2015) und dem vierten Zukunftsdialog (November 2015) entschied die Bundeskanzlerin im Spätsommer 2015, die Grenzen für Flüchtlinge zu öffnen. In der Folge erreichte der Zustrom von Flüchtlingen einen bis dahin unbe-

⁷ Übersicht über die in Brandenburg existierenden PfD/ LAP, abrufbar unter: <https://www.demokratie-leben.de/programmpartner/partnerschaften-fuer-demokratie.html#r-4> (letzter Zugriff: 8.2.2017).

⁸ Vgl. die Webseite des Bundesprogramms, abrufbar unter: <https://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben/partnerschaften-fuer-demokratie.html> (letzter Zugriff: 7.1.2017).

⁹ Vgl. die Richtlinien des Programms: abrufbar unter: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Leitlinien/ba_151221_Leitlinie-A_Partnerschaften_fuer_Demokratie_aktualisiert.pdf, S. 14, letzter Zugriff: 1.11.2016. und https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Leitlinien/Foerderleitlinie_A_2017.pdf, S. 14 (letzter Zugriff: 2.1.2017).

¹⁰ Vgl. <http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/das-bundesprogramm/lokale-aktionsplaene/> (letzter Zugriff: 7.1.2017).

kannten Umfang. Dies stellte sowohl die Landespolitik wie auch die regionalen Akteursnetzwerke vor neue Herausforderungen. Eine Antwort bestand in der Gründung des „Bündnis für Brandenburg“ (BfB) am 26.11.2015.

„Ziel des Bündnisses ist es, Integrationsbemühungen zu bündeln und Konzepte miteinander zu verbinden. Zudem soll es eine zentrale Plattform für gesellschaftliche Kommunikation zur Flüchtlingsintegration sein. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie wird nur gelingen, wenn sich die Gesellschaft dieser Aufgabe stellt und sie als Chance begreift.“¹¹

Die Koordination dieses neuen Kooperationsverbundes wurde in der Staatskanzlei angesiedelt. Mit Wirkung zum 1.4.2016 wurde die Koordinationsstelle des TBB vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS) ebenfalls in die Staatskanzlei verlagert. Das Bündnis für Brandenburg wird von der Leiterin der Koordinierungsstelle des TBB koordiniert.¹²

Mit der neuen Flüchtlingspolitik und der Gründung des BfB waren Veränderungen bei den Zukunftsdialogen zu beobachten, die sich auf die Förderpolitik, auf die Themenauswahl und auf die Teilnehmerzusammensetzung bezogen.

Die finanziellen Landes- und Bundesmittel, die unmittelbar oder unter Mitwirkung der Koordinierungsstelle des TBB beantragt werden konnten, wurden deutlich erhöht. Dabei lag die finanzielle Ausstattung aus Landeshaushaltsmitteln beim BfB mit 1,73 Mio. € über dem Etat des TBB (1,17 Mio. €).¹³ Bei den Zukunftsdialogen wurde über die veränderte Finanzausstattung durch das Land und über die Erhöhung der Förderleistungen aus den Bundesprogrammen „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ informiert. Damit wurde die Service-Aufgabe der Koordinierungsstelle bei der Vergabe von Fördermitteln betont und seitens der Landesebene des TBB die vertikale Information gegenüber den regionalen Akteursnetzwerken intensiviert.

Die neue politische Situation bestimmte die Themenwahl der Zukunftsdialoge, so dass Fragen der Flüchtlingspolitik, der ehrenamtlichen Flüchtlingsunterstützung und der Flüchtlingsintegration generell in den Mittelpunkt gestellt wurden (vgl. Abschn. 3.4). Zunächst standen Aspekte der Unterbringung im Fokus, später Fragen der Integration in Alltag, Bildung und Wirtschaft.

Hinsichtlich der Teilnehmerschaft bestand die Veränderung darin, dass im Verlaufe der Reihe der Zukunftsdialog mit den in der Flüchtlingsarbeit Engagierten auch Personen zu den Veranstaltungen gekommen waren, die zuvor nicht Teil der bestehenden regionalen Akteursnetzwerke waren. Dazu gehörten etwa Mitglieder von sogenannten „Willkommensinitiativen“. Diese Entwicklung war nicht bei allen Zukunftsdialogen in gleichem

¹¹ Webseite Bündnis für Brandenburg: <http://buendnis-fuer-brandenburg.de/> (letzter Zugriff: 2.1.2017).

¹² Vgl. dazu die Begründung der Staatskanzlei im Brandenburgischen Landtag vom 27.4.2016 (LT-Plenarprotokoll 6/ 27, S. 2471).

¹³ Vgl. zu den Details den 6. Bericht der Landesregierung „Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung vom Mai 2016, (LT-Drs. 6/ 4243, insbes. S. 4, 8, 63, 65), abrufbar unter: https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_4200/4243.pdf; Nachtragshaushaltsgesetz 2016 (LT-Drs. 6/ 3270, S. 105f.) sowie https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_3200/3270.pdf.

Maße zu beobachten, lässt sich aber als Tendenz festhalten. Das thematisch breit aufgespannte Dach ließ die Zukunftsdialoge in zunehmendem Maße auch zu einer Anlaufstelle für Akteure der Flüchtlingsarbeit werden.

3.2 Akteure und Teilnehmer¹⁴

Dieser Abschnitt analysiert die Teilnehmerschaft der Zukunftsdialoge (vgl. Kap. 2, Frage 1). An den durchgeführten 18 Zukunftsdialogen im Land Brandenburg nahmen insgesamt 1.244 Personen teil, weitere 243 hatten sich angemeldet, mussten dann aber letztlich die Teilnahme absagen (vgl. Tab. 3). Eingeladen wurde in der Regel durch die Veranstalter vor Ort. Dabei erfolgte überwiegend eine namentliche Einladung von potenziellen Interessenten in den Kommunalverwaltungen sowie von offiziellen und informellen regionalen Netzwerken (z. B. lokale Partnerschaften für Demokratie, Integrationsnetzwerke, Netzwerke sozialer Dienste, einschlägige Initiativen und Vereine). Es wurden zudem Vertreter aus Politik und Parteien eingeladen sowie die lokalen Vertreter der Kooperationspartner im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung. Diese wurden in den meisten Fällen von der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ eingeladen. Nach Schätzung der einladenden Institutionen wurden mit den Einladungen je Stadt bzw. Landkreis zwischen 200 und 400 Personen erreicht. In mehreren Regionen wiesen die lokalen Verantwortlichen und Organisatoren darauf hin, dass im Rahmen der Zukunftsdialoge in signifikantem Maße neue Akteure und Interessenten aktiviert werden konnten.

An den 18 Veranstaltungen nahmen durchschnittlich 70 Personen teil. Mit 106 Personen verzeichnete der Zukunftsdialog im Landkreis Oberhavel die meisten Teilnehmer, in Frankfurt (Oder) fand der kleinste Zukunftsdialog statt. Eine Prüfung zeigte, dass die Teilnehmerzahlen nur schwach mit den Einwohnerzahlen der Landkreise bzw. der kreisfreien Städte korrelieren und nur bedingt mit der Anzahl und Verbreitung von Einladungen in Zusammenhang stand. Nach Aussagen der Veranstalter repräsentieren die Teilnehmer zwischen 40 und 60 Prozent, in Einzelfällen auch 90 Prozent der aktiven Akteure der lokalen Netzwerke für Toleranz- und Demokratieförderung und Integration. Diese Streuung der Teilnehmerzahlen muss als Ergebnis zahlreicher lokaler und situativer Rahmenbedingungen verstanden werden (vgl. auch Abschn. 3.4.2). Unseren Einschätzungen zufolge war beispielsweise das Teilnahmeinteresse an den Zukunftsdialogen eher dann besonders groß, wenn in den Veranstaltungen aktuelle Bedarfslagen der regionalen Akteursnetzwerke aufgegriffen wurden (z. B. die Erarbeitung eines kreisweiten Integrationskonzepts). In vielen Landkreisen und kreisfreien Städten wirkte sich dagegen eine enge zeitliche Folge von inhaltlich ähnlichen Tagungen und Netzwerktreffen (z. B. Dialogforen auf Landes- und Kreisebene, Koordinierungstreffen im Zusammenhang mit der Flüchtlingszuwanderung, Veranstaltungen im Rahmen des BfB) mindernd auf die Teilnehmerzahlen der Zukunftsdialoge aus.

¹⁴ Die Aussagen in diesem Abschnitt gehen einerseits auf Auswertungen der Anmelde- und Teilnehmerlisten der 18 Zukunftsdialoge zurück sowie andererseits auf die Zählungen und Beobachtungen während der Veranstaltungen. *Bei den nachfolgenden Auswertungen wurden die Vertreter der Organisationsteams (z. B. von der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, demos oder Moderatoren) nicht berücksichtigt.* Deren Größenordnung lag jeweils zwischen 7 und 10 Personen.

Tab. 3: Teilnahme an den 18 Zukunftsdialogen im Überblick

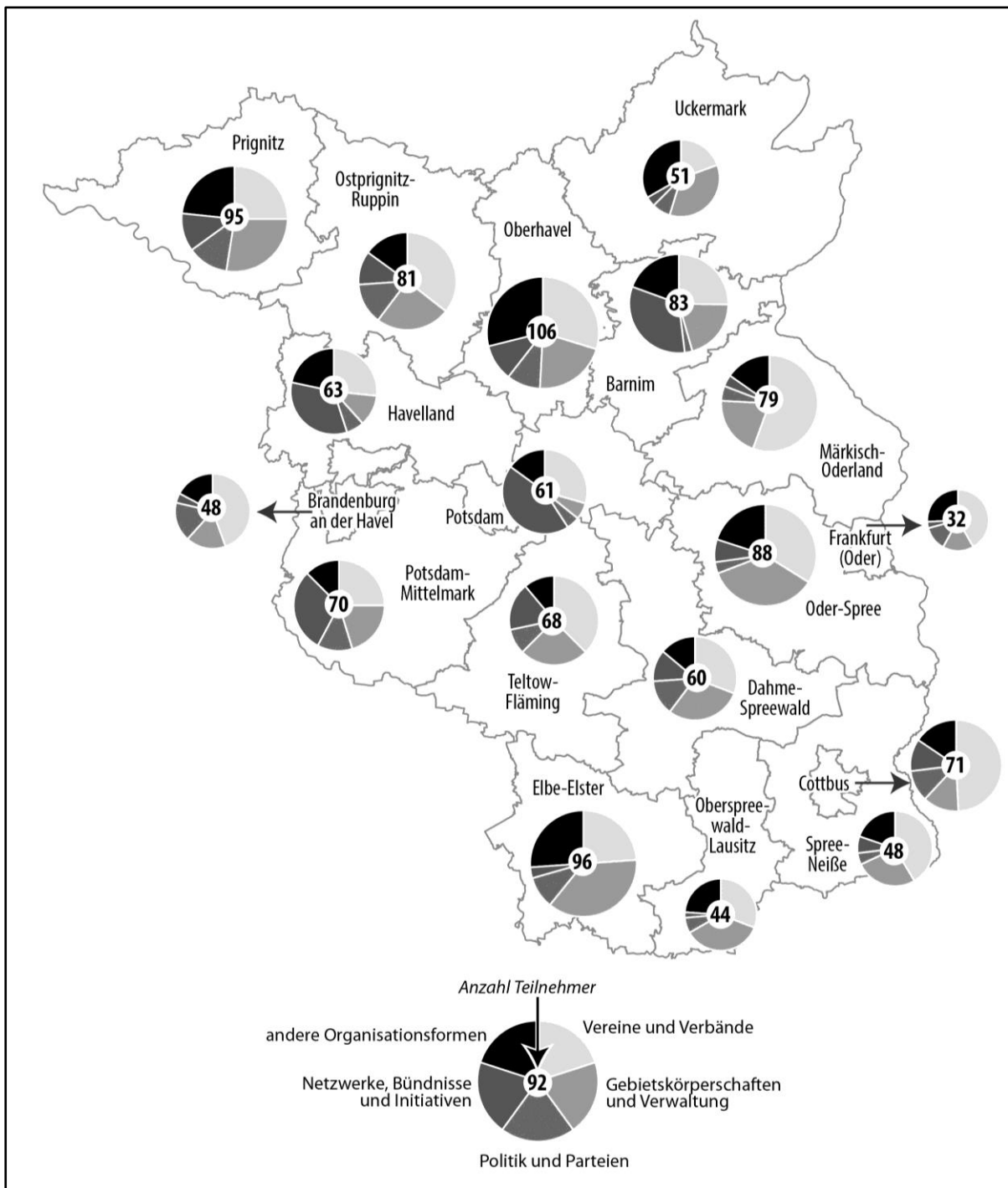
	Teilnehmer (lt. Anmelde Listen, ohne Organisationsteam)				Teilnehmer (Zählungen und Schätzungen der Veranstaltungsbeobachter)			
	anwesend	abgesagt	davon Frauen (in %)	davon Koop-Partn.	vormittags	davon unt. 25 J. (in %)	davon ü. 65 J. (in %)	nachmittags
Barnim	83	10	53 %	13 %	60	3 %	17 %	36
Brandenburg a. d. Havel	48	21	67 %	17 %	48	15 %	9 %	32
Cottbus (2-tägig)	71	6	58 %	17 %	50	18 %	k.A.	48
Dahme-Spreewald	60	11	38 %	17 %	48	17 %	4 %	36
Elbe-Elster	96	21	57 %	10 %	95	12 %	9 %	66
Frankfurt (Oder)	32	9	45 %	10 %	25	12 %	28 %	21
Havelland	63	5	49 %	10 %	50	10 %	10 %	40
Märkisch-Oderland	79	21	57 %	10 %	85	12 %	12 %	70
Oberhavel	106	13	47 %	16 %	75	13 %	13 %	70
Oberspreewald-Lausitz	44	10	61 %	14 %	42	3 %	-	29
Oder-Spree	88	23	52 %	19 %	85	5 %	2 %	75
Ostprignitz-Ruppin	81	19	51 %	11 %	80	7 %	4 %	66
Potsdam	61	34	62 %	7 %	50	10 %	10 %	40
Potsdam-Mittelmark	70	9	57 %	4 %	45	2 %	15 %	64
Prignitz	95	12	60 %	7 %	90	6 %	5 %	60
Spree-Neiße	48	k.A.	58 %	10 %	49	8 %	-	29
Teltow-Fläming	68	12	54 %	19 %	67	15 %	5 %	62
Uckermark	51	7	61 %	16 %	49	4 %	10 %	34
Insgesamt	1 244	243	55 %	15 %				

Ähnliches ließ sich auch hinsichtlich der Teilnehmerstabilität im Tagesverlauf der Zukunftsdialoge beobachten: In denjenigen Landkreisen und kreisfreien Städten, in denen über etablierte Netzwerke eingeladen wurde und gleichzeitig die Zukunftsdialoge in bestehende Funktionszusammenhänge und Entwicklungsprozesse substanziell eingepasst werden konnten (z. B. im Landkreis Elbe-Elster, im Landkreis Oder-Spree), verzeichneten die Zukunftsdialoge hohe und über den Tag stabile Teilnehmerzahlen. Dominierte dagegen der Informationscharakter, so fielen die Teilnehmerzahlen eher gering aus und die „Schwundquoten“ waren überdurchschnittlich hoch.

Somit ist zu konstatieren, dass die Zusammensetzung und die Anzahl der Teilnehmer der Zukunftsdialoge das Ergebnis eines vielschichtigen Selektionsprozesses ist, der von zahlreichen Determinanten bestimmt wird.

Die Zählungen während der Zukunftsdialoge machen deutlich, dass die Zahlen der tatsächlich Anwesenden nicht immer mit den Werten aus den Anmelde Listen übereinstimmen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass nicht alle Angemeldeten ganztägig an den jeweiligen Zukunftsdialogen teilnahmen. Im Laufe der Tagesveranstaltungen kam es fast überall zu Schwankungen und einem unterschiedlich starken Schwund der Teilnehmer-schaft. Im Hinblick auf das Geschlecht und die Altersstruktur der Teilnehmer gab es zwar Schwankungen, diese können aber nur einzelfallbezogen interpretiert werden.

Abb. 1: Zusammensetzung der Teilnehmerschaft der 18 Zukunftsdialoge nach Organisationsformen (Quelle: Teilnehmerlisten)



Die weitaus meisten Teilnehmer an den Zukunftsdialogen gehörten Vereinen und Verbänden, lokalen Verwaltungen, Gebietskörperschaften, Parteien oder politischen Gremien an. Mit einem Drittel stellen Mitglieder von Vereinen und Verbänden das größte Kontingent der Teilnehmer, gefolgt von Vertretern der lokalen Gebietskörperschaften oder Verwaltungseinrichtungen (24 Prozent). 14 Prozent der Teilnehmenden waren Mitglieder von institutionell nicht gebundenen Netzwerken, Bündnissen und Initiativen. Ihr Anteil lag in der Stadt Potsdam (44 Prozent) und im Landkreis Barnim (33 Prozent) auffällig hoch, beide haben keinen LAP bzw. keine Partnerschaft für Demokratie. 9 Prozent der Teilnehmer waren Vertreter von Politik und Parteien, der überwiegende Teil auf der

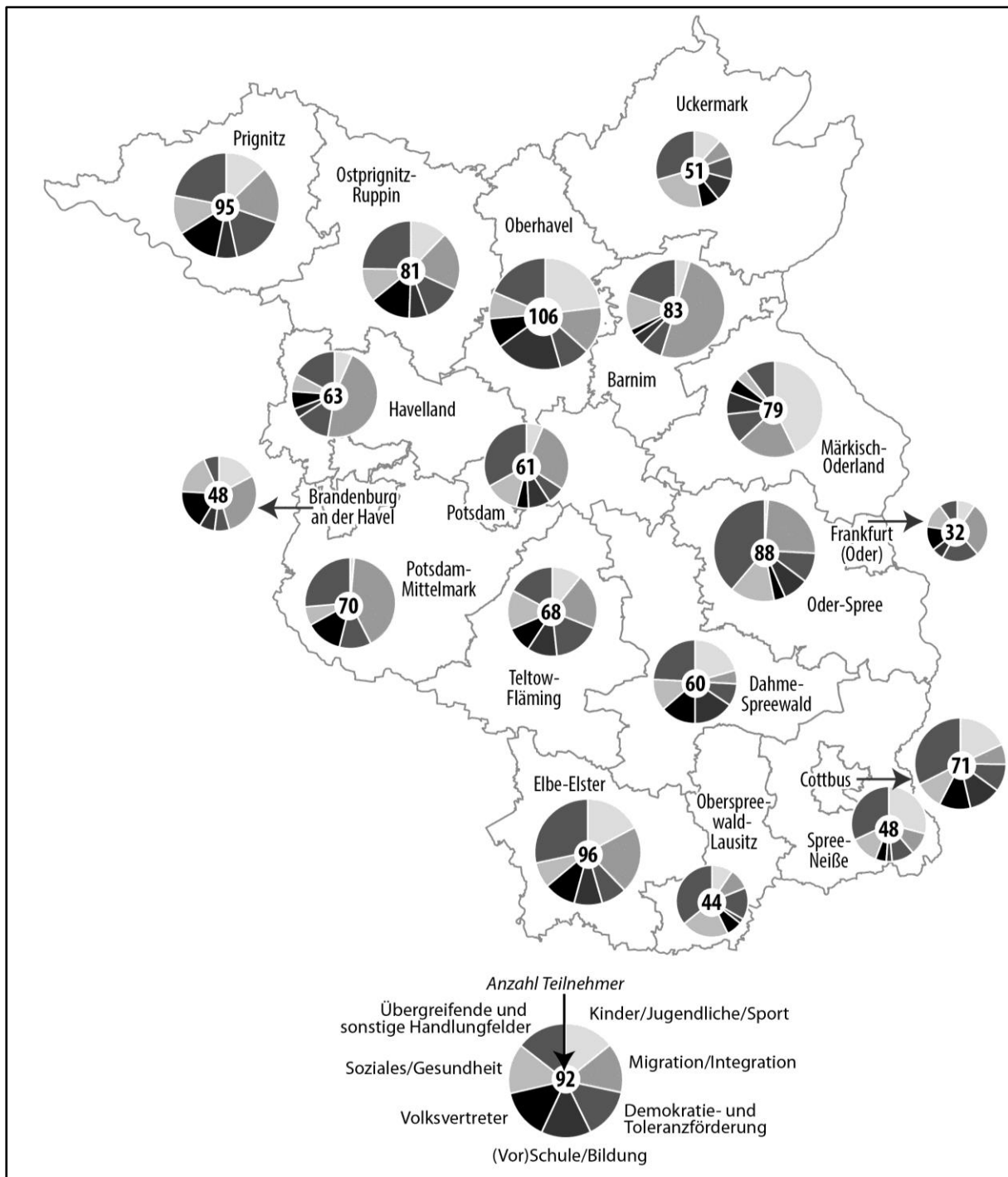
kommunalen Ebene. Vertreter von Landesverwaltungen oder Ministerien waren nur vereinzelt anwesend. Der Anteil der Kooperationspartner lag im Durchschnitt bei 15 Prozent. Insgesamt waren 206 Personen von 22 unterschiedlichen Kooperationspartnern anwesend. Darunter stellten die Wohlfahrtsverbände, die evangelische Kirche und die Landessportjugend/der Landessportbund die größten Gruppen.

Wie Abb. 1 zu entnehmen ist, treten in Bezug auf die Teilnehmerzusammensetzungen zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen teilweise erhebliche Unterschiede auf. Beispielsweise liegt der Anteil der Vertreter von Vereinen und Verbänden im Landkreis Märkisch-Oderland bei 56 Prozent, im Landkreis Uckermark dagegen bei nur 20 Prozent. Im Landkreis Barnim lag der Anteil von Teilnehmern aus Politik und Parteien bei nur 2 Prozent, in der Stadt Brandenburg a. d. H. bei 17 Prozent. Für diese Streuungen können sehr unterschiedliche Ursachen verantwortlich sein. So lassen sie sich beispielsweise darauf zurückführen, in welcher Form zum Zukunftsdialog eingeladen wurde, welcher Stellenwert dem Zukunftsdialog innerhalb der kreisweiten Integrationspolitik zugedacht wurde oder an welchem Wochentag die Veranstaltung angesetzt wurde.

Die Abb. 2 gibt Auskunft, in welchen Handlungsfeldern die Teilnehmenden der 18 Zukunftsdialoge aktiv sind. Die Handlungsfelder wurden auf der Grundlage der organisationsbezogenen Angaben der Teilnehmer in den Anmelde Listen ermittelt. Dabei konnten nicht alle Anwesenden einem spezifischen, einzelnen Handlungsfeld zugewiesen werden, da viele Aktive Querschnittsaufgaben verfolgen und in mehreren Handlungsfeldern tätig sind. Das Handlungsfeld *Migration, Flucht und Integration* ist mit 22 Prozent am stärksten vertreten, vor allem in den Landkreisen Havelland und Barnim. Akteure, die dem Handlungsfeld *Kinder, Jugendliche und Sport* zugeordnet wurden, stellen 15 Prozent der Teilnehmer, wobei die Anzahl von Personen, die ausschließlich dem Bereich Sport zuzuordnen sind, mit insgesamt 33 Personen relativ gering ausfällt. Akteure aus den Bereichen *Demokratie- und Toleranzförderung* sowie *Sozialer Arbeit* (im weitesten Sinne) machten jeweils 11 Prozent aus. 9 Prozent der Teilnehmer waren gewählte Vertreter bzw. deren Mitarbeiter, darunter 47 aus Kommunalparlamenten, 41 aus dem Land- oder Bundestag und 20 Bürgermeister oder Landräte. Sie waren allerdings auf den Zukunftsdialogen in den Landkreisen Barnim, Oder-Spree und Spree-Neiße sowie der Landeshauptstadt Potsdam nur gering vertreten. 8 Prozent der Teilnehmer können dem Handlungsfeld *Kinderbetreuung, Schule und Schulsozialarbeit* zugerechnet werden, wovon sich knapp 40 Lehrer befanden.

Wie sich schon bei den Organisationsformen (vgl. Abb. 1) zeigte, werden erhebliche Schwankungen bei den Handlungsfeldern deutlich. Die Hintergründe können nur regionsspezifisch erklärt werden. So fanden beispielsweise in den Landkreisen Barnim und Potsdam-Mittelmark im Anschluss an die Zukunftsdialoge offizielle Dankesveranstaltungen und Festakte für die lokalen Willkommensinitiativen statt. Dementsprechend hoch liegen in den beiden Landkreisen die Anteile der Teilnehmenden aus dem Handlungsfeld *Migration, Flucht und Integration* (häufig Aktive aus lokalen Willkommensinitiativen).

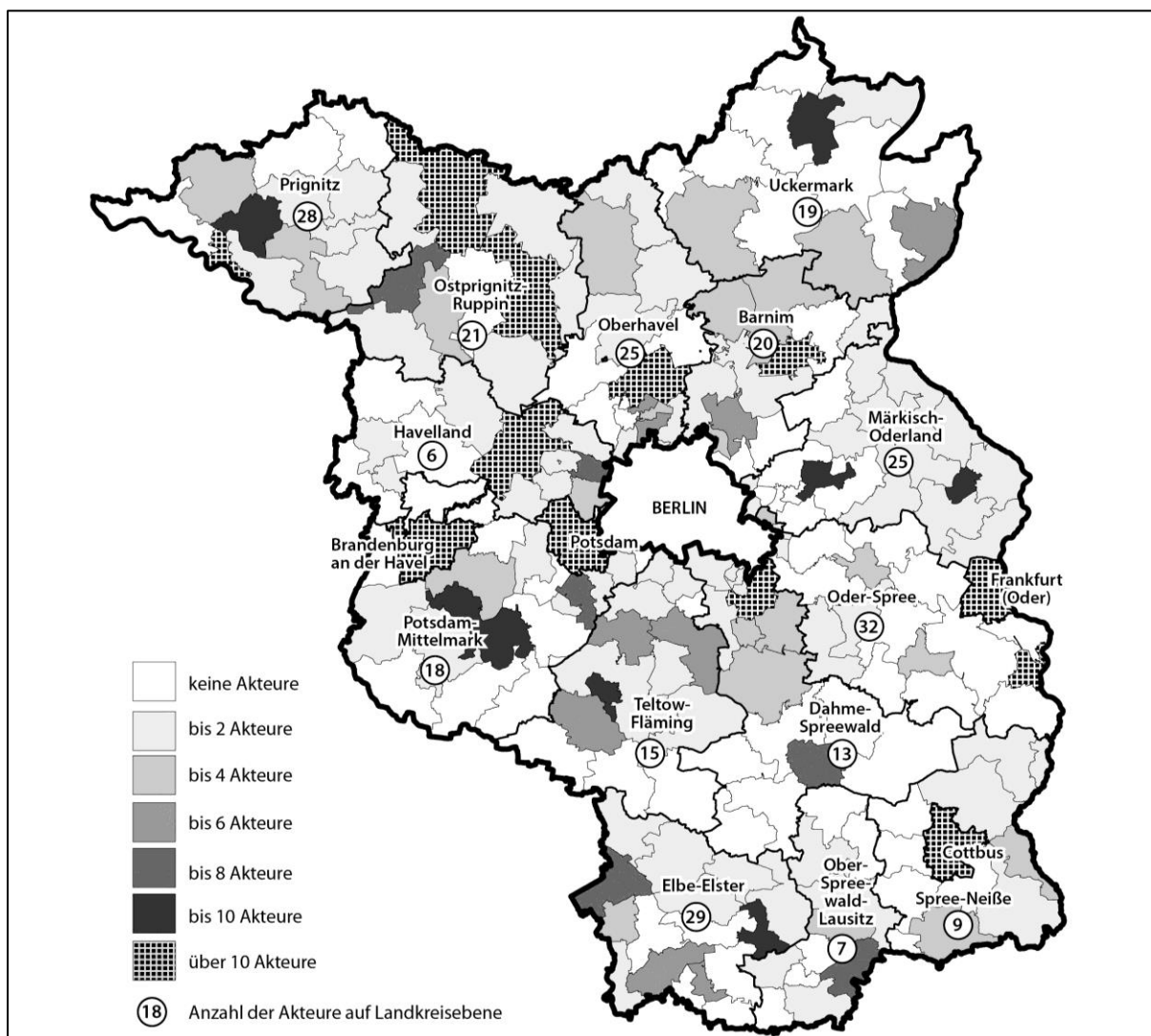
Abb. 2: Zusammensetzung der Teilnehmerschaft der 18 Zukunftsdialoge nach Handlungsfeldern (Quelle: Teilnehmerlisten)



Auf der Grundlage der Anmelde Listen wurde schließlich recherchiert und für jeden Einzelfall rekonstruiert, in welchen Gemeinden bzw. Amtsgemeinden die jeweiligen Teilnehmenden in den Handlungsfeldern *Integration, Demokratie- und Toleranzförderung* haupt- und/oder ehrenamtlich aktiv sind. Abb. 3 zeigt folglich die Aktionsräume aller Personen, die an den Zukunftsdialogen teilnahmen bzw. sich für einen Zukunftsdialog angemeldet haben. Auf den ersten Blick ist zu erkennen, dass es eine sehr breite Abdeckung im gesamten Land Brandenburg gibt. Besonders viele Interessenten und Aktive finden sich erwartungsgemäß in den größeren Städten des Landes sowie im engeren

Verflechtungsraum zu Berlin. Aber auch in einigen peripheren Landkreisen ist in nahezu jeder Gemeinde mindestens eine Person aktiv.¹⁵ Die Darstellung ist gleichwohl unvollständig, da nur diejenigen Personen berücksichtigt wurden, die auf den Anmelde Listen der 18 Zukunftsdialoge verzeichnet sind. Es ist anzunehmen, dass darüber hinaus noch weitere Akteure in den Handlungsfeldern *Integration, Demokratie- und Toleranzförderung* aktiv sind. Zudem waren auf allen 18 Veranstaltungen Vertreter aus Verwaltung und Politik auf Kreis- und Stadtebene anwesend, deren Handlungs- und Aktionsfeld jeweils das gesamte Kreis- oder Stadtgebiet umfasst. Es kann somit festgehalten werden, dass im Land Brandenburg flächendeckend ein dichtes Netzwerk von Akteuren vorhanden ist, die sich in diesem Handlungsfeld engagieren. Dieses Potenzial wurde durch die Zukunftsdialoge sichtbar gemacht. Gleichwohl ist anzunehmen, dass „das Heben dieser Schätze“ in den jeweiligen Landkreisen und kreisfreien Städten unterschiedlich gut gelungen ist.

Abb. 3: Aktionsräume der Teilnehmer der Zukunftsdialoge auf der Ebene von Gemeinden und Amtsgemeinden



¹⁵ Eine Korrelation zwischen der Zahl der Aktiven in den Gemeinden und der Anzahl der Bewohner ergibt einen Pearsonsschen Korrelationskoeffizienten von $r^2=0,67$. Damit werden knapp 70 % der Varianz der Aktiven in den Gemeinden von der Größe der jeweiligen Gemeinde erklärt. Die Zahl der Aktiven ist damit vor allem von der Gesamtzahl der Einwohner in den Gemeinden abhängig.

3.3 Erwartungen an die Landesebene und an eine weitere Regionalisierung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“

Im folgenden Abschnitt geht es um die Erwartungen der lokalen Akteure und der Teilnehmer der Zukunftsdialoge an die Landesebene und die Regionalisierung des Handlungskonzeptes (vgl. Kap. 2, Frage 2). Die Ausführungen stützen sich auf die Auswertung der Arbeitsgruppenergebnisse der Zukunftsdialoge, auf Gespräche mit regionalen Organisatoren, Moderatoren und Teilnehmern und auf 14 aufgezeichnete Kurzinterviews. Berücksichtigt wurden auch die Rückmeldungen der Projektleitung von DIB e. V., der MBT sowie von LAP-/Pfd-Koordinatoren. Aus dem breiten Spektrum von Wünschen, Ideen, Vorschlägen und Erwartungen wurden für die Abschnitte 3.3.1 und 3.3.2 nur diejenigen Rückmeldungen ausgewählt, die sich explizit an die Landesebene des TBB richten und die einen Beitrag zur Konkretisierung des offenen Konzepts der Regionalisierung darstellen. Die nachfolgenden beiden Abschnitte liefern eine systematisierende, qualitative Auswertung der am häufigsten genannten Aspekte aus diesen sehr unterschiedlichen Quellen.¹⁶

3.3.1 Erwartungen an die Landesebene

Zur Landesebene des TBB werden in dieser Expertise diejenigen Mitglieder des Beratungsnetzwerks gezählt, die nur eine zentrale Repräsentanz haben und nicht auch mit Regionalbüros in der Fläche des Landes vertreten sind. Das sind die Koordinierungsstelle, der Verein Opferperspektive e. V. und das Aktionsbündnis. Da das Handlungskonzept ein ressortübergreifendes Konzept der Landesregierung ist, gehören im weiteren Sinne auch die Ministerien und weitere Landeseinrichtungen zur Landesebene des TBB.

Das *Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“* der Landesregierung war vielen Teilnehmern der Zukunftsdialoge vor allem durch die Vergabe von Fördermitteln bekannt. Dadurch, so einige Rückmeldungen, könne das Handlungskonzept seine Bekanntheit weiter erhöhen. Angemahnt wurde bisweilen eine verständliche(re) Sprache für die Bürger. Zudem wurde der Hinweis gegeben, dass die landesweiten Plakate und Flyer zum Thema Rechtsextremismus auch in nichtdeutschen Sprachen veröffentlicht werden sollten. Explizit wurde mehrfach der Wunsch geäußert, die dezentralen Beratungsstrukturen langfristig zu sichern.

Das *landesweite Beratungsnetzwerk* erfuhr während der Zukunftsdialoge viel Lob. Die Beratungseinrichtungen wurden als „verlässlicher Ansprechpartner bei der organisatorischen Unterstützung von regionalen Veranstaltungen“ und „das Beratungsnetzwerk als Ideenschmiede“ bezeichnet. Hervorgehoben wurden z. B. die Inspirationen durch das Konzept "Schöner leben ohne Nazis" des Aktionsbündnisses. Als positiv wurde hervorgehoben, dass im Rahmen der Zukunftsdialoge die Möglichkeit bestand, die jeweiligen Personen aus den landeszentralen Beratungseinrichtungen persönlich kennenzulernen; dies mache die Arbeitsbeziehungen angenehmer und auch leistungsstärker.

Zahlreiche positive Rückmeldungen konnten auch im Hinblick auf die Arbeit der *Koordinierungsstelle* registriert werden. Die Koordinierungsstelle „betreibt eine erfolgreiche

¹⁶ Einzelne Aussagen von Personen oder auf Flip-Charts werden hier wörtlich zitiert; sie sind dann in Anführungszeichen gesetzt.

politische Verwaltung des TBB gegenüber der Landespolitik“ und „sorge für eine verlässliche Sicherung des Haushalts“. Bei der Unterstützung von regionalen Veranstaltungen sei sie in finanzieller wie organisatorischer Hinsicht ein zuverlässiger Partner. Herausgestellt wurde darüber hinaus die sehr gute landesweite Öffentlichkeitsarbeit, die mittlerweile auch die neuen Technologien und Medien nutze und damit neue Adressatengruppen erreicht. Als Anforderungen an die Koordinierungsstelle wurde formuliert, dass fortlaufend in die Regionen informiert und mit den dortigen Aktiven kommuniziert werden solle. Dabei müsse besser verdeutlicht werden, „wofür die Koordinierungsstelle zuständig ist und wofür nicht.“ Als äußerst wichtig und wünschenswert wurde die persönliche Bekanntschaft mit den zuständigen Ansprechpartnern eingeschätzt; deshalb würden Teilnahmen von Vertretern der Koordinierungsstelle an Veranstaltungen in den Regionen (z. B. auf Demokratiekonferenzen) sehr hoch geschätzt. Durch ein systematisches „Reinhören in die Region“ könnten regionale Themen von der Koordinierungsstelle auch vermehrt aufgenommen und gebündelt werden.

An die *Landespolitik und ihre Vertreter* wurde wiederholt die Forderung adressiert, dass klare und profilierte Stellungnahmen im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit antidemokratischen Positionen und Rechtsextremismus nötig seien. Gerade Landespolitiker seien aufgrund ihrer Prominenz in der Lage, einzelne politische Themen für besonders relevant zu erklären und damit für eine erhöhte Aufmerksamkeit innerhalb der Verwaltung zu sorgen. Die entsprechenden Themen ließen sich dann auch seitens zivilgesellschaftlicher Träger leichter bearbeiten.

Insgesamt erwarteten die lokalen Organisatoren und Teilnehmer der Zukunftsdialoge, dass sie als „lokal Engagierte stärker in Entscheidungen einbezogen werden“ (z. B. bei Standortentscheidungen zu Flüchtlingsunterkünften). Immer wieder wird die Erwartung geäußert, die lokalen und regionalen Netzwerke müssten stärker als wirkliche Partner ernst genommen werden. Resümiert man die Rückmeldungen zu diesem Aspekt, so muss betont werden, dass die regionalen Netzwerke in erster Linie eine (höhere) Wertschätzung von der Landesebene erwarten und erst an zweiter Stelle eine konkrete Unterstützung (vgl. auch Kap. 3.4).

3.3.2 Regionalisierung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“

Im Hinblick auf eine Regionalisierung des Handlungskonzepts wurden während der Zukunftsdialoge ebenfalls zahlreiche positive Einschätzungen sichtbar. So dominieren überall die Auffassung und der Eindruck, dass man *in den Landkreisen und kreisfreien Städten bereits sehr gut vernetzt sei und die bestehenden Beratungsangebote den regionalen Bedarfen sehr gut gerecht werden*. Die seit Jahren verlässliche Existenz der im Beratungsnetzwerk zusammengeschlossenen Organisationen ermögliche es, jeweils bedarfspezifisch Beratung und teilweise auch materielle Unterstützung anzubieten. Es wurden auch Beispiele für horizontale Vernetzungen von Akteuren zwischen den Landkreisen genannt, die ohne Vermittlung einer Organisation des Beratungsnetzwerks aufgenommen wurden.

Eine zentrale Rolle spielen dabei – so die Beobachtung während der Zukunftsdialoge und die Aussagen der Teilnehmer – die in der Fläche vorhandenen *RAA und MBT*. Sie seien in den Regionen sehr gut etabliert. „Die persönliche Bekanntschaft, die persönliche

Präsenz und die persönliche Glaubwürdigkeit sind entscheidend“ für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Diese langjährige und verlässliche Existenz der regionalen Beratungsstrukturen wird sehr hoch geschätzt. Positiv wird insbesondere die Personalkontinuität innerhalb der Beratungs- und Fortbildungsorganisationen hervorgehoben. Damit seien verlässliche Kooperations- und Vertrauensverhältnisse aufgebaut worden. Gerade bei der Bearbeitung des Themas Rechtsextremismus, das ein hohes Stigmatisierungspotenzial für Personen und Gemeinden enthalte, habe sich die Diskretion und die professionelle Fachlichkeit der regionalen RAA und MBT bewährt. Vor diesem Hintergrund richten die Akteure in den Regionen die Erwartungen an die Landesebene, dass dieses Beratungsangebot auch für die Zukunft gesichert ist. Dabei solle das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ insgesamt „offen bleiben für neue Themen und Aufgaben, die sich aus dem Anspruch von Inklusion und Integration ergeben“.

In Bezug auf das Verhältnis von Zentralisierung und Dezentralisierung herrscht bei den verantwortlichen Organisatoren der Zukunftsdialoge in den Landkreisen und kreisfreien Städten eine sehr einheitliche Haltung vor: Man möchte „Netzwerke sich selbst organisieren lassen“: In dieser Formulierung aus einem Interview verdichtet sich das Interesse an einer regionalen Autonomie und selbstständigen Ausgestaltung der eigenen Tätigkeitsbereiche in den Regionen. Verbunden ist dieses Interesse in einigen Landkreisen mit einem starken Selbstbewusstsein: Man weiß, dass man regional gut vernetzt ist, innerhalb der Region gut über Finanzierungsmöglichkeiten von Projekten Bescheid weiß und insofern im Regelfall auf eigenen Füßen stehen kann. Über die eigenen Aktivitäten und Arbeitsschwerpunkte möchten die Landkreise und kreisfreien Städte selbst entscheiden. Projektideen landesweit zu kommunizieren sei sinnvoll, „ein Herantragen von konkreten Projekten und Veranstaltungsformaten an die regionale Ebene ist nicht erwünscht“.

3.4 Ziele, Themen und Ergebnisse der Zukunftsdialoge

„Angeregte Gespräche, neue Erkenntnisse, Ernüchterung angesichts von Fakten ebenso wie Motivation durch Engagement anderer. Fertige Konzepte und festgeschriebene Programme gab es nicht, dafür jedoch die Ermunterung, weiter nachzudenken, Kontakte, die bei der Demokratiekonferenz geknüpft wurden, weiter zu pflegen, miteinander im Gespräch zu bleiben, miteinander Projekte zu planen und die Anregungen aus Vorträgen und Workshops mitzunehmen in die eigene Arbeit ... sowie den Wunsch, dass aus den Ergebnissen der Workshops Schlussfolgerungen gezogen werden, die in konkretem Handeln münden.“

„Über Erfolge zu sprechen lohnt, denn gerade in schwierigen Situationen kann die Konzentration auf positive Momente dazu beitragen, frei zu werden und Lösungen für Probleme zu finden.“¹⁷

In diesem Abschnitt werden die Fragen beantwortet, *welche Ziele die Veranstalter mit den Zukunftsdialogen verfolgt haben, welche Themen im Handlungsfeld bearbeitet wurden* (vgl. Kap. 2, Fr. 3) und *welche Ergebnisse die Zukunftsdialoge insgesamt gebracht haben*.

¹⁷ Zitate von der Website des Zukunftsdialogs „Tolerantes Brandenburg“: <http://www.zukunftsdialog-brandenburg.de/dokumentationen/> (letzter Zugriff: 22.12.2016).

3.4.1 Regionalvernetzung wichtiger als Kooperation mit Landesebene TBB

Die *Ziele der Zukunftsdialoge* wurden wie folgt formuliert:¹⁸

„Ziel ist es, in Kooperation mit der Koordinierungsstelle ‚Tolerantes Brandenburg‘ die Bedürfnisse und Herausforderungen in der Region noch stärker in der Arbeit auf Landesebene zu berücksichtigen. 18 regionale Konferenzen ‚Zukunftsdialog Tolerantes Brandenburg‘ werden in den Jahren 2015 und 2016 in allen Landkreisen und kreisfreien Städten im Land Brandenburg durchgeführt, um lokale Akteure, Politik und Verwaltung zum gemeinsamen Dialog über die Zukunft der Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung im Land und den Kommunen anzuregen. Ein wesentlicher Part kommt hierbei auch den lokalen Partnerschaften für Demokratie und den lokalen Bündnissen zu. (...). Wir laden daher alle haupt- und ehrenamtlich Tätigen, die in den Landkreisen und kreisfreien Städten mit der Demokratieentwicklung und in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus aktiv sind oder aktiv werden wollen, herzlich ein. Des Weiteren sind auch die regionalen Strukturen der Kooperationspartner der Koordinierungsstelle des Toleranten Brandenburgs dazu aufgerufen, sich in den Dialog mit einzubringen. Wir begrüßen ebenso die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung, sowohl auf Landesebene als auch auf regionaler Ebene.“

Damit hatten die Zukunftsdialoge *zwei zentrale Ziele*, die von Anfang an in einem gewissen Spannungsverhältnis standen:

1. Ziel: Verbesserung der Kommunikation und Kooperation zwischen lokaler und zentraler Ebene, d. h. eine künftige stärkere Berücksichtigung der Bedarfslagen in den Regionen durch die Landesebene. Dieses Ziel war wiederum zweiteilig: Erstens sollte über das Handlungskonzept und das Beratungsnetzwerk informiert werden, und zweitens sollten die existierenden Kooperationspartnerschaften auf Landesebene auch auf der lokalen Ebene gestärkt werden.

2. Ziel: Initiierung eines Austauschs zur Stärkung der Demokratie und Bekämpfung des Rechtsextremismus in den Regionen.

Beide Ziele hängen eng zusammen: Auf der Basis der Ergebnisse der Zukunftsdialoge (2. Ziel) sollten sich konkrete inhaltliche und strukturelle Folgerungen für eine verbesserte Zusammenarbeit von Region und Landesebene ableiten lassen (1. Ziel). Die Zukunftsdialoge richteten sich an einen sehr breiten und äußerst heterogenen Adressatenkreis der lokalen wie der Landesebene.

Bei der Konzeptionierung und Durchführung der 18 Zukunftsdialoge wurden zwar beide Ziele aufgegriffen; im *Fokus der Regionen stand jedoch das zweite Ziel: der Austausch in den eigenen Netzwerken*, während das erste Ziel zunächst vor allem durch Informationen seitens der Landesebene realisiert wurde. Dies spiegelte sich auch in der Tagungsstruktur wider: vormittags der Informationsteil der Koordinierungsstelle einschließlich Verfassungsschutz, nachmittags Arbeit in Kleingruppen (vgl. Tab. 1).

¹⁸ Vgl. Website Zukunftsdialog „Tolerantes Brandenburg“, abrufbar unter: <http://www.zukunftsdialog-brandenburg.de/about/> (letzter Zugriff: 22.12.2016).

Für die verantwortlichen Akteure war es eine enorme Herausforderung, mit diesen zum Teil unterschiedlichen Zielstellungen und Interessenlagen umzugehen, die sie aber zunehmend besser bewältigten. So konnte ein möglicher „Bruch“ zwischen Vormittags- und Nachmittagsteil meist vermieden bzw. abgemildert werden. Die lokalen Akteure passten die allgemeinen Zielvorgaben relativ autonom an ihre Bedürfnisse an und verfolgten ihre eigenen Ziele, z. B. Vernetzung, Akteure zusammenbringen, Haupt- und Ehrenamtliche vernetzen, praktischer Austausch der Aktiven (Willkommensinitiativen), regionale Netzwerke stärken, zum Flüchtlingsthema ins Gespräch kommen, Entwicklung des Rechtsextremismus vor Ort kennenlernen, über Rechtspopulismus aufklären, Informationen zur Integration (Arbeits-, Wohnungsmarkt usw.) erhalten, neue Akteure gewinnen, Dialog mit Zivilgesellschaft führen usw.

Darüber hinaus wurde auch die *Kooperation mit der Landesebene als Ziel* verfolgt, meist jedoch deutlich nachrangig, z. B. das TBB kennenlernen, das TBB bekannt machen und Perspektiven entwickeln, „*TBB soll sehen, was vor Ort passiert*“ usw.

Die *Erwartungen* an die Zukunftsdialoge waren sehr unterschiedlich und reichten von „*müssen Auftrag erfüllen*“ und „*nicht sehr optimistisch*“ bis hin zu sehr konkreten Erwartungen, z.B. neue Kontakte knüpfen und Vernetzung herstellen.

3.4.2 Von der Rechtsextremismus-Bekämpfung zur Flüchtlingsdebatte: Themen und Bedarfe in fünf Thesen

Die Konzepte der einzelnen Zukunftsdialoge wurden in einem längeren Diskussionsprozess entwickelt, an dem Akteure aus unterschiedlichen Bereichen und Ebenen beteiligt waren.¹⁹ Im Ergebnis unserer Auswertungen lassen sich die Befunde zu den Themen und Entwicklungsbedarfen in den folgenden *fünf Thesen* zusammenfassen:

1) *Die Flüchtlingsdebatte und die Integration Geflüchteter war das dominierende Thema der Zukunftsdialoge.*

Gemessen an den Themenvorschlägen, den Thementischen und den dokumentierten Ergebnissen haben die Flüchtlingsdebatte und die Integration der Geflüchteten die Diskussion auf den Zukunftsdialogen weitgehend dominiert. Das gilt sowohl für die unmittelbare Thematisierung in Form von konkreten Hilfs- und Unterstützungsangeboten - z. B. Sprachkurse, Wohnung, Arbeit, Bildung, Gemeinde usw. - oder in Form stärkerer Vernetzung der Willkommensinitiativen als auch für die mittelbare, indirekte Thematisierung, wenn es z. B. um verbesserte Arbeitsbedingungen für Ehrenamtlichen geht oder auch um den Umgang mit Ängsten, die durch die Zuwanderung bei vielen Menschen ausgelöst bzw. verstärkt wurden.

2) *Im Zeitverlauf (2015-2016) hat sich durch die Flüchtlingsdebatte der Fokus der Zukunftsdialoge gewandelt. Mit dem Thema „Zuwanderung“ sind neue Themen und neue Akteure hinzugekommen.*

Während auf den ersten Zukunftsdialogen eine größere Themenbreite vertreten war (neben der Frage der Integration z. B. der Umgang mit Rechtsextremismus, Demokratie- und Partizipationsförderung, Netzwerkarbeit in Vereinen wie Sport, Feuerwehr, Jugend-

¹⁹ Die Genese der Zukunftsdialoge – sowohl des Gesamtkonzepts als auch der 18 Einzelveranstaltungen – ist nicht Gegenstand der vorliegenden Expertise.

themen, Menschen in prekären Lebenslagen u. a.), rankte sich die Diskussion im Laufe der Zeit zunehmend um die *Integration von Geflüchteten*.

Ursprünglich waren als Schwerpunkte der Zukunftsdialoge die Bekämpfung des Rechtsextremismus und die Förderung der Demokratie vorgesehen; de facto sind jedoch das Thema „Zuwanderung Geflüchteter“ und die in diesem Themenfeld arbeitenden Akteure im Verlauf der Zukunftsdialoge hinzugekommen. Das hängt möglicherweise mit der offenen Themenformulierung zusammen oder mit dem dominierenden Thema „Flüchtlinge“ oder mit einem Mangel an anderen Austauschmöglichkeiten. Damit kam mit der Flüchtlingsdebatte – quasi über Nacht – ein neues Ziel hinzu: die Integration Geflüchteter. Die Zukunftsdialoge haben diesen aktuellen Bedarf flexibel aufgegriffen und im Rahmen der Netzwerke zu bearbeiten versucht.

3) Auch „alte“ Themen wurden im Gefolge der Flüchtlingsdebatte modifiziert, z. B. Fokus Rechtspopulismus.

Die „alten“ Themen wie Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung wurden im Laufe der Zeit durch den „Problemdruck“ vor Ort mit neuen Inhalten gefüllt. Ging es beispielsweise zunächst eher um allgemeine Informationen über Geflüchtete, stellten sich zunehmend konkrete Fragen der praktischen Unterstützung, z. B. beim Spracherwerb, bei Rechtsfragen, der Integration in Kita, Schule, Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Kommunen, Umgang mit Traumata, Öffentlichkeitsarbeit, Fördermöglichkeiten u. a. Zu dem „klassischen“ Thema wie der Situation des Rechtsextremismus in den Regionen kamen neue Fragen hinzu wie (1) der Umgang mit dem erstarkenden Rechtspopulismus - auch im Internet („Viral Hass“) – (2) die Auseinandersetzung mit Alltagsrassismus, Fremdenfeindlichkeit, Vorurteilen oder Islamophobie.

4) Im Vergleich zur Flüchtlingsthematik kam anderen Themen, einschließlich des Themas „Kommunikation und Kooperation zwischen lokaler und Landesebene/TBB“, weitaus weniger Bedeutung zu.

Das von der Landesebene verfolgte Ziel der Verbesserung der Kooperation mit der lokalen und regionalen Ebene stand bei den Thementischen und Diskussionen kaum im Vordergrund. Ähnliches gilt auch für solche Themen wie Demokratieerziehung, Beteiligungsprozesse, Wertebildung, politische Bildung, Jugend(sozial)arbeit u. a. Die Tatsache, dass die Landesebene den Kontakt zur Basis suchte und über die vielfältigen Strukturen und Unterstützungsmöglichkeiten sowie über Entwicklungen des Rechtsextremismus in den Regionen informierte, wurde überwiegend als informativ und hilfreich aufgenommen – nicht nur von den neuen Akteuren. Besonders groß war dabei das Interesse an Fördermöglichkeiten, z. B. Ansprechpartnern, Übersichten zu Förderprogrammen und Möglichkeiten des Zugangs zu Fördergeldern.

Ein *Dialogprozess zwischen lokaler und Landesebene kam während der Veranstaltungen höchstens punktuell zustande*. Dieser war allerdings kaum zu erwarten, sind doch – so kann vermutet werden – die gegenseitige Informiertheit zu gering und die Erwartungen zu unterschiedlich. Auch die personellen und strukturellen Voraussetzungen für eine intensivere Kommunikation und Kooperation sind bisher nicht gegeben. So scheint z. B. die Rolle der Kooperationspartner in den Regionen ausbaufähig zu sein (vgl. Kap 3.2.). Gleiches gilt für die nachgeordneten Behörden und Einrichtungen der im Handlungs-

konzept „Tolerantes Brandenburg“ vertretenen Ministerien und Institutionen, z. B. Schulamt, Kita sowie nicht zuletzt für die politischen Parteien.

5) Jeder Zukunftsdialog hatte – trotz zentraler (Ziel-)Vorgaben – sein eigenes Profil. Dieses hing ab von den Besonderheiten der Landkreise, deren Strategien und Interessen sowie der Qualität bestehender Netzwerke und der Professionalität der Akteure.

Die 18 Zukunftsdialoge waren in Inhalt und Form sehr unterschiedlich. Sowohl die thematische Breite als auch die Vielfalt der Tagungsformate waren eindrucksvoll. So reichte die Palette von Veranstaltungen, die der Information und Fortbildung dienten, über Diskussions- und Austauschveranstaltungen bis hin zu Vernetzungstreffen, z. B. für Willkommensinitiativen, wobei die meisten Veranstaltungen eine Mischung aus den genannten drei Elementen darstellten. Hervorzuheben sind auch die gelegentlichen kulturellen Umrahmungen, die Einbeziehung innovativer Methoden, z. B. Speed Dating, oder die öffentliche Würdigung von Initiativen.

Das Profil der Zukunftsdialoge und auch deren Gelingen hingen von mehreren Faktoren ab. Gemessen an den Rückmeldungen und Beobachtungen lassen sich vor allem folgende *Gelingensbedingungen für die Zukunftsdialoge* identifizieren:

- Existenz funktionierender Netzwerke in der Region und langjährige Erfahrungen im Handlungsfeld
- Verknüpfung des Zukunftsdialogs mit anderen Netzwerktreffen (Demokratiekonferenz, Entwicklung eines Integrationskonzepts) und damit auch Reduzierung von „Tagungsverdichtungen“
- Regionale Bedingungen (z.B. urbane und strukturschwache Regionen) und regionale politische Kultur
- Professionalität der beteiligten Akteure, einschl. Tagungsdidaktik
- Äußere Bedingungen (Zeiten, Ereignisse, Wetter usw.)

3.4.3 „Zukunftsdialoge“ – eine gute Kommunikationsgelegenheit für Aktive?

Drei Befunde

Mit Blick auf die Zukunftsdialoge ist festzustellen, dass diese sehr unterschiedliche Funktionen erfüllten, was einerseits deren Potenziale, andererseits aber auch deren Grenzen verdeutlicht:

- Informations- und Aufklärungsfunktion im Handlungsfeld
- Vernetzungsfunktion für alte und vor allem neue Akteure
- Fortbildungsfunktion, z. B. Trainingsprogramme
- Transferfunktion: Bekanntmachen von Initiativen und guten Beispielen
- Anerkennungsfunktion: Würdigung von Engagierten und Initiativen
- Politische Funktion: Beitrag zur politischen Kultur
- Symbolische bzw. Öffentlichkeitsfunktion

Es stellt sich die Frage, welche Funktionen mit welchen Formaten am besten zu erfüllen sind. Die Zweiteilung der Zukunftsdialoge (Input am Vormittag und Austausch am Nachmittag) verdeutlichen dieses Spannungsfeld.

Vor dem Hintergrund der oben genannten Ziele (1) Initiieren eines Dialoges in Regionen und (2) mit der Landesebene lassen sich – auf der Basis der Beobachtungen und Rückmeldungen – thesenhaft folgende *drei Hauptergebnisse* festhalten:

1. Der Austausch zu aktuellen Problemen in den Regionen ist überwiegend gelungen.

Hintergrund für diese recht positive Bilanz ist die Tatsache, dass in den allermeisten Regionen aktive Akteursgruppen und Netzwerke existieren, die die mit den Zukunftsdialogen gebotene Gelegenheit zum Austausch und zur Vernetzung genutzt haben. Auf der *Habenseite* stehen z. B. anregende Gespräche, eine konstruktive Gesprächsatmosphäre, das Aktivieren und Kennenlernen neuer Akteure, der Austausch von Kontaktdaten, Angebote zur Vernetzung sowie die Informationsgewinnung oder praktische Tipps über vielfältige Themen im Handlungsfeld. Auf der Seite der *Wünsche* stehen u. a. die Entwicklung von längerfristigen Konzepten und Strategien, der Ausbau verlässlicher Kommunikations- und Kooperationsstrukturen und mehr Unterstützung vor Ort. Im Sinne der Nachhaltigkeit ist zu fragen, was aus den neuen Kontakten wird, ob entsprechende Konzepte bzw. Strategien entwickelt werden und ob sich Kommunikation bzw. Kooperation verbessern werden, z. B. zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen. Nur vor diesem Hintergrund lässt sich auch die Frage fundiert beantworten, ob sich der Aufwand der Zukunftsdialoge gelohnt hat.

2. Für einen intensiveren Dialog zwischen lokaler und Landesebene scheint demgegenüber derzeit kein größerer Bedarf zu bestehen.

Eine Information über Strukturen und Fördermöglichkeiten des TBB sowie über die Entwicklung von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus vor Ort wird – von Zeit zu Zeit – als wichtig und wertvoll erachtet. Noch wichtiger scheint jedoch die Bereitstellung niedrigschwelliger Kommunikationsräume für den inhaltlichen Austausch zu spezifischen Problemen vor Ort zu sein. Die Rolle der Landesebene wäre in diesem Zusammenhang weiter zu präzisieren.

3. Die flexible Integration des Flüchtlingsthemas belegt die Funktionsfähigkeit der bestehenden Netzwerke. Gleichwohl bedarf es einer Ausweitung des Dialoges vor Ort, insbesondere einer stärkeren Einbeziehung von „Normalbürgern“, um Tendenzen von Distanzierung, Wut und Polarisierung entgegenzuwirken.

Die Flüchtlingsdebatte bewegt viele Bürger und droht auch das Land Brandenburg zu polarisieren.²⁰ Die Zukunftsdialoge haben das Thema flexibel aufgegriffen, konkrete Probleme diskutiert und Vorhaben initiiert, z. B. für einen Lokalen Aktionsplan oder ein Integrationskonzept. Dadurch wird zugleich auch ein wichtiger Beitrag zur politischen Kultur „im Kleinen“ geleistet. Diese Ansätze gilt es auszubauen, damit der „Zukunftsdialog“ über den Kreis der Aktiven hinausgeht und breitere Bevölkerungskreise, auch mit

²⁰ Das korrespondiert mit aktuellen Befunden zu den Ängsten im Land Brandenburg: Ca. 80% der Brandenburger haben Angst vor Spannungen durch den weiteren Zuzug von Ausländern und vor Überforderung durch Flüchtlinge. Das ist bundesweit ein Spitzenwert. Vgl. <https://www.ruv.de/static-files/ruvde/downloads/presse/aengste-der-deutschen-2016/ruv-aengste-2016-bundeslaender.pdf> (letzter Zugriff: 02.02.2017).

unterschiedlichen politischen Auffassungen, erreicht. In einer heterogenen, pluralistischen Gesellschaft sind Zukunftsdialoge eher kontrovers zu verstehen, was auch Konsequenzen für die konzeptionelle Weiterentwicklung des TBB hat.

Richtungsweisend in diesem Sinne ist folgendes Statement:

„Es sollten in den Kommunen Diskurse angeregt und befördert werden, die der Polarisierung entgegenwirken. Subjektive Ängste als auch Unzufriedenheit mit der Asylpolitik müssen thematisiert werden. Eine große Verantwortung trägt dabei die lokale Politik. Neiddebatten sollten dabei durch Sachdebatten ersetzt werden. Trotzdem sollte es keine Tabuisierung von relevanten Themen geben. Die Beförderung der Diskursfähigkeit auf allen Seiten, ist dabei eine große Herausforderung. Es müssen die entsprechenden Diskursforen oder auch Diskursräume geschaffen werden. Dazu bedarf es auch einer Unterstützung der lokalen Bedeutungsträger aus Wirtschaft, Kultur, Verbänden und Politik. Mit der Aufnahme von „fremden“ Menschen in den Kommunen entstehen Konflikte, die nicht immer politisch motiviert sind. Die Kommunen brauchen ein adäquates und aktives Konfliktmanagement. Nicht bearbeitete Konflikte führen zu Eskalationen und ermöglichen die Instrumentalisierung durch den politischen Rechtsextremismus. Die Bearbeitung von Konflikten erfordert Handlungssicherheit. Die demokratischen Akteure müssen rassistischen und fremdenfeindlichen Entwicklungen konsequent entgegenzutreten. Alle Formen der lokalen sozialen Kontrolle und Interventionen sind hier auszuschöpfen. Diesbezügliche Aktivitäten brauchen Vernetzung, Zuständigkeiten/Verantwortungsübernahmen und Verabredungen für adäquate Synergien.“²¹

4 Fazit und Folgerungen

In diesem Kapitel werden im ersten Teil die zentralen Erkenntnisse der Expertise zusammengefasst (Abschn. 4.1) und anschließend im zweiten Teil mögliche Folgerungen diskutiert (Abschn. 4.2).

4.1 Zukunftsdialoge bestätigen Funktionieren der regionalen Netzwerke

Ziel der Expertise war es, die 18 Zukunftsdialoge von April 2015 bis November 2016 wissenschaftlich zu beobachten. Damit sollte die Frage beantwortet werden, inwieweit mit den Dialogen die angestrebte Regionalisierung des TBB realisiert wurde (vgl. Kap. 2). Die stärkere Unterstützung, insbesondere von peripheren Regionen, war eine von mehreren Empfehlungen der Expertise von 2014.

Mit der Durchführung der Zukunftsdialoge ging es um das Verhältnis von Zentralisierung und Dezentralisierung bei der Weiterentwicklung des TBB. Die vorliegende Expertise stützt sich auf einen Methoden-Mix: Statistiken, Kurzinterviews mit Hauptakteuren, teilnehmende Beobachtungen sowie die Auswertung von Dokumentationen.

Bei der Beobachtung der Zukunftsdialoge standen drei Fragen im Mittelpunkt:

1) Welche Akteure sind in den Regionen aktiv?

An den 18 Zukunftsdialogen nahmen insgesamt 1.244 vorwiegend lokale Akteure teil. Die Analyse der Teilnehmerschaft zeigt, dass in allen Regionen ein sehr breites Spektrum an Aktiven und Interessierten vertreten war: Von Bundes- und Landtagsabgeordnete-

²¹ Vgl. Dokumentation des Zukunftsdialoges in Eisenhüttenstadt auf der Website des Zukunftsdialogs „Tolerantes Brandenburg“: <http://www.zukunftsdialog-brandenburg.de/dokumentationen/> (letzter Zugriff: 02.02.2017).

ten bis zu interessierten Einzelpersonen nahmen sehr unterschiedliche Akteure und Netzwerke an den Zukunftsdialogen teil. Die Veranstaltungen dokumentierten, dass in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg eine beeindruckende Vielfalt von Personen und Institutionen in den Handlungsfeldern *Demokratieförderung*, *Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus* sowie *Migration/Integration* aktiv sind. Hauptamtliche Akteure aus der kommunalen Verwaltung waren ebenso anwesend wie Ehrenamtliche aus Vereinen und Willkommensinitiativen. Die konkreten Handlungsfelder, in denen die Teilnehmer sich engagierten bzw. in denen sie tätig waren, zeichneten sich ebenfalls durch eine sehr große Breite aus (vgl. Abb. 2). Ausgangspunkte und Motoren dieser regionalen Aktivitäten waren in der Regel die LAP/PfD in Kombination mit den lokalen MBT und RAA sowie den Stadt- bzw. Kreisverwaltungen. Das Teilnahmeinteresse an den Zukunftsdialogen war allerdings von zahlreichen Determinanten abhängig: Beispielsweise wirkte sich eine zeitlich dichte Folge von ähnlichen Veranstaltungen in der Region oder im Land in der Regel negativ auf die Teilnahmebereitschaft aus.

2) Welche Erwartungen stellen die Akteure in den Regionen an die Landesebene?

Die Zukunftsdialoge sollten (1.) die Kooperation zwischen Landes- und Regionalebene verbessern und (2.) den Austausch zur Stärkung der Demokratie und Bekämpfung des Rechtsextremismus in den Regionen voranbringen. Unsere Analysen zeigen jedoch, dass es auf den Zukunftsdialogen in erster Linie um den Austausch innerhalb der Regionen ging, d. h. um die horizontale Vernetzung. Das Formulieren von Erwartungen und Anforderungen an die Kooperation mit dem TBB hatten für die Teilnehmer nicht die erste Priorität. Gleichwohl wurden *Einschätzungen im Hinblick auf die Arbeit der Koordinierungsstelle und des Beratungsnetzwerks* geäußert. So wurde vor allem die zentrale Bedeutung der Koordinierungsstelle für die Öffentlichkeitsarbeit, die Fördermittelbereitstellung und die Lobbyarbeit auf Landesebene hoch geschätzt. Die Akteure hoben auch den Stellenwert des dezentralen Beratungsnetzwerkes als einen wichtigen Kristallisationspunkt für eine Aktivierung in den Regionen hervor.

Im Hinblick auf eine weitere *Regionalisierung des Handlungskonzepts* der Landesregierung stellen die Verantwortlichen in den Regionen heraus, dass mit den MBT, den RAA, den LAP/PfD und den Kreisverwaltungen bereits sehr gut etablierte Akteure dezentral aktiv seien. Als besonders bedeutsam galt diesbezüglich eine personelle Kontinuität sowohl auf Landes- als auch auf der lokalen Ebene sowie die Offenheit und Flexibilität für veränderte Herausforderungen. Die Akteure in den kreisfreien Städten und Landkreisen gehen davon aus, dass sich die dezentralen Netzwerke weiter stabilisieren lassen und sich autonom ausdifferenzieren werden.

3) Welche Themen sind im Handlungsfeld in den Regionen wichtig?

Zum *dominierenden Thema* auf den Zukunftsdialogen wurde, insbesondere seit dem Herbst 2015, die Flüchtlingsdebatte und die Integration Geflüchteter – ein Handlungsfeld, das ursprünglich nicht im Fokus der Zukunftsdialoge und des TBB stand und (neben Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung) als neues Thema hinzukam. Andere Themen traten demgegenüber in den Hintergrund, z. B. die vertikale Kommunikation zwischen lokaler und Landesebene, Beteiligungsprozesse, Demokratie-

erziehung und andere. Traditionelle Themen, wie Bekämpfung des Rechtsextremismus, wurden modifiziert (Umgang mit Rechtspopulismus, Hass im Internet usw.).

Durch das Aufgreifen der Flüchtlingsthematik wurde flexibel auf Bedürfnisse und Problemlagen vor Ort reagiert. Insofern haben die Zukunftsdialoge auch einen wichtigen Beitrag zur aktuellen politischen Debatte und zur Integration von Flüchtlingen geleistet. Gleichwohl ist nach möglichen Folgen der Aufgabenerweiterung der Zukunftsdialoge und des TBB insgesamt zu fragen. Dass die *Zukunftsdialoge* eher einen Austausch zu drängenden Gegenwartsproblemen darstellten und weniger einen Dialog über die Zukunft, erklärt sich aus der aktuellen Entwicklung.

Der anvisierte regionale Austausch ist weitgehend gelungen, wie die Rückmeldungen der Teilnehmer und Verantwortlichen zeigen, z. B. anregende Gespräche, Kennenlernen neuer Akteure, Vernetzung usw. Inwieweit die Veranstaltungen eine nachhaltige Wirkung entfalten können und z. B. Kommunikations- und Kooperationsstrukturen ausgebaut werden, hängt vor allem von deren Nachbereitung ab.

Abschließende Anmerkungen zur Funktion und zur Zukunft der Zukunftsdialoge

Resümierend haben die Zukunftsdialoge sehr unterschiedliche Funktionen erfüllt: Zunächst ist die *Informations- und Aufklärungsfunktion* zu nennen. Die Informationseinheit, die sowohl der Darstellung der Hauptakteure des Handlungskonzepts wie der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gewidmet war, stellte einen wichtigen Beitrag für die Information von Personen dar, die neu zu den Akteursnetzwerken hinzugekommen waren. Die Informationen waren auch für diejenigen von hohem Interesse, die bislang zwar mit den regionalen Akteuren des TBB - insbesondere den MBT, der RAA und dem Aktionsbündnis - zusammengearbeitet hatten, denen sich aber die organisatorische Konstellation nicht vollständig erschlossen hatte. Die Rückmeldungen der Teilnehmer zum informierenden Teil der Zukunftsdialoge lassen sich dahingehend zusammenfassen, dass regelmäßige Informationen über die Entwicklung, die Struktur und die Aufgaben des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ sinnvoll sind. Kritisch bemerkt wurde aber, dass die frontal-direktive Form dieser Einheit den Erwartungen vor allem derjenigen Teilnehmer häufig nicht gerecht wurde, die bei anderen Veranstaltungen partizipative Formate kennengelernt hatten.

Insbesondere die regionalisierten Veranstaltungsteile und Arbeitsphasen der Zukunftsdialoge hatten eine wichtige *Vernetzungsfunktion*: Sie dienten dem fachlichen und persönlichen Austausch der Akteursnetzwerke in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Neue Mitwirkende konnten über die neuen Themen und Handlungsfelder (Flüchtlingshilfe, Integration) gewonnen werden – allerdings in nur überschaubarem Maße aus dem Kreis der Landeskoooperationspartner der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“. Kritisch ist anzumerken, dass aufgrund der großen Anzahl von inhaltlich ähnlich ausgerichteten Vernetzungstreffen von einigen Aktiven bisweilen auf Überforderungen und Redundanzen hingewiesen wurde.

Schließlich lässt sich den Zukunftsdialogen eine *Symbol- bzw. Öffentlichkeitsfunktion* zuschreiben. Gegenüber der Öffentlichkeit wird ein gemeinsames Einstehen von Staat und Zivilgesellschaft für Demokratie und Toleranz und eine entsprechende Handlungsbereitschaft dokumentiert. Darüber hinaus sind die Zukunftsdialoge in Zeiten einer sehr

dynamischen Entwicklung in der Flüchtlingspolitik zu einer Plattform geworden, die für Akteure wie Öffentlichkeit eine Ventilfunktion und Krisenbewältigung ermöglicht hat.

Das Gelingen der Zukunftsdialoge, die allesamt ein eigenes Profil aufwiesen, war von mehreren Faktoren abhängig. Sie profitierten vor allem von der Existenz funktionierender Netzwerke in der Region und dem Vorhandensein einer eigenen Strategie, von der politischen Kultur vor Ort und der Professionalität der Akteure. Festzuhalten ist gleichwohl, dass die Zukunftsdialoge auf ein sehr disparates Publikum zielten. Dies machte es mitunter schwierig, die Erwartungen und Anforderungen aller Beteiligten zu erfüllen. Es ist daher fraglich, ob die von den Zukunftsdialogen erfüllten Funktionen weiterhin im Rahmen von *einer* Veranstaltung geleistet werden können bzw. sollten. Konstruktiver erscheint es, z. B. die wichtige Informations- und Aufklärungsfunktion über das Handlungskonzept TBB und seine Akteure in bereits bestehende und von den Regionen selbst organisierte Veranstaltungen zu integrieren.

4.2 Mögliche Folgerungen für die weitere Entwicklung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“

Für die Zukunftsdialoge wurde seitens der Initiatoren und Veranstalter mit einem offenen Konzept von Regionalisierung gearbeitet. Was im Einzelnen mit der Regionalisierung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ gemeint war und wie eine stärkere Regionalisierung ausgestaltet sein kann, war damit Gegenstand der Zukunftsdialoge selbst und auch Frage der wissenschaftlichen Beobachtung. Vor diesem Hintergrund lassen sich aus unserer Sicht einige mögliche Folgerungen für eine Regionalisierung des Handlungskonzeptes (vgl. Abschn. 4.2.1) und entsprechende Anpassungsbedarfe für die handelnden Institutionen beschreiben (vgl. Abschn. 4.2.2 und 4.2.3).

4.2.1 Regionalisierung

Die Zukunftsdialoge haben sichtbar werden lassen, dass im Land Brandenburg in allen Städten und Landkreisen aktive Akteursnetzwerke existieren. Sie unterscheiden sich in vielen Merkmalen, weisen aber die Gemeinsamkeit auf, dass es Personen und Gruppen gibt, die motiviert und in der Lage sind, die regionalen Netzwerke zu organisieren. Dies geschieht teils durch die Personen und Organisationen, die derzeit die Koordinatoren der Pfd und LAP stellen; wo keine derartigen Formationen existieren, gibt es freie Träger und engagierte Einzelne, die de facto als Ansprechpartner fungieren. Aufschlussreich ist auch, dass sich diese Akteursnetzwerke heterogen zusammensetzen: Ehrenamtlich Tätige, Beschäftigte bei freien Trägern und aus den Kommunalverwaltungen, Vereins- und Verbandsvertreter, Privatpersonen und Kommunalpolitiker bilden die Basis der Behandlung von aktuellen Problemen in den Städten und Kreisen. Es wäre insofern unzureichend, hier lediglich von der Zivilgesellschaft zu sprechen.

Eine *Unterstützung dieser Netzwerke und ihrer Kerne* kann im Rahmen des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ auf zwei Wegen erfolgen:

1. auf Landesebene:

Mit der Koordinierungsstelle existiert eine bewährte Serviceeinrichtung, die zum einen selbst Fördermittel vergibt und zum anderen als Berater, Koordinator und Mitentscheider bei der Vergabe von Bundesmitteln fungiert. Das Aktionsbündnis unterstützt die im Land bestehenden Bündnisse und Initiativen, gibt inhaltliche Anregungen, fördert die

Vernetzung und leistet praktische Hilfe. Die Opferperspektive berät die Opfer rechter Gewalt und vermittelt rechtliche, psychologische und medizinische Hilfe. Eine Unterstützung der regionalen Netzwerke könnte bedeuten, Informationseinheiten zu den Zuständigkeiten und Angeboten dieser drei auf Landesebene agierenden Einrichtungen den regionalen Akteuren anzubieten. In den Landkreisen und kreisfreien Städten wäre dann zu entscheiden, ob und in welcher Form von derartigen Angeboten Gebrauch gemacht wird. Mit dieser *systematischen und transparenten Informations- und Kommunikationspolitik* könnte auch dem Umstand Rechnung getragen werden, dass in den regionalen Netzwerken personelle Fluktuationen stattfinden.

2. auf der lokalen Ebene:

Als integraler Teil des Beratungsnetzwerks sind die RAA sowie die MBT mit ihren Konzepten der dezentralen Angebote seit fast zwei Jahrzehnten in den Landkreisen präsent. Eine weitere Regionalisierung im Sinne einer Unterstützung von Nachfragen aus den Regionen könnte hier bedeuten, die derzeit bestehenden Teams personell und in ihrer Infrastruktur (Recherchekapazität, Büro, Mobilität) zu verstärken oder neben den derzeit bestehenden sechs regionalen Niederlassungen, den „Büros für Integration und Toleranz“ (BIT) weitere Standorte zu eröffnen. Eine *mögliche Stärkung des Beratungsnetzwerkes* sollte sich dabei auch an objektiven Bedarfslagen orientieren, z.B. Verbreitung rechtsextremer und rechtspopulistischer Phänomene in den Regionen.

Sowohl die Expertise von 2014 wie die jetzige bestätigen eindrucksvoll, dass die regionalen Akteure des Beratungsnetzwerks mit ihren dezentralen Angeboten in vielerlei Hinsicht eine hohe Passung zu den geäußerten regionalen Bedarfen aufweisen. Dies könnte in Zukunft weiter ausgebaut werden. Konkret wurde mehrfach der Bedarf *nach öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen* geäußert, die sich an eine breite Öffentlichkeit wenden. Bei solchen Veranstaltungen sollten gerade strittige Themen, etwa die Flüchtlingspolitik oder Rechtspopulismus, behandelt werden. Bei der Ermittlung der Bedarfe, der Vorbereitung und Durchführung solcher Veranstaltungen könnten die dezentralen TBB-Akteure eine wichtige Rolle spielen.

4.2.2 Themen und Aufgaben des TBB

Zur zentralen Programmatik des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ gehört die doppelte Aufgabe der kritischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und die Förderung von demokratischem Bewusstsein und Verhalten. Im allgemeinen Teil der Zukunftsdialoge wurde dies dadurch unterstrichen, dass in aller Regel über die Entwicklung des Rechtsextremismus in der Region berichtet wurde.

Bereits in der letzten Expertise ist zum Ausdruck gebracht worden, dass mit dem zweiten Aufgabenfeld der „Demokratisierung der Demokratie“ ein sehr weiter Bereich umrissen wird. Hingewiesen wurde insbesondere auf das damit verbundene Dauererfordernis, das *Verhältnis der spezifischen Aufgaben der Akteure der Koordinierungsstelle und des Beratungsnetzwerks zu den Aufgaben der verschiedenen Ministerien sowie anderer landesweit agierender Institutionen* (z. B. der Landeszentrale für politische Bildung, des Landespräventionsrates u. a.) zu bestimmen (vgl. Expertise 2014). Dieses Erfordernis stellt sich nun umso mehr, da mit der Flüchtlingsthematik ein weiteres Thema und neue Akteure unter dem Dach des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ Einzug gehalten haben. Damit sind neue Aufgaben für die im Rahmen des landesweiten Hand-

lungskonzepts tätigen Akteure verbunden, die bislang nicht zu ihren genuinen Aufgaben gehörten. Beispielsweise wurde im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik bei mehreren Zukunftsdialogen das Thema *Ehrenamt* bearbeitet und dabei eine mögliche Überforderung der ehrenamtlich Tätigen sowie das Verhältnis zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen thematisiert.

Es war fraglos angemessen und hilfreich, den Austauschbedarf der Regionen zu den unabwendbaren Tagesaufgaben der Flüchtlingshilfe und Integrationsarbeit in die Zukunftsdialoge zu integrieren. Die „alte“ Frage nach dem spezifischen Gegenstand des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“, die eine Aushandlung von Zuständigkeiten und Nichtzuständigkeiten impliziert, stellt sich vor diesem Hintergrund aber aufs Neue. Dies ist auch vor dem Hintergrund der Gründung des „Bündnis für Brandenburg“ zu sehen, welches wie die Koordinierungsstelle des „Toleranten Brandenburg“ in der Staatskanzlei angesiedelt ist und mit dieser in Personalunion geführt wird (vgl. Abschn. 3.1.4).

4.2.3 Öffentliche Darstellung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“

Die Auswertung der Zukunftsdialoge macht deutlich, dass gerade bei neuen Interessengruppen teilweise eine erhebliche Unkenntnis über die organisatorischen und förderpolitischen Strukturen im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ und die Zuständigkeiten seiner Akteure herrschte. Auch langjährigen Kooperationspartnern von RAA und MBT war nicht immer bewusst, dass es sich dabei um zwei Arbeitsbereiche eines Vereins handelt, der integraler Teil des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ ist. Für andere Mitglieder des Netzwerkes gilt Ähnliches.

Vor diesem Hintergrund wäre überlegenswert, wie die Außendarstellung der unterschiedlichen Akteure und Institutionen, die im Zuge des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ aktiv sind, angepasst oder vereinfacht werden kann. Dem muss in einem ersten Schritt vorausgehen, inwieweit die (in Abschn. 4.2.2 bereits angesprochenen) sehr vielfältigen Aufgaben, Aufgabenzuschnitte und Zuständigkeiten pointierter und transparenter zu- oder ausgewiesen werden können. In einem zweiten Schritt wäre dann auszuhandeln, wie sich die zweifellos zusammenhängenden Handlungskomplexe von Demokratieförderung (einschl. der Thematisierung von Rechtspopulismus), kritischer Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Integration und Flüchtlingshilfe sowohl nach innen wie auch nach außen wirksamer und klarer profilieren lassen.

Ob und wie nun die dargestellten Entwicklungsmöglichkeiten von den verantwortlichen Akteuren im Einzelnen aufgegriffen und konkret bearbeitet werden, kann nicht von außen vorgegeben werden. Mit Blick auf eine mittelfristige Entwicklungsperspektive scheint es angeraten, zu den angeführten Themen- bzw. Konfliktfeldern in einen Austauschprozess einzutreten. In einem solchen Prozess könnten mögliche Anpassungen beraten und gegebenenfalls Umsetzungsschritte geplant werden. Zugleich ließen sich dadurch die notwendigen organisatorischen, strukturellen und personellen Rahmenbedingungen längerfristig sichern.

Anlage 3: Übersicht der aus Mitteln des Bündnisses für Brandenburg geförderten Projekte

Zuwendungsempfänger	Maßnahmetitel
HelpTo	Personal- und Sachkosten
AWO Landesverband	"Brandenburg zeigt Herz" Mitmachaktion/ ÖA Verständnis erzeugen und Offenheit für die Aufnahme von Geflüchteten erhalten
Katja Ebstein Stiftung	Interkulturelle Begegnung von Kindern und Jugendlichen aus dem Raum Brandenburg / Deutschland und dem arabischen Raum (Flüchtlingsunterkünfte), Integrationscamp I, Villa Lausitz Annahütte 15.08.2016 bis 21.08.2016
Katja Ebstein Stiftung	Interkulturelle Begegnung von Kindern und Jugendlichen aus dem Raum Brandenburg / Deutschland und dem arabischen Raum (Flüchtlingsunterkünfte), Integrationscamp II, Hüttencamp Ökotanien, Annahütte 22.08.2016 bis 28.08.2016
Landesjugendring Brandenburg Trägerwerk e.V	KoFi für BFD-Projekt Beratung, Begleitung, Qualifizierung, Vermittlung und Information
Landesfeuerwehrverband	Ko-Finanzierungen für Ohne Blaulicht (LFW)
Poetenpack e.V.	Erarbeitung eines Theaterstücks mit Begleitprogramm für Schülerinnen und Schülern
Flüchtlingshilfe Babelsberg	Koordinierungsstelle für das Netzwerk Flüchtlingshilfe Babelsberg sowie zur Anbahnung von Patenschaften und aufsuchender Beratung
Landessportbund/ Brandenburgische Sportjugend	Sport- und Spielgeräte für Geflüchtete
Selbsthilfekontakt- und Informationszentrum SEKIZ	Mentoring-Projekt für ca. 20 Geflüchtete, die sich auf dem Arbeitsmarkt integrieren wollen

Zuwendungsempfänger	Maßnahmetitel
ESTAruppin e.V. (diakonischer Verein des Kirchenkreises Wittstock –Ruppin)	Lotsenkoordination
Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe e.V.	Kinder- und Jugendtheater "Friedensbrücke"
Verein für Arbeitsmarktintegration und Berufsförderung - AIB - e.V.	Regionales Arbeitsmarktintegrationsprojekt - Brückenschlag (Teltow/Stahnsdorf)
Kreisjugendring Elbe- Elster JURI e.V.	"Gemeinsame eine Sprache sprechen" Fahrdienst der Johanniter für 6 Kinder zzgl. Begleitende Fachkraft
Evangelische Kirche in Potsdam Flüchtlingsarbeit	"Anders als Du glaubst" Ausstellung der Stiftung Weltethos
Humanistischer Freidenkerbund Havelland e.V.	Begegnungscafé
Stiftung Partnerschaft mit Afrika e.V.	Modellprojekt "3x Deutschland"
Ev. Jugendwerk Teltow-Fläming gGmbH	filmpraktisches Projekt für einheimische und geflüchtete Jugendliche zur Beheimatung UmF, zum Einsatz in der offenen Jugendarbeit und in Schulen "Sprachlos in Teltow-Fläming", Bewerbung bei der Dt. Filmakademie vorgesehen
GEKO e.V.	"Europa heißt Toleranz; Demokratie und Solidarität - was bedeutet das für unseren Umgang mit Flucht, Migration und Integration?" Bildungsangebot an Schulen in 2 Formatvarianten 5 Projekttag und 20 Doppelstunden
Verein gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit e.V. (Aktionsbündnis)	Publikation zur Unterstützung der Integration ins Gemeinwesen durch Aufklärung, Wissensvermittlung den Abbau von Vorurteilen fördern : "Neue Nachbarn 2"

Zuwendungsempfänger	Maßnahmetitel
mitMachen e.V.	RIKSCHA-Projekt: mit Unterstützung von Fachleuten werden mit Geflüchteten Fahrräder zusammengebaut, gemeinsame Fahrradtouren organisiert und das Verkehrsverhalten erlernt.
Respekt e.V.	Filmprojekt über Begegnungen zwischen Geflüchteten und Deutschen
UBV Uckermärkischer Bildungsverbund gGmbH	Entwicklung Arbeitskonzept für Integrationslotsen in Schwedt
Verein für soziale Selbstverteidigung e.V.	Familienwochenende am See Übernahme der Teilnehmerbeiträge für Flüchtlingsfamilien
intertreff e.V.	Theaterprojekt mit sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, zur Unterstützung des Spracherwerbs und Förderung der Kultursensibilität
Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands gemeinnütziger e.V. CJD	Netzwerk "Leben in der Prignitz" - Netzwerkkoordination zur Integration und Hilfe zur Selbsthilfe für Menschen mit Fluchtgeschichte
Evangelische Akademie zu Berlin	Tagung "Aus Gästen werden Mitbürgerinnen" im Klosterstift zum Heiligengrabe
Hoffbauer gGmbH	Integrationsprojekt Bürgergarten Oranienburg und Kita Kleine Fische: Begegnungsangebote mit Unterstützung eines FSJlers und BFDlers mit Flüchtlingsbezug
Evang. Kirchengemeinde Leegebruch i.V. derv Willkommensinitiative WOLV	"Kinderzeit" Bastel- und Verbrauchsmaterial für wechselnde, wöchentliche Angebote für (geflüchtete) Kinder in Bärenklau/Leegebruch
Gesellschaft für Arbeit und Soziales e.V. GefAS	"Anpacken- Schritte zur Integration von Flüchtlingen"
FC Borussia Brandenburg	Integration und Erstausrüstung für Fußballsport von Flüchtlingen in das Vereinsleben (Übernahme Einkleidung und Schuhe für 20 junge Flüchtlinge)

Zuwendungsempfänger	Maßnahmetitel
Internationaler Bund (IB) IB Berlin- Brandenburg gGmbH	Etablierung einer Trauma-Beratung für den Landkreis MOL als betreiberübergreifende Beratungsstelle für Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften und für Kindergärten und Schulen mit Flüchtlingskindern
Deutsche Verkehrswacht e.V.	"Verkehrssicherheitsarbeit mit Asylsuchenden in Brandenburg"
Kindervereinigung e.V. Seelow	Tanz- und Integrationscamp zur Stärkung junger Mädchen
Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V.	Förderung von Integrationsmaßnahmen bei Sportvereinen
AWO Bezirksverband Potsdam e.V.	A Day of Welcome - AWO Gemeinschaftsunterkunft Brauhausberg
Bildungseinrichtung Buckow e.V.	Integration unter dem Weihnachtsbaum